

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts:
Arbeitsschwerpunkt Politik

Lena Strunk

Extrakonstitutionelle
Regierungswechsel in
postsowjetischen Staaten

74 (2011)

Freie Universität Berlin

Lena Strunk

**Extrakonstitutionelle
Regierungswechsel in
postsowjetischen Staaten**

74_{/2011}

Arbeitspapiere
des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

ARBEITSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit dem Wandel in den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts: Arbeitsschwerpunkt Politik**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/politik>

Tel.: +49 30 838 54058
52075
Fax: +49 30 838 53616

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**

Arbeitsschwerpunkt Politik

Lena Strunk

**Extrakonstitutionelle
Regierungswechsel in
postsowjetischen Staaten**

Heft 74/2011

© 2011 by Lena Strunk
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsschwerpunkt Politik
Herausgeber: Klaus Segbers

ISSN 1434 – 419X

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	7
2. Theoretische Grundlegungen.....	9
2.1 Was sind 'Bunte Revolutionen'? Annäherung an den Forschungsgegenstand	9
2.2 Konkurrierende Erklärungsmodelle elektoraler Proteste	11
2.2.1 Bunte Revolutionen als 'demokratische Revolutionen'	12
2.2.2 Bunte Revolutionen als 'Scheitern autoritärer Systeme'	13
2.2.3 Bunte Revolutionen als 'präsidiale Nachfolgekrisen'	15
2.3 Kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Modellen	16
2.3.1 Elektorale Revolutionen.....	16
2.3.2 Gescheiterte Autoritarismen	19
2.3.3 Präsidiale Nachfolgekrisen	20
2.4 Zwischenresümee	21
3. Forschungsdesign	24
3.1 Bestimmung und Operationalisierung der Variablen	25
3.1.1 Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure (AV)	25
3.1.2 Ökonomische Liberalisierung (UV1).....	25
3.1.3 Mediale Repräsentation (UV2)	26
3.1.4 Externer Demokratisierungsdruck (UV3).....	27
3.1.5 Trennschärfe UV1 – UV2	28
3.2 Hypothesenbildung	28
3.2.1 Hypothese 1 – Verhältnis ökonomischer Liberalisierung zu AV	28
3.2.2 Hypothese 2 – Verhältnis medialer Repräsentation zu AV	30
3.2.3 Hypothese 3 – Verhältnis externen Demokratisierungsdrucks zu AV	31
3.3 Fallauswahl	31

4. Empirischer Hypothesentest.....	34
4.1 Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure (AV)	34
4.1.1 Ukraine 2004 – 'Orangene Revolution'	34
4.1.2 Kirgisien 2005 – 'Tulpenrevolution'.....	36
4.1.3 Weißrussland 2006 – elektorale Proteste in Minsk.....	38
4.1.4 Armenien 2008 – elektorale Proteste in Eriwan	39
4.2 Hypothese 1 – Ökonomische Liberalisierung.....	42
4.2.1 Ukraine	44
4.2.2 Kirgisien	45
4.2.3 Weißrussland.....	46
4.2.4 Armenien	47
4.2.5 Zwischenfazit Hypothese 1	48
4.3 Hypothese 2 – Mediale Repräsentation	49
4.3.1 Ukraine	49
4.3.2 Kirgisien	50
4.3.3 Weißrussland.....	52
4.3.4 Armenien	54
4.3.5 Zwischenfazit Hypothese 2	55
4.4 Hypothese 3 – Externer Demokratisierungsdruck.....	57
4.4.1 Ukraine	57
4.4.2 Kirgisien	60
4.4.3 Weißrussland.....	61
4.4.4 Armenien	63
4.4.5 Zwischenfazit Hypothese 3	65
5. Fazit.....	66
Literaturverzeichnis.....	72

1. Einleitung

Warum führen ähnliche Strategien, die unter ähnlichen Bedingungen mit demselben Ziel angewandt werden, zu unterschiedlichen Ergebnissen? Im Zeitraum 2003-2009 strebten oppositionelle Akteure in sechs der 15 ehemaligen Sowjetrepubliken einen Regierungswechsel an und organisierten zu diesem Zweck Massenproteste gegen die vorgebliche oder tatsächliche Fälschung einer nationalen Wahl. In Georgien, der Ukraine und Kirgisien erreichten sie ihr Ziel, es kam zu extrakonstitutionellen Regierungswechseln. In Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland wurden die Proteste zerschlagen, es kam zu Verhaftungswellen, Toten und Verletzten.¹

Regierungswechsel – im Kontrast zu Regime- oder Systemwechseln – gehören in der OECD-Welt zum politischen Alltagsgeschäft. Regierungen werden gewählt und abgewählt, Staats- und Regierungschef kommen und gehen, manchmal in die Opposition, manchmal in die Wirtschaft, manchmal beides. Straßenschlachten, Notstände, flüchtige Staatsvertreter oder gar Tote in Verbindung mit nationalen Wahlen sind in dieser Welt institutionalisierter repräsentativer Demokratien in aller Regel nicht zu beobachten.

Nicht so in Ländern, deren institutionelle Gefüge formale und informelle Kompetenzen in den Händen des Präsidenten konzentrieren, dessen Macht auf Privilegienverwaltung und weitreichenden Patronage-Netzwerken beruht.² Die mit diesen Charakteristika verbundene Aushöhlung der Gewaltenteilung und -kontrolle, insbesondere eine unter dem Einfluss der Exekutive stehende Judikative, steigert die Opportunitätskosten eines Machtverlusts sowohl für den Präsidenten als auch für die mit ihm assoziierten Akteure so sehr, dass es im Wettbewerb um die Präsidentschaft zum Einsatz von Mitteln kommt, die den Rahmen verfassungsgemäßer Methoden häufig überschreiten.³ Regierungs- und Präsidentschaftswechsel folgen hier anderen Mustern als in politischen Systemen, in denen der Ressourcenzugang stärker durch impersonale formale Institutionen geregelt ist.⁴

Die ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen Staaten) weisen diese Charakteristika auf. Sie sind fundamental geprägt durch die Verteilungskämpfe der Transitionsjahre und die hieraus entstandenen *Cleavages* zwischen miteinander

¹ Für Grenzfälle, vgl. 2.1 dieser Arbeit.

² Vgl. North et al. 2007; Erdmann/Engel 2007; Hale 2005.

³ Vgl. Wilson 2005a: 80; D'Anieri 2007: 216.

⁴ Vgl. North et al. 2007; Kitschelt et al. 1999; Hale 2005; Wilson 2005a.

rivalisierenden Elitefraktionen. Der Präsidentschaft kommt in solch einer sozialen Ordnung eine besondere Funktion zu: Sie kann als höchste Instanz zur Beilegung von Streitfragen der Ressourcenverteilung unter konkurrierenden Elitefraktionen beschrieben werden.⁵

Die Frage, warum es oppositionellen Akteuren in einigen Fällen gelang, diese scheinbar übermächtigen Präsidenten zu stürzen, wird in der Forschungsliteratur äußerst kontrovers diskutiert. Dementsprechend lang ist die Liste der angebotenen Erklärungsfaktoren, die von Diffusionseffekten demokratischen Wandels, rivalisierenden Elitefraktionen, medialen Inszenierungen, dem Einfluss globaler Politik bis hin zur Rückeroberung der Politik über die Wirtschaft reichen.⁶ Gerade im Rahmen der hauptsächlich als Demokratisierungsforschung betriebenen Transformationsforschung, für die die Nachfolgestaaten der Sowjetunion einen zentralen Forschungsgegenstand darstellen, schlägt sich die Interpretation extrakonstitutioneller Regierungswechsel als Errungenschaften von *bottom-up* Demokratisierungsbewegungen besonders stark nieder. Auch wenn alternative Erklärungsmodelle dieser Deutung grundsätzlich widersprechen, soll diese Argumentation hier zur Verdeutlichung eines grundsätzlichen Problems dienen: Der Tendenz, in der Interpretation als Demokratisierungsschub in erster Linie das zu sehen, was zu sehen gewünscht wird, und mit dieser 'Linse' gewissermaßen 'blind' für den Forschungsgegenstand zu werden.⁷ Denn ein halbes Jahrzehnt nach der georgischen 'Rosen-', der ukrainischen 'Orangen' und der kirgisischen 'Tulpenrevolution' muss sich jede Charakterisierung der politischen Realität der jeweiligen Gesellschaften als 'demokratisiert' den Vorwurf 'blinder Flecken' gefallen lassen.

Angesichts dieser Erkenntnisschwierigkeiten und der andauernden Forschungsdebatten, in denen sowohl die Frage nach den tiefer liegenden Gründen der sogenannten 'Bunten Revolutionen', der für die Analyse entscheidenden Faktoren und der Gründe für ihr jeweiliges Scheitern bzw. ihren Erfolg weiterhin ungeklärt sind, soll im Rahmen dieser Arbeit mittels eines positivistischen Forschungsdesigns folgende Fragestellung bearbeitet werden:

Warum führten Massenproteste gegen umstrittene Wahlen in einigen Fällen zu extrakonstitutionellen Regierungswechseln zugunsten oppositioneller Akteure, während in anderen Fällen die regierenden Akteure ihre Position behaupten konnten?

⁵ Vgl. Hale 2005; Wilson 2005a.

⁶ Vgl. Beissinger 2007, Bunce/Wolchik 2007, Lane 2009, Cheterian 2009b, Hale 2005, Way 2008.

⁷ Vgl. Carothers 2002: 6.

Auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit konkurrierenden Erklärungsmodellen für extrakonstitutionelle Regierungswechsel und ihren theoretischen Grundannahmen wird in einer vergleichenden Politikanalyse die Erklärungsreichweite von drei Faktoren überprüft: das Ausmaß wirtschaftlicher Liberalisierung, die Rolle medialer Repräsentationen und der Einfluss externer Akteure.

2. Theoretische Grundlegungen

2.1 Was sind 'Bunte Revolutionen'? Annäherung an den Forschungsgegenstand

Im medialen wie wissenschaftlichen Diskurs über gesellschaftspolitische Entwicklungen in Osteuropa hat sich in den letzten Jahren die Bezeichnung 'Bunte Revolution' (BR) etabliert. Der Begriff stand zunächst für eine Reihe extrakonstitutioneller Regierungswechsel in Verbindung mit zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen, deren Anlass umstrittene Wahlergebnisse waren. Die Präsidenten von Serbien (2000), Georgien (2003),⁸ der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) wurden auf diesem Weg zum Rücktritt gezwungen.⁹

Mittlerweile werden auch elektorale Proteste, die keinen Regierungswechsel bewirkten, unter dem Terminus 'gescheiterte Bunte Revolution' diskutiert. Im postsowjetischen Raum trifft das auf die Ereignisse in Aserbaidschan (2003 und 2005), in Weißrussland (2006), sowie in Armenien (2003 und 2008) zu. Die tödlichen Ereignisse in Andidschan in Usbekistan werden mitunter in diesem Zusammenhang genannt, sie entsprechen jedoch nicht der Definition elektoraler Proteste,¹⁰ ebenso wenig die Unruhen in Moldawien 2009.¹¹ In Tadschikistan (2005), Kasachstan (2004, 2005, 2007) und Russland (2007,

⁸ In der von Georgien abtrünnigen Republik Adscharien kam es im Mai 2004 ebenfalls zu Protesten, die den Kopf der adscharischen Regierung, Aslan Abashidze, zum Rücktritt zwangen. Vgl. Companjen 2010; Derluguian 2005. Die Transliteration von Eigennamen orientiert sich an der englischen Schreibweise.

⁹ Die 'Zedernrevolution' im Libanon (2005) wird mitunter als BR bezeichnet, es handelte sich jedoch nicht um elektorale Proteste. Die Mobilisierung richtete sich primär gegen die Präsenz syrischer Truppen und wurde durch die Ermordung des Oppositionspolitikers Hariri, nicht durch nationale Wahlen ausgelöst. Vgl. Ginsberg 2005.

¹⁰ Definition 'elektoraler Prozesse' s.u. Auslöser für die Proteste war die Inhaftierung populärer Geschäftsleute, keine nationale Wahl. Vgl. Fumagalli/Tordjman 2010.

¹¹ Die oppositionellen Kandidaten distanzieren sich von den Protesten der 'Twitter-Revolution'. Vgl. Kennedy 2010.

2008) konnten nationale Wahlen manipuliert werden, ohne dass sich signifikante Proteste artikulierten.¹²

Elektorale Proteste und Regierungswechsel in deren Folge sind selbstverständlich kein ausschließlich postsozialistisches Phänomen. BR werden mitunter als spezifische Ausprägung des tendenziell globalen Phänomens „elektorale Revolution“¹³ gesehen. Bunce und Wolchik zählen seit 1985 neben den bereits genannten Ländern auch Äthiopien, Togo, Simbabwe, Kamerun, Chile, Indonesien, die Elfenbeinküste, Mexiko, Nicaragua, Peru und die Philippinen als Fälle 'elektoraler Revolutionen'.¹⁴

Die Bezeichnung all dieser Ereignisse als 'Revolution' ist insofern problematisch, als sie den Kriterien einer Revolution im Sinne einer radikalen Umwälzung sozio-ökonomischer Verhältnisse nicht standhalten.¹⁵ Verschiedene Autor/innen kritisieren, dass die inflationäre Verwendung des Revolutionsbegriffs diesen unscharf und damit unbrauchbar mache.¹⁶

Schipani-Aduriz führt die Parallelisierung der 'Revolutionen' mit den Ereignissen von 1989 in westlichen Medienberichten auf kognitive Bedürfnisse des (westlichen) Publikums nach kohärenten Erzählstrukturen zurück. Der Begriff ist außerdem für Schlagzeilen attraktiv, weil er einen hohen Wert der Nachricht im Sinne einer großen Neuigkeit suggeriert.¹⁷ Auch die Notwendigkeit von Erfolgsmeldungen internationaler Demokratisierungsbemühungen sowie ein neokonservatives Demokratieverständnis, welches Wahlen zum alleinigen Kriterium von Demokratie erhebt, werden als Faktoren betrachtet.¹⁸ Den Grund für die affirmative Deutung der Ereignisse als 'Revolution' im Sinne eines demokratischen Regimewandels sehen die Kritiker/innen in der Verflechtung medialer und wissenschaftlicher Diskurse, insofern der dominante politikwissenschaftliche Diskurs der in medialen Inszenierungen und im öffentlichen Bewusstsein verankerten Deutung elektoraler Proteste als 'Revolution' folge.¹⁹

¹² Vgl. Polese/O'Beachain 2010. Die Wertung der Regierungswechsel in Verbindung mit zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen in Bulgarien und Rumänien (1996) sowie der Slowakei (1998) als Vorläufer 'Bunter Revolutionen' ist umstritten. Vgl. Bunce/Wolchik 2006b; und kritisch: Way 2009.

¹³ Im Englischen: „electoral revolution“ Bunce/Wolchik 2007: 3 (Übersetzung, L.S.); vgl. auch: Tismaneanu 1997.

¹⁴ Vgl. Bunce/Wolchik 2006b; erweiterte Aufzählungen, vgl. Beissinger 2007; D'Anieri 2006; Thompson/Kuntz 2009.

¹⁵ Zur Definition des Revolutionsbegriffs vgl. Skocpol 1979: 4.

¹⁶ Vgl. Fairbanks 2007; Tudoroiu 2007; Schipani-Aduriz 2007; Lane 2009.

¹⁷ Vgl. Schipani-Aduriz 2007: 92.

¹⁸ Vgl. Lane 2009: 116.

¹⁹ „Die Gegenstände der hier analysierten Debatte haben sich aufgrund ihrer medialen Inszenierung im öffentlichen Bewusstsein als Revolutionen verankert. Der dominante politikwissenschaftliche Diskurs folgt dieser Deutung.“ Stykow 2010: 139.

Der Revolutionsbegriff wird im Weiteren lediglich als direktes oder indirektes Zitat aus diesem Diskursraum verwendet und deshalb immer in Anführungszeichen gesetzt werden. Soweit möglich wird auf konzeptuell präzisere Umschreibungen und Bezeichnungen zurückgegriffen werden, allen voran **elektorale Proteste**, womit das spezifische Strategienbündel der oppositionellen Akteure bezeichnet wird. Dazu zählen a) der Vorwurf der Wahlmanipulation seitens verlustreicher Kandidaten nach einer nationalen Wahl; b) die Mobilisierung von zivilen Massenprotesten mit der Forderung nach Neuwahlen bzw. Rücktritten der laut offiziellen Ergebnissen siegreichen Kandidaten; und c) die Forderung nach Einhaltung formal institutionalisierter Normen von Demokratie und Marktwirtschaft bei Abwesenheit von Forderungen nach radikalen Umwälzungen sozio-ökonomischer Verhältnisse.

'Erfolg' bezeichnet in diesem Zusammenhang einen Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste.²⁰ Damit soll explizit nicht die Effektivität der post-'revolutionären' Regierung oder die Frage der Demokratisierung des politischen Systems bewertet werden. 'Scheitern' bezeichnet dementsprechend das Ausbleiben eines Regierungswechsels und die Beendigung der elektoralen Proteste durch repressive Strategien seitens der Staatsgewalt.

2.2 Konkurrierende Erklärungsmodelle elektoraler Proteste

Die Diskussion elektoraler Proteste in der Forschungsliteratur zirkuliert um die Frage, warum die Strategie „mobilisiere gegen offizielle Wahlergebnisse und bewirke einen Regierungswechsel“²¹ in einigen Fällen erfolgreich war, während sie in anderen scheiterte. Sowohl diese zentrale Frage nach den Erfolgsbedingungen elektoraler Proteste, als auch die Frage nach den Faktoren, die ihren Ausbruch begünstigen, werden dabei sehr unterschiedlich beantwortet.

Die Diskrepanz in den Analysen geht vor allem auf die Interpretation der Proteste als demokratisches Aufbegehren der Bevölkerung, als gescheiterte Autoritarismen oder als Effekte von Elite-Reproduktionskrisen in hybriden Regimen zurück.

Im Folgenden werde ich zuerst drei konkurrierende Modelle darstellen, die diese unterschiedlichen Perspektiven exemplarisch repräsentieren (2.2). Auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Modellen (2.3) wird die Auswahl der im Weiteren analysierten Faktoren getroffen (2.4).

²⁰ Unter Regierungswechsel verstehe ich hier auch einen Wechsel der Präsidentschaft, da diese in den von mir untersuchten Staaten mit enormen Ernennungs- und Entlassungskompetenzen sowie legislativen Kompetenzen ausgestattet ist. Eine differenzierte Bestimmung der abhängigen Variable folgt in Kapitel 4.1.

²¹ Im Englischen: „mobilise against election results to effect a change in government“ Polese/O'Beachain 2010: 242 (Übersetzung, L.S.).

2.2.1 Bunte Revolutionen als 'demokratische Revolutionen'

Eine weit rezipierte Deutung der BR interpretiert diese in der Tradition der Transformationsforschung als Teil der dritten Demokratisierungswelle²² bzw. als Vollendung der 'friedlichen Revolution' in jenen Ländern, die nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in den 1990er Jahren keine demokratische Wende erlebt hatten.²³

In dieser Perspektive handelt es sich bei den BR um die postsozialistische Ausprägung eines prinzipiell universalen Modus demokratischen Wandels, der „elektoralen Revolution“²⁴. Zivilgesellschaftliche und oppositionelle Akteure fordern die Einhaltung der demokratischen Verfassung gegen autoritäre Machthaber und erzwingen, sofern erfolgreich, einen Regierungswechsel zugunsten der liberalen Opposition.²⁵ Diese Durchsetzung freier und fairer Wahlen sehen viele Autor/innen als Demokratisierungsschub an.²⁶

Als Schlüsselfiguren elektoraler Proteste gelten zivilgesellschaftliche Organisationen und die internationale „democracy-promotion community“²⁷. Diese transnational vernetzten Akteure implementierten bewusst das Modell der elektoralen Revolution und passten dessen Elemente (Strategien der Wählermobilisierung, Methoden gewaltfreien Widerstandes, Wahlbeobachtungen) lokalen Erfordernissen an. Die Ressourcen hierfür stammten aus Demokratisierungsprogrammen westlicher Geberländer, allen voran der USA.²⁸

Der Ausbruch elektoraler Revolutionen wird mit der 'Macht des positiven Beispiels' erklärt. Nachahmungs- und Lerneffekte bei Akteuren, die Analogien zwischen ihrem Land und dem 'Positivbeispiel' ziehen, führen zur geographischen Diffusion von Mobilisierungsstrategien. Bei den elektoralen Protesten im postsowjetischen Raum handele es sich somit nicht um voneinander unabhängige Phänomene, sondern um sich gegenseitig beeinflussende Glieder einer Ereigniswelle.²⁹

Das Ergebnis elektoraler Proteste wird mit den Mobilisierungsstrategien der Opposition und den Gegenstrategien der regierenden Akteure erklärt, auch wenn der Einfluss struktureller Bedingungen (wie bspw. eine vorangegangene ökonomische Krise oder der

²² Vgl. Wilson 2005b.

²³ Vgl. Bunce/Wolchik 2006a: 5; Fairbanks 2007: 53f; Kuzio 2006.

²⁴ Im Englischen: „electoral revolution“, Bunce/Wolchik 2007: 3 (Übersetzung, L.S.).

²⁵ Vgl. Tucker 2007.

²⁶ Vgl. Bunce/Wolchik 2006a: 284; Schedler 2002.

²⁷ Bunce/Wolchik 2006b: 12.

²⁸ Vgl. Beissinger 2007: 261; Bunce/Wolchik 2006b: 12.

²⁹ Vgl. Beissinger 2007 und 2009.

semi-autoritäre Charakter eines Regimes) anerkannt wird.³⁰ Diese Mischung aus strukturellen Vorbedingungen einerseits sowie Faktoren auf der Akteursebene andererseits charakterisiert auch McFauls viel rezipierte Liste von Erfolgsbedingungen für das elektorale Modell:

„The factors for success include 1) a semi-autocratic rather than fully autocratic regime; 2) an unpopular incumbent; 3) a united and organized opposition; 4) an ability quickly to drive home the point that voting results were falsified, 5) enough independent media to inform citizens about the falsified vote, 6) a political opposition capable of mobilizing tens of thousands or more demonstrators to protest electoral fraud, and 7) divisions among the regime's coercive forces.“³¹

Die Tatsache, dass elektorale Proteste auch in Ländern zu einem Regierungswechsel führten, in denen diese Bedingungen nicht oder nur teilweise herrschten (bspw. Kirgisien),³² wird mit der Wirkungsmacht von Diffusionseffekten erklärt, die der lokalen Opposition sogar bei ungünstigen Voraussetzungen zu einem Regierungswechsel verhelfen können.³³ Die Welle elektoraler 'Revolutionen' habe sich jedoch mittlerweile erschöpft, denn Lerneffekte auf Seiten autoritärer Machthaber befähige diese, Mobilisierungen zivilgesellschaftlicher Proteste erfolgreich vorzubeugen, insbesondere, indem sie finanzielle Unterstützung durch westliche Geldgeber sowie externe Wahlbeobachtungen verhindern.³⁴ Aufgrund dieser Diffusion von Gegenstrategien sei die Wahrscheinlichkeit für einen Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste mittlerweile rapide gesunken.

2.2.2 Bunte Revolutionen als 'Scheitern autoritärer Systeme'

Eine alternative Lesart interpretiert Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste nicht als Errungenschaft einer demokratischen Opposition, sondern als Scheitern autoritärer Systeme.³⁵ Nebenprodukt dieses Scheiterns sei ein „pluralism by default“,³⁶ ein Zustand, der zwar demokratische Oberflächenmerkmale aufweise, jedoch primär durch schwache Staatlichkeit charakterisiert sei.

³⁰ Vgl. Beissinger 2009: 76; Silitski 2009: 87.

³¹ McFaul 2005: 7.

³² In Kirgisien waren die Faktoren 1, 3, 4, 5, und 6 abwesend und lediglich 2 erfüllt (siehe 4.1.2, 4.2.2, 4.3.2 und 4.4.2)

³³ Vgl. Beissinger 2007: 260; Bunce/Wolchik 2006a: 300.

³⁴ Vgl. Bunce/Wolchik 2006a: 300; kritisch: Herd 2005.

³⁵ Vgl. Way 2008.

³⁶ Levitsky/Way 2002: 62; Way 2005b: 260.

Die Interpretation der elektoralen Proteste als Ereigniswelle wird in diesem Ansatz abgelehnt, auch wenn starke transnationale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure ihren Ausbruch begünstigen können.³⁷ Ähnlichkeiten in den Strategien und Symboliken werden vielmehr mit der Effektivität elektoraler Proteste erklärt. Im Vergleich zu einem bewaffneten Aufstand etwa bilden sie die einfachste und international anerkannteste Methode, um Machthaber aus ihrem Amt zu drängen.³⁸

Sowohl der Ausbruch als auch das Ergebnis elektoraler Proteste wird mit dem Ausmaß autoritärer Konsolidierung erklärt, denn zu einem Regierungswechsel komme es, wenn eine kritische Menge der Eliten zur Opposition überlaufe. Je höher das Ausmaß autoritärer Konsolidierung, desto größer sei die Fähigkeit der regierenden Akteure, diese Abwanderungen zu unterbinden.³⁹ 'Kompetitive Autoritarismen' seien generell weniger konsolidiert als geschlossene Autoritarismen, weil das Nebeneinander von demokratischen Basisinstitutionen und deren systematischer Überschreitung durch die regierenden Akteure inhärente Spannungen generiere.⁴⁰

Ein zweiter Faktor, der das Ausmaß autoritärer Konsolidierung und somit die Erfolgswahrscheinlichkeit elektoraler Proteste beeinflusst, stellt in diesem Modell externer Demokratisierungsdruck dar.⁴¹ Voraussetzung für die Effektivität von Sanktionen oder deren Androhung sei „Western leverage“ (die Verwundbarkeit von Regierungen durch externen Demokratisierungsdruck)⁴², welche durch „linkage to the West“ (die Dichte der Beziehungen eines Landes zu den USA, der EU und westlich dominierten multilateralen Institutionen)⁴³ gesteigert wird, wohingegen die Unterstützung einer alternativen Regionalmacht auf politischer, ökonomischer, und militärischer Ebene *Leverage* westlicher Akteure untergrabe.⁴⁴

Das Ausmaß autoritärer Konsolidierung wachse außerdem mit dem Vorhandensein eines der folgenden Faktoren: a) eine hoch institutionalisierte Partei an der Spitze des Staates; b) ein starker Sicherheitsapparat; c) staatliche Kontrolle über die ökonomischen Ressourcen des Landes.⁴⁵

³⁷ Vgl. Way 2009: 91.

³⁸ Vgl. Way 2008: 57-58.

³⁹ Vgl. Way 2008: 66.

⁴⁰ Vgl. Levitsky/Way 2002: 53.

⁴¹ Vgl. Way 2008: 60; Levitsky/Way 2005.

⁴² Im Englischen: „Western leverage (governments' vulnerability to external pressure)“, Levitsky/Way 2005: 21 (Übersetzung, L.S.).

⁴³ Im Englischen: „...linkage to the West (the density of a country's ties to the United States, the European Union, and Western-led multilateral institutions)“, Levitsky/Way 2005: 21 (Übersetzung, L.S.).

⁴⁴ Vgl. Levitsky/Way 2005: 21-22.

⁴⁵ Vgl. Way 2008: 60.

2.2.3 Bunte Revolutionen als 'präsidiale Nachfolgekrisen'

Eine dritte Lesart sieht in den postsowjetischen Regierungswechseln infolge elektoraler Proteste weder eine demokratische Errungenschaft, noch das Scheitern autoritärer Herrschaftssysteme, sondern eine Methode der Elitenreproduktion in „patronalen Präsidialismen“⁴⁶. Diese Subkategorie 'hybrider Regime' dient der Kennzeichnung spezifischer, von Patronage-Netzwerken geprägter institutioneller Settings, in denen die formale Machtkonzentration beim Präsidenten durch immense informelle Kompetenzen potenziert wird.⁴⁷ Die Ausübung politischer Macht erfolgt stärker durch die selektive Gewährung von Privilegien der *Patrons* an ihre *Clients* im Austausch gegen Loyalität sowie Wähler/innen-Stimmen als vermittels formal institutionalisierter Praktiken oder rechtsstaatlicher Instrumente.⁴⁸

In Staaten dieses Regimetyps, zu denen die ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen Staaten) gehören,⁴⁹ gelten Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste als Effekte präsidialer Nachfolgekrisen. Angesichts steigender Transaktionskosten bei schwachen formalen Institutionen gewinnen informelle Netzwerke an Bedeutung. Stykow fasst diese Dynamik pointiert zusammen:

„Instabil wird ein solches Regime nur dann, wenn der Präsident als politischer Schlüsselakteur die klientelistische Funktionslogik des Systems nicht (mehr) effizient bedient.“⁵⁰

Sobald also der Präsident nicht mehr effektiv über die Verteilung von Privilegien und Sanktionen verfügt oder an Anerkennung als oberste Schlichtungsinstanz verliert, ist mit oppositionellem Verhalten seitens der Eliten zu rechnen.⁵¹

Dies sei vor allem dann der Fall, wenn das Ende seiner Amtszeit erwartet wird. Den daraufhin einsetzenden Wettbewerb um die neu zu besetzende Präsidentschaft konzipiert Hale als Koordinierungsproblem konkurrierender Elitefaktionen, deren primäres Interesse die Wahrung oder die Verbesserung ihrer Position sei. In einem patronalen System

⁴⁶ Im Englischen: „patronal presidentialism“, Hale 2005: 135 (Übersetzung, L.S.).

⁴⁷ Vgl. Hale 2006: 307.

⁴⁸ Vgl. Hale 2005: 137-138; North et al. benennen ebenfalls diese Methode der Privilegienverwaltung, die sie als Governance-Prinzip zur Vermeidung von Gewalt unter konkurrierenden Clients konzipieren und führen den Begriff der 'limited access order' ein. Vgl. North et al. 2007: 93.

⁴⁹ Vgl. Hale 2005: 135. Diese Regime-Klassifizierung bezieht sich auf die Arbeit von Kitschelt et al. (1999) zum patronalen Kommunismus und steht in großer Nähe zum von Eisenstadt geprägten Begriff des 'Neopatrimonialismus'. Vgl. Eisenstadt 1973. Das Konzept ist Hale zufolge prinzipiell auch auf Staaten jenseits des postsowjetischen Kontextes anwendbar.

⁵⁰ Stykow 2010: 146.

⁵¹ Vgl. Hale 2005: 139-142.

bedeutet das vor allem, auf der Seite des zukünftigen Patrons, sprich des Präsidenten, zu stehen.⁵²

Zum Ausbruch des elektoralen Szenarios komme es, wenn die informellen Mechanismen unter den Eliten zur Regelung des Machtzugangs versagen. In einer Phase intra-elitären Wettbewerbs um die Präsidentschaft diene populäre Mobilisierung als Ressource konkurrierender Elitefraktionen. Wahlen entfalten ihre bis dahin latente Funktion als Methode der Elitenselektion, sobald und insofern sich eine der konkurrierenden Elitefraktionen für ein Szenario elektoraler Proteste als erfolgversprechende Strategie entscheidet.

Sobald der Wettbewerb um die Präsidentschaft entschieden ist, greifen jedoch erneut die informellen Institutionen des patronalen Präsidentialismus. Es ist dann mit einer Konsolidierungsphase zu rechnen, in der politische Opposition mit zu hohen Kosten verbunden wäre, als dass sich ernsthafte Kritik an Regierungspolicies formieren könnte. Es ist somit eine zyklische Regimeentwicklung zu erwarten: Phasen der Elitenkonsolidierung alternieren mit Phasen der Elitenkonkurrenz. Die Wahrscheinlichkeit für einen Ausbruch des elektoralen Szenarios ist in Wettbewerbsphasen sehr hoch, in Konsolidierungsphasen tendiert sie gegen Null.⁵³

Ein Regierungswechsel infolge solcher Proteste ist in diesem Modell eine Funktion bzw. Ergebnis von Erwartungen der Eliten darüber, wer zukünftig regieren wird.⁵⁴ Das Kräftegleichgewicht zwischen den rivalisierenden Elitefraktionen hängt somit von Wahrnehmungen der Eliten bezüglich der jeweiligen Erfolgsaussichten verschiedener Kandidaten ab. Zu einem Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste kommt es, wenn eine kritische Menge der Eliten den Kandidaten der jeweiligen 'Opposition' unterstützt.

2.3 Kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Modellen

2.3.1 Elektorale Revolutionen

Theorien elektoraler Revolutionen folgen in ihrer übergeordneten Suche nach Demokratisierungspfaden dem Erkenntnisinteresse der *Transition to Democracy* Schule, brechen in der Akteurskonzeption jedoch grundlegend mit den *Rational Choice* Annahmen

⁵² Shevtsova untersucht die Funktion von Parlamentswahlen als 'Vorwahl' dieses Koordinierungsproblems. Vgl. Shevtsova 2003: 214.

⁵³ Vgl. Hale 2005: 135.

⁵⁴ Vgl. Hale 2005: 139.

des Transitionsparadigmas.⁵⁵ Die implizite Akteurskonzeption entspricht vielmehr den normativ orientierten Grundannahmen der Theorien friedlicher Revolutionen.⁵⁶

Oppositionelle Eliten gelten in Theorien elektoraler Revolutionen als *per se* demokratisch, weil diese sich für freie und faire Wahlen einsetzen. Als vermeintliche Repräsentantin zivilgesellschaftlicher Forderungen nach Demokratie steht diese Opposition dem autokratischen Staat gegenüber. Die vorausgesetzte normative Bindung der oppositionellen Akteure gilt also, insofern diese an die Regierung gelangen, als hinreichend für eine Klassifizierung der Ereignisse als demokratischer Regimewandel: „When liberal oppositions win elections, democratization follows.“⁵⁷ Diese Akteurskonzeption verwischt nicht nur die Grenze zwischen Regierungs- und Regimewechsel, sie greift als Erklärungsansatz auch offensichtlich zu kurz. Sowohl die nicht-einsetzende Demokratisierung nach den BR,⁵⁸ als auch die politischen Werdegänge der Personen in den Hauptrollen der BR widersprechen dieser Deutung.⁵⁹ Und auch wenn im Rahmen dieser Arbeit nicht systematisch überprüft werden kann, inwiefern Vorwürfe der Wahlmanipulation im Einzelnen tatsächlich zutreffen, sollte die prinzipielle Möglichkeit, dass oppositionelle Akteure diese Vorwürfe aus rein taktischen Gründen erheben, unbedingt berücksichtigt werden.

Die Empirie liefert noch weitere Puzzle, an denen Theorien elektoraler Revolutionen scheitern. Diffusionseffekte können bspw. nicht erklären, warum elektorale Proteste in Armenien (2003) scheiterten und warum in Tadschikistan, wo im selben Monat wie im benachbarten Kirgisien, im März 2005, nationale Wahlen unter unfairen Bedingungen stattfanden, keine Proteste organisiert wurden, obwohl das Land demselben Ausmaß an Diffusionseffekten ausgesetzt war.⁶⁰

Die Mobilisierungskapazität der Opposition im Sinne einer *bottom-up* Bewegung für mehr Demokratie ist ebenfalls kein guter *Primer* für den Ausgang elektoraler Proteste. Während in Serbien und der Ukraine extrem große Proteste mobilisiert wurden, kollabierten andere Regierungen bereits bei relativ kleinen Proteste. In Georgien floh Shevardnadze

⁵⁵ Carothers argumentierte bereits 2002 für ein neues Forschungsprogramm, da die Grenzen des Transitionsparadigmas längst ausgereizt seien. Vgl. Carothers 2002.

⁵⁶ Vgl. bspw. McFaul 2002.

⁵⁷ Bunce/Wolchik 2006b: 8.

⁵⁸ Systematisch vergleichend: Kalandadze/Orenstein 2009.

⁵⁹ Alle Akteure, die als Präsidenten aus den BR hervorgegangen sind (Saakashvili in Georgien, Yushchenko in der Ukraine und Bakiev in Kirgisien) waren bereits unter ihren Vorgängern an der Regierung beteiligt.

⁶⁰ Vgl. Kevlihan/Sherzamanov 2010.

angesichts von 20.000 - 50.000 Protestierenden.⁶¹ Proteste in Armenien mit ca. 100.000 Teilnehmenden wurden hingegen niedergeschlagen.⁶²

Auch das Ausmaß externer finanzieller Unterstützung im Rahmen von Demokratisierungsprogrammen kann das Zustandekommen elektoraler Proteste nicht überzeugend erklären. Demokratisierungsgelder flossen in signifikanter Höhe an Oppositionspolitiker und NGOs in einer Reihe postsowjetischer Länder (allen voran Russland), in denen sich kein elektorales Szenario entfaltete.⁶³ Die These, die Finanzierung der Opposition durch externe (westliche) Akteure sei der Grund für BR wurde bereits von verschiedenen Autoren für einzelne Fälle widerlegt und wird deshalb hier nicht weiter verfolgt.⁶⁴ Externe Einflüsse werden vielmehr auf intergouvernementaler Ebene erfasst werden (siehe 2.4 und 3.1.4).

Der Faktor 'regime-type'⁶⁵ kann ebenfalls keine eindeutige Antwort auf die Frage nach dem Ergebnis elektoraler Proteste im Hinblick auf die Regierungsbeteiligung oppositioneller Akteure liefern. Empirisch betrachtet sind Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste in geschlossen autoritären Regimen zwar unwahrscheinlicher als in semi-autoritären, jedoch durchaus möglich, wie z.B. der Fall Kirgisien belegt.⁶⁶ Dazu kommen Beispiele gescheiterter elektoraler Proteste in als semi-autoritär geltenden Staaten, bspw. Armenien.⁶⁷

Diese Diskrepanz in Theorie und Empirie könnte auf ungelöste Probleme der Regime-Klassifizierung zurückgehen. Es drängt sich die Frage auf, ob hier zwei Faktoren in einer Variable vermischt wurden: das Ausmaß von Staatlichkeit (stark-schwach) sowie der Charakter politischer Herrschaft (demokratisch-autoritär). Um den jeweiligen oder kombinierten Einfluss beider Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels infolge elektoraler Proteste zu bestimmen, müssten diese demnach klar voneinander getrennt werden.

Insgesamt formulieren Vertreter/innen elektoraler Theorien recht umfangreiche Listen potentieller unabhängiger Faktoren mit variierender Gewichtung, die eine *ex ante* Einschätzung von Aussichten auf den Erfolg des elektoralen Szenarios schwierig machen.

⁶¹ Vgl. RFE/RL Caucasus Report 6/41, 24.11.2003, Online: <http://www.rferl.org/content/article/1341840.html> (23.06.2010); Mitchell 2004:345.

⁶² Vgl. Hancilova 2008a.

⁶³ Vgl. Way 2008: 62.

⁶⁴ Vgl. Lewis 2008; Herd 2005; Hale 2005 und 2006.

⁶⁵ Vgl. McFaul 2005: 7.

⁶⁶ Vgl. Kalandadze/Orenstein 2009: 5; Kirgisien wurde von Freedom House seit 2001 kontinuierlich als 'nicht frei' bewertet, was auf einer Skala von 1 – 6 den Wertungen 6 (political rights) und 5 (civil liberties) entspricht. Vgl. Freedom in the World Historical and Comparative Data. Online: http://www.freedomhouse.org/images/File/CountryStatus_and_RatingsOverview1973-2010.pdf (08.08.2010).

⁶⁷ Vgl. Kalandadze/Orenstein 2009: 12.

So gesteht bspw. McFaul selbst bezüglich der von ihm vorgeschlagenen Liste von Erfolgsbedingungen (siehe 2.2.1) ein, dass eine Sammlung von sieben unabhängigen Faktoren keine befriedigende Antwort liefern kann.⁶⁸

2.3.2 Gescheiterte Autoritarismen

Ansätze, die in den BR keine demokratischen Errungenschaften, sondern Fälle gescheiterten Autoritarismus sehen, kehren den dominierenden Blick der Regimeforschung um, weg von der Frage nach Demokratisierung, hin zu der Frage, welche Faktoren autoritäre Systeme destabilisieren.⁶⁹ Um den Demokratisierungsbias der Transitionstheorien zu überwinden,⁷⁰ werden die betreffenden Regime nicht als Transformationsstaaten auf dem Weg zur Demokratie, sondern als semi-autoritäre Regime bzw. „kompetitive Autoritarismen“⁷¹ konzipiert.

Die Frage nach Mobilisierungskapazitäten wird hier zugunsten der Frage nach dem Verhalten der Systemeliten vernachlässigt.⁷² Dieses wird nicht als normativ gebunden, sondern als nutzenmaximierend konzipiert. Entscheidend für einen Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste ist das Überlaufen einer kritischen Masse von Systemeliten zur Opposition.

Diese Abwanderungsbewegung bzw. ihre Abwesenheit wird mit der Repressionskapazität der regierenden Eliten erklärt, das an das Ausmaß autoritärer Konsolidierung geknüpft wird.⁷³ Dieser Faktor wird jedoch nicht direkt gemessen, sondern durch eine Regimeklassifizierung auf der Achse demokratisch-autoritär erklärt: Semi-autoritäre bzw. kompetitive Regime seien grundsätzlich weniger konsolidiert als geschlossene autoritäre Systeme.⁷⁴ Es trifft die bereits unter 2.3.1 formulierte Kritik zu: Staatlichkeit (stark-schwach) ist nicht dasselbe wie Herrschaftstyp (demokratisch-autoritär) und eine Klassifizierung von Regimen auf der Achse autokratisch-demokratisch reicht nicht aus, um die Erfolgswahrscheinlichkeit elektoraler Proteste zu bestimmen.

Die differenzierte Modellierung externer Einflüsse in Form von *Leverage* erscheint hingegen vielversprechender. Way wendet das Konzept zunächst an, um die Unterschiede zwischen den Staaten im EU-Orbit und den jenseits dieses Einflusses liegenden Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu erklären. Das Konzept eignet sich m. E. jedoch

⁶⁸ Vgl. McFaul 2005: 7.

⁶⁹ Vgl. Fish 2001; Levitsky/Way 2002; Way 2008 und 2009.

⁷⁰ Vgl. Carothers 2002.

⁷¹ Im Englischen: „competitive authoritarianism“, Levitsky/Way 2002: 53 (Übersetzung, L.S.).

⁷² Vgl. Way 2008: 59.

⁷³ Vgl. Way 2008: 66.

⁷⁴ Vgl. Levitsky/Way 2002.

auch, um die unterschiedliche Involviertheit externer Akteure in die elektoralen Proteste in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu analysieren und wird daher von mir adaptiert (siehe 3.1.4 und 3.2.3).

2.3.3 Präsidiale Nachfolgekrisen

In der Lesart elektoraler Proteste als Bestandteil zyklisch wiederkehrender Elite-Reproduktionskrisen verschiebt sich der Analysefokus weg von den Idealtypen 'Demokratie' und 'Autokratie' zugunsten einer Analyse der spezifischen institutionellen Merkmale hybrider Regime und den daraus erwachsenden Elite-Interaktionsmustern.⁷⁵ Elektorale Proteste werden als Effekte präsidialer Nachfolgekrisen in patronalen Präsidialismen verstanden. Erfolgreiche BR sind aus dieser Perspektive keineswegs Anzeichen eines Regimewandels, sondern Phasen intra-elitären Wettbewerbs in einem Regimezyklus.⁷⁶

Zu einem Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste kommt es demzufolge, wenn während einer Phase intra-elitären Wettbewerbs eine signifikante Menge der rivalisierenden Elitefraktionen den Kandidaten der 'Opposition' unterstützt. In diesem Punkt treffen sich die Argumentationen von Way und Hale. Zu einer Demokratisierung kommt es nur infolge von Patt-Situationen, die eine Institutionalisierung von Machtbegrenzungen für alle Elitefraktionen attraktiv machen.⁷⁷ Ist dies nicht der Fall, kommt es nach einem Regierungswechsel zu einer erneuten Konsolidierungsphase, in der Eliten im eigenen Interesse auf Kritik an der regierenden Fraktion verzichten.

Mit diesem Modell kann Hale erklären, warum nach Phasen hoher Partizipation und Mobilisierung eine Schließung gesellschaftlicher Spielräume zu beobachten ist, insbesondere dort, wo durch elektorale Proteste vermeintlich demokratische Akteure an die Regierung kamen (vor allem Georgien und Kirgisien). Damit hat dieses Modell im Vergleich zu einer Gleichsetzung von Regierungswechseln mit Demokratisierungsschüben entschieden weniger Distanz zur Empirie.

Die Faktoren, die zum massenhaften Überlaufen von Eliten führen, bleiben innerhalb des Modells jedoch unerklärt. Mögliche Einflussfaktoren (wie bspw. der erwartete Nutzen aus der Unterstützung für einen ausgewählten Nachfolger; die Stärke und Ausdauer einer konkurrierenden Gruppierung; die Kapazitäten der Opposition, die Kosten von

⁷⁵ Vgl. Hale 2005: 134.

⁷⁶ Vgl. Hale 2005: 161.

⁷⁷ Vgl. Higley/Burton 1989. Dieser Fall ist 2005 in der Ukraine eingetreten. Vgl. Wilson 2005b.

Wahlmanipulation in die Höhe zu treiben) sind der Theorie exogen.⁷⁸ Ebenfalls untertheoretisiert bleibt der Einfluss externer Akteure.

2.4 Zwischenresümee

Die vorangegangene Diskussion potentieller Erklärungsfaktoren hat gezeigt, dass weder die Mobilisierungskapazität der Opposition (in Gestalt der Größe der Proteste), noch die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Akteure aus dem Westen, noch eine Klassifizierung der Regime auf einer Demokratie-Autokratie-Achse die Frage nach den Gründen für einen Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste eindeutig beantworten können. Auch in Hales Modell intra-elitärer Koordinierungsprobleme wird sie nicht abschließend beantwortet.

Auf die Frage, ob eine Regime-Klassifizierung, die das Ausmaß von Staatlichkeit und die Form von Herrschaft in einer Variable subsumiert, möglicherweise Bestandteil dieser Erklärungsproblematik darstellt, wurde bereits hingewiesen (2.3.1 und 2.3.2). Sie soll an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden, da eine Neu-Klassifizierung von Regime-Typen nicht Fragestellung dieser Arbeit ist.

Im Vergleich zu Theorien elektoraler Revolutionen scheinen Modelle präsidialer Nachfolgekrisen und autoritären Scheiterns, die primär das Verhalten von Eliten untersuchen, vielversprechender, um das Ergebnis elektoraler Proteste zu erklären. Dabei ist anzumerken, dass das Überlaufen einer kritischen Masse von Systemeliten zur Opposition in sämtlichen von mir vorgestellten theoretischen Ansätzen als für den Ausgang elektoraler Proteste in einem Regierungswechsel ausschlaggebender Faktor betrachtet wird.⁷⁹ Insgesamt ermöglicht der Verzicht auf eine Meta-Erzählung des globalen Voranschreitens von Demokratie m. E. eine realitätsbezogenere Analyse als dies in Theorien elektoraler Revolutionen der Fall ist, die – ungeachtet der tatsächlichen Regimeentwicklung – an der Interpretation der Ereignisse als Demokratisierungswelle festhalten. Daher knüpfe ich mit meinen Überlegungen an die Modelle präsidialer Nachfolgekrisen und autoritären Scheiterns an.

Diese Entscheidung beinhaltet eine *Rational Choice*-basierte Akteurskonzeption sowie eine Konzeption postsowjetischer hybrider Regime als Institutionengefüge, in denen *Patron-Client* Beziehungen und weitere informelle Institutionen die Anreizstruktur der beteiligten Akteure gestalten. Für die Analyse elektoraler Proteste heißt das konkret:

⁷⁸ Vgl. Radnitz 2010: 128f.

⁷⁹ Vgl. D'Anieri 2006: 346; McFaul 2005: 7; Way 2009: 95; Tudoroiu 2007; Way 2005a und 2008.

a) Unter der Vielfalt von Interessen, die Akteure politisch motivieren, überwiegen materielle Interessen. Eliten handeln primär nutzenmaximierend, d.h. sie sind von dem Verlangen motiviert, ihre gesellschaftliche und ökonomische Position beizubehalten oder zu verbessern.⁸⁰

b) Demokratie ist weder eine evolutionäre Notwendigkeit, noch ist die ideologische Bindung von Akteuren hinreichende Bedingung für eine Demokratisierung.⁸¹

c) Ein Regierungswechsel zugunsten sich demokratisch gerierender Akteure stellt daher noch nicht notwendigerweise einen Regimewandel dar.

Außerdem legt die Forschungsliteratur nahe, dass etliche Faktoren, die sich unmittelbar auf den Verlauf elektoraler Proteste auswirken (wie bspw. das Verhalten der Sicherheitskräfte und lokalen Behörden), von Kräfteverhältnissen zwischen konkurrierenden Elitefraktionen abhängen.⁸²

Ausgehend von diesen Grundannahmen werde ich im Folgenden Faktoren untersuchen, deren Einfluss auf einen Regierungswechsel in Gestalt des elektoralen Szenarios begründet angenommen werden kann, insofern sie den Abwanderungsprozess von Systemeliten begünstigen oder verhindern.

Ein Faktor, der nur sehr langsam in die Debatte einbezogen wird und daher in ihrer bisherigen Darstellung nur am Rande Erwähnung fand, ist die Rolle kapitalistischer Märkte und Akteure. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass dieser Faktor das Ergebnis elektoraler Proteste besser erklären kann, als andere. Das Gros der Beiträge schweigt sich jedoch zum Einfluss dieses Faktors auf den Verlauf elektoraler Proteste aus.⁸³ Das überrascht vor allem, da die Gleichzeitigkeit ökonomischer und politischer Transformation der postsowjetischen Staaten als Distinktionsmerkmal der Region gilt.⁸⁴ Die regionale Häufung des Phänomens, das allgemein (und insbesondere vor Ort) als 'Oligarchen'-Herrschaft⁸⁵

⁸⁰ Vgl. Hale 2005: 137.

⁸¹ Vgl. Hale 2005: 137.

⁸² Vgl. Hale 2005; D'Anieri 2006; Way 2008.

⁸³ Ausnahmen sind Radnitz 2010, Way 2008 und Aslund 2006, wobei sich letzterer jedoch ausschließlich auf die Situation in der Ukraine bezieht. Texte neueren Datums nehmen das Argument zögerlich auf, bspw. im Sammelband Polese/O'Beachain 2010.

⁸⁴ Vgl. Karklins 2005: 15. Karklins nennt darüberhinaus „established habits of the mind“ als weiteren Faktor, Karklins 2005: 14. Die Frage, inwieweit Osteuropa (noch) eine Region darstellt, die über ein abgrenzbares Territorium hinaus durch signifikante Gemeinsamkeiten verbunden ist, gilt als umstritten. Bunce/Wolchik sprechen bspw. von einem Nachlassen der Regionalität. Vgl. Bunce/Wolchik 2006a: 285.

⁸⁵ 'Oligarch' ist ein populärer Begriff, um einen 'Tycoon', einen Dollar-Billionär oder Fast-Billionär mit sehr guten Beziehungen in die Politik zu beschreiben, typischerweise den Haupteigner eines Wirtschaftskonglomerats mit engen Beziehungen zum Präsidenten. Oligarchie ist jedoch nicht das treffende Wort für politische Herrschaftssysteme, die um die Position des Präsidenten konzentriert sind. Vgl. Aslund 2006: 10.

bezeichnet und mit den Konzepten „state capture“,⁸⁶ „institutional capture“,⁸⁷ sowie „frozen transition“⁸⁸ analysiert wird, ist durch eine enge Verknüpfung ökonomischen und politischen Wandels gekennzeichnet. Radnitz untersucht den Einfluss **ökonomischer Liberalisierung** auf Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste in sechs ehemaligen Sowjetrepubliken und benennt einen positiven Zusammenhang.⁸⁹ Deshalb werde ich diesen Faktor aufgreifen und seine Relevanz im Vergleich zur Erklärungsreichweite zweier weiterer Faktoren testen: der Rolle der Medien und dem Einfluss externer Akteure.

Ich habe argumentiert, dass die Größe der Proteste allein kein ausreichender Indikator für den Erfolg elektoraler Proteste ist. Dieses Ergebnis wird möglicherweise durch das variierende Ausmaß audiovisueller Repräsentation der Proteste bestimmt, im Sinn von: 'If it's not televised, it never happened'. Davon ausgehend, dass die Entscheidung (sowohl von protestierenden Bürger/innen, als auch von Eliten), sich den oppositionellen Akteuren anzuschließen, auf individuellen Kosten-Nutzen-Kalkulationen beruht, nehme ich **Informationen**⁹⁰ über die zu erwartenden Kosten und Nutzen dieser Entscheidung als Grundlage der Kalkulationen an. Audiovisuelle Massenmedien, sprich die terrestrischen Fernsehkanäle, gelten insbesondere im Kontext von Wahlen als Hauptträger von Informationen,⁹¹ daher liegt ihr Einfluss auf den Verlauf elektoraler Proteste nahe. Diese Annahme wird von Vertreter/innen sowohl elektoraler Theorien, als auch konkurrierender Ansätze geteilt,⁹² jedoch nur äußerst selten systematisch überprüft.⁹³ Online Nachrichtenangebote wachsen in ihrer Bedeutung als ergänzende Informationsquelle. Hypothesen über die Signifikanz netzbasierter Informations- und Kommunikationstechnologien für soziale Mobilisierungen finden auch in der Debatte über

⁸⁶ *State Capture* beschreibt das Verhältnis von gewichtigen Geschäftsleuten zum Staat in einem Land wie z.B. der Ukraine, wo Geschäftsleute die staatlicherseits formulierten Institutionen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beeinflussen. „State capture is defined as shaping the formation of the basic rules of the game (i.e., laws, rules, decrees and regulations) through illicit and non-transparent private payments to public officials.“ Hellman/Jones/Kaufmann 2000: 2.

⁸⁷ *Institutional Capture* kann als Teilaspekt von *State Capture* verstanden werden. „...institutional capture, (...) refers to the de facto takeover of entire state or public institutions, typically by an elite cartel of political and business oligarchs.“ Karklins 2005: 29.

⁸⁸ Als *frozen transition* wird ein spezifischer Reformverlauf bezeichnet, der den Zustand partieller Reform 'gefriert'. Weil diese Marktverzerrungen erhebliche Profite generieren, verhindern die Profiteure dieser Situation weitere Reformen: „...new powerful capitalists at first support reform progress, but at some point further reforms will, by reducing distortions, begin to reduce their rents. At this point they attempt to 'freeze' the reforms as this maximizes their profits.“ Havrylyshyn 2006: 240; diskursbegründend vgl. Hellman 1998.

⁸⁹ Vgl. Radnitz 2010: 127.

⁹⁰ Informationen werden hier als immer bereits interpretiert und nie rein mathematische Informationen verstanden.

⁹¹ Vgl. Strömberg 2002: 2f; Hribal 2003.

⁹² Vgl. McFaul 2005; Thompson/Kuntz 2004; Bunce/Wolchik 2006a; D'Anieri 2006; Tucker 2007; Hale 2005.

⁹³ Detaillierte Einzelfallstudien liefern: Dyczok 2005 und 2009 (zur Ukraine) und Silitski 2006a (zu Weißrussland).

die Ursachen und das Ergebnis elektoraler Proteste Anklang.⁹⁴ Dieser Hinweis wird in die Operationalisierung der Variable aufgenommen (siehe 3.1.3).

Der **Einfluss externer Akteure** ist einer der umstrittensten Aspekte der BR. Die These, bei den BR handle es sich um post-moderne *coups d'etat* im Interesse westlicher Regierungen,⁹⁵ wurde bereits vielfach relativiert⁹⁶ oder gänzlich verworfen.⁹⁷ Dabei wird anerkannt, dass lokale zivilgesellschaftliche Organisationen von internationalen Demokratisierungs-Geldern profitierten und internationale Wahlbeobachtung zur De-/Legitimierung von Regierungen beitrug. Die Manufaktur der Ereignisse durch ein einheitlich handelndes Subjekt wird unter Verweis auf den 'chaotischen' Charakter internationaler Demokratisierungsbemühungen entschieden zurückgewiesen.⁹⁸ Dennoch dominiert die 'geopolitische Deutung' die politische Debatte, insbesondere in den Ländern der GUS.⁹⁹

Vielversprechender als die Untersuchung der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Akteure durch Demokratisierungsprogramme westlicher Länder scheint eine Analyse der Anreize auf intergouvernementaler Ebene.¹⁰⁰ Der Einfluss externen Demokratisierungsdrucks (*Leverage*) auf das Kräftegleichgewicht zwischen regierenden und oppositionellen Elitefraktionen erscheint plausibel, insofern De- und Legitimierungseffekte sowie Sanktionsandrohungen die Anreizstrukturen von Eliten signifikant beeinflussen können (siehe 3.1.4).

3. Forschungsdesign

Die Frage, warum regierende Akteure in einigen Fällen ihre Position angesichts elektoraler Proteste konsolidieren konnten, während in anderen ehemals oppositionelle Akteure die Staats- und Regierungsführung übernahmen, wird hier mit einem positivistischen Forschungsdesign bearbeitet. Unter der Vielzahl möglicher wissenschaftlicher Methoden wird ein empirischer Hypothesentest ausgewählt, um die Stichhaltigkeit und Erklärungsreichweite von drei Hypothesen zu überprüfen.

⁹⁴ Vgl. McGlinchey/Johnson 2007; Goldstein 2007.

⁹⁵ „A form of 'soft' political power was utilized by the West to undermine established governments.“ Lane 2009: 115.

⁹⁶ Vgl. Bunce/Wolchik 2006b; O'Beachain 2009.

⁹⁷ Vgl. Herd 2005; Lewis 2008.

⁹⁸ Vgl. Bunce/Wolchik 2007.

⁹⁹ Kritisch hierzu vgl. Herd 2005; Cummings /Ryabkov 2008.

¹⁰⁰ Vgl. Way 2009; Cheterian 2010: 109.

3.1 Bestimmung und Operationalisierung der Variablen

3.1.1 Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure (AV)

Die abhängige Variable (AV) wird als *Ausmaß der Regierungsbeteiligung ehemaliger oppositioneller Akteure (0-100%)* definiert. Eine extrem hohe Ausprägung der Variable beschreibt somit einen Regierungswechsel zugunsten oppositioneller Akteure, eine extrem niedrige die Kontinuität der regierenden Akteure. Als oppositionell gelten Akteure, die während des Wahlkampfes in Opposition zu Kandidaten der regierenden Partei angetreten sind und sich im Weiteren an den Protestmobilisierungen beteiligten.

Die politischen Systeme der hier untersuchten Fälle (Ukraine, Kirgisien, Weißrussland und Armenien) zum Zeitpunkt der elektoralen Proteste lassen sich nicht eindeutig als präsidential oder parlamentarisch klassifizieren.¹⁰¹ Ihre Präsidenten verfügten über erhebliche legislative Macht sowie Ernennungs- und Entlassungskompetenzen über die Regierungsmitglieder.¹⁰² Aufgrund der weitreichenden Kompetenzen der Präsidenten über ihre Regierungsmitglieder war ein Regierungswechsel ohne Einverständnis des amtierenden Präsidenten nicht möglich. Die zentrale Stellung des Präsidenten im formalen politischen System wurde potenziert durch seine informelle Position als höchster Beileger von Streitfragen zwischen untereinander konkurrierenden Elitefraktionen (siehe 2.2.3). Deshalb wird bezüglich der AV auch von einem Regierungswechsel gesprochen, wenn der Präsident wechselt.¹⁰³

3.1.2 Ökonomische Liberalisierung (UV1)

Die erste unabhängige Variable (UV1) wird als Ausmaß ökonomischer Liberalisierung in Form von Dezentralisierung (hoch – niedrig) definiert. Die spezifische Situation der postsowjetischen Staaten ist durch die Transformation der ehemals staatssozialistischen Planwirtschaft gekennzeichnet. Richtung, Ziel und aktueller Stand eben dieser Transformationen weisen Unterschiede auf; die Institutionalisierung von Eigentumsrechten und Marktmechanismen variiert stark.

Die Variable wird folgendermaßen operationalisiert:

Anteil der Privatwirtschaft am BIP (in Prozent);

¹⁰¹ Vgl. Spoerer 2006: 124.

¹⁰² Vgl. Spoerer 2006: 136-140, 143. Spoerer entwickelt einen Index präsidentialer Macht, dessen Ausprägung für die hier untersuchten Fälle (Baltische Staaten, Moldawien und Mongolei) bei unter 0.4 liegt; alle anderen ehemaligen Sowjetrepubliken liegen über 0.4 (Armenien: 0.46 bis Aserbaidschan u. Weißrussland: 0.75 und 0.76).

¹⁰³ Ein vergleichbares Vorgehen findet sich auch bei Weyermann. Vgl. Weyermann 2005: 6.

Anteil der privat beschäftigten Arbeitnehmenden (in Prozent);

De-facto-Umsetzung von Eigentumsrechten (Heritage Index und Bertelsmann Transformationsindex BTI);

Qualität der Wettbewerbsordnung (gemessen anhand von Indizes der European Bank for Reconstruction and Development EBRD);

Ausmaß der Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen (EBRD).

Diese Indikatoren sind unter 4.2 tabellarisch dargestellt. Die Ausprägung der Variable wird ausschließlich an diesen strukturellen Indikatoren festgemacht und in zwei Kategorien (hoch, niedrig) bewertet. Weil der angenommene Wirkungszusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable auf dem Verhalten lokaler Geschäftsleute basiert (siehe 3.2.1), wird auch das Ausmaß materieller Unterstützung der Proteste durch die Wirtschaftseliten des Landes dargestellt.

3.1.3 Mediale Repräsentation (UV2)

Die Analyse des Faktors Medien wird hier auf das Ausmaß der *Sichtbarkeit der oppositionellen Akteure in den audiovisuellen Massenmedien im Land (hoch – marginal)* eingegrenzt.

Der Fokus auf diesen Teilaspekt gründet auf der Annahme, dass Informationen entscheidend die Wahrnehmung und somit das Verhalten der involvierten Akteure beeinflussen. Diese Variablenbestimmung greift Hales Ergebnis auf, dass die Erwartungen von Eliten bezüglich der Erfolgsaussichten von Kandidaten ihr Verhalten mitbestimmen (siehe 2.2.3).

Der mit Abstand überwiegende Teil der Bevölkerung in den untersuchten Ländern bezieht Informationen aus dem Fernsehen, einem Sektor, der in allen untersuchten Ländern eingeschränkte Freiheit genießt.¹⁰⁴ Ein kleineres Segment nutzt das Internet als zusätzliche Informationsquelle.

Die Variable wird folgendermaßen operationalisiert:

Eine hohe Sichtbarkeit ist gegeben, wenn mindestens einer der terrestrischen Fernsehsender Berichte über die oppositionellen Kandidat/innen und deren Proteste ausstrahlt. Ist dies nicht gegeben, wird von marginaler Sichtbarkeit ausgegangen. Ergänzend zu den terrestrischen Fernsehsendern wird die Nutzung des Internets als

¹⁰⁴ Freedom House bewertete die Pressefreiheit in allen Ländern mit Ausnahme der Ukraine im Jahr vor den untersuchten Ereignissen als 'nicht frei' (siehe 4.3).

alternative Informationsquelle gemessen. Vergleichende Hintergrundinformationen liefern die jährlichen Freedom of the Press (FOP) Wertungen.

3.1.4 Externer Demokratisierungsdruck (UV3)

Externe Einflüsse werden hier als *Anreize des internationalen Umfeldes für die Regierung, eine Revision der Wahlen vorzunehmen* konzipiert. Die im Folgenden vorgenommene Bezeichnung als *externer Demokratisierungsdruck (hoch – niedrig)* folgt der im globalen Referenzrahmen gängigen Bezeichnung, auf die sowohl im politischen als auch wissenschaftlichen Diskurs zurückgegriffen wird. Sie ist jedoch dahingehend zu qualifizieren, dass es im Rahmen der hier vorgenommenen Analyse weniger um die demokratisierenden Auswirkungen des Faktors als vielmehr um von ihm ausgehende De-/Legitimationseffekte für oppositionelle und regierende Akteure geht.

Internationale Wahlbeobachtungskommissionen gelten als machtvoll Instrument, Anreize für die Revision von Wahlen zu schaffen.¹⁰⁵ Von kritischen Berichten sind relevante Legitimierungseffekte für die oppositionellen Akteure zu erwarten. Galbreath kommt sogar zu dem Schluss, dass die vorläufigen Berichte der OSZE/ODIHR-Mission Auslöser für die BR in Georgien, der Ukraine und Kirgisien waren.¹⁰⁶ Diese Berichte dienen darüber hinaus westlichen Regierungen als Grundlage für eventuelle Sanktionen. Die Wirksamkeit externen Demokratisierungsdrucks setzt voraus, dass die externen Akteure über *Leverage* verfügen, welche durch politische, ökonomische und militärische Unterstützung seitens eines anderen Landes (mit entsprechenden Ressourcen) ausgehebelt werden kann.¹⁰⁷

Folgende Indikatoren werden zur Operationalisierung der Variable herangezogen:

die Größe internationaler Wahlbeobachtungskommissionen in Bezug auf die beteiligten Organisationen (groß – klein);

die Bewertung des Wahlverlaufs in ihren Berichten (kritisch – wohlwollend);

der Charakter der Reaktionen gouvernementaler Akteure der EU und USA in Bezug auf den Verlauf der Wahlen (kritisch – wohlwollend);

der Grad der ökonomischen, politischen und militärischen Unterstützung für die amtierende Regierung durch eine alternative Regionalmacht, insbesondere Russland (niedrig – hoch). Der Grad dieser Unterstützung wird an der Integration in internationalen Organisationen (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, Organisation des Vertrags über

¹⁰⁵ Vgl. Sushko/Prystayko 2006: 135; Galbreath 2009: 174.

¹⁰⁶ Vgl. Galbreath 2009: 174.

¹⁰⁷ Vgl. Levistky/Way 2005: 21; siehe auch Kapitel 2.2.2.

Kollektive Sicherheit OVKS, Schanghai Organisation für Zusammenarbeit OSZ) sowie dem Anteil der subventionierten Energieversorgung durch Russland festgemacht.

3.1.5 Trennschärfe UV1 – UV2

Ausgehend von dem methodischen Gebot der Trennschärfe ist die Frage zu beachten, in welchem Verhältnis die unabhängigen Variablen eins und zwei zueinander stehen. Dass ökonomische Liberalisierung bzw. Entwicklungen der ökonomischen Makrostrukturen Auswirkungen auf die Medienlandschaft haben, ist relativ unumstritten. Wie dieses Verhältnis jedoch konkret aussieht und welche Formen am Ende dieser Beziehung stehen, ist eine offene Frage. Ein Kausalzusammenhang zwischen ökonomischer Liberalisierung (UV1) und hoher Sichtbarkeit oppositioneller Akteure in den audiovisuellen Massenmedien des jeweiligen Landes (UV2) kann nicht angenommen werden, was der Fall Ukraine verdeutlicht: Die Sichtbarkeit der Opposition war 2002 signifikant geringer als 2004 – bei gleichbleibender Ausprägung der unabhängigen Variable 'ökonomische Liberalisierung'.¹⁰⁸ Es gibt offensichtlich sehr unterschiedliche Ausprägungen im Verhältnis der beiden Variablen. Die Annahme eines Determinismus oder kausalen Zusammenhangs würde diese Relation unverhältnismäßig reduzieren.

3.2 Hypothesenbildung

3.2.1 Hypothese 1 – Verhältnis ökonomischer Liberalisierung zu AV

Je höher die ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für eine hohe Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure.

Diese Hypothese knüpft an die Überlegungen von Radnitz an, in denen er Argumente der politischen Ökonomie mit Hales Modell zu Nachfolgekrisen in patronalen Regimen (siehe 2.2.3) verbindet. Für die extrakonstitutionelle Erzwingung eines Regierungswechsels sei die Beteiligung materiell motivierter kapitalistischer Akteure an den Protesten notwendige Bedingung.¹⁰⁹

Radnitz knüpft die Herausbildung dieser potentiell oppositionellen kapitalstarken Akteure an den Umfang der Reformen in den 1990er Jahren und kommt zu dem Schluss, dass eine weitreichende ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung positiv mit Regierungswechseln infolge elektoraler Proteste korreliert.¹¹⁰ Karriereoptionen und

¹⁰⁸ Vgl. Dyczok 2009; D'Anieri 2006.

¹⁰⁹ Vgl. Radnitz 2010.

¹¹⁰ Im Englischen: „economic dispersion“, Radnitz 2010: 128.

Kapitalakkumulationsmöglichkeiten jenseits der präsidial kontrollierten Patronage-Netzwerke bringen Akteure hervor, deren Policy-Interessen denen der regierenden Faktion mitunter widersprechen. Gleichzeitig verfügen diese Akteure über die entsprechenden, für eine Massenmobilisierung nötigen Ressourcen.¹¹¹

Nicht nur die Unterstützung der Proteste mit materiellen Ressourcen (z.B. Zelte, Transportmöglichkeiten, Sound-Systems), auch der legitimatorische Effekt einer Allianz zwischen Aktivist/innen bzw. voluntaristisch agierenden oppositionellen Akteuren und einer breiteren Schicht von Geschäftsleuten sei relevant. Diese Allianz erschwere den regierenden Akteuren eine Marginalisierung protestierender Gruppierungen. Zudem erhöhe sich der Anreiz für Systemeliten, zur Opposition überzulaufen, wenn diese offensichtlich über signifikante finanzielle Ressourcen verfügt. Die regierende Allianz wird geschwächt – eine Dynamik, die zu einem sich selbst verstärkenden Prozess werden kann. Diese Verschiebung der *balance of power* zwischen regierenden und oppositionellen Akteuren gipfelt in einem Regierungswechsel.

Diese Argumentationslinie kann auch mit Blick auf die repressiven Kapazitäten der regierenden Akteure ausgeführt werden. Insofern die Staatsführung eines Landes über die Reichtümer der betreffenden Gesellschaft verfügt, kann sie potentielle Herausforderer bestechen oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verweigern, in Extremfällen sogar ihren Lebensunterhalt bedrohen.¹¹²

Auf der Mikro-Ebene zeigt McMann, dass staatliche Monopole die 'ökonomische Autonomie' von Bürger/innen beeinträchtigen und somit zu deren Selbst-Zensur beitragen.¹¹³ Eine Voraussetzung für die Bereitschaft von Bürger/innen, ihre demokratischen Rechte auch in Opposition zu lokalen Autoritäten einzufordern, sei die Absicherung ihres Lebensunterhalts. Mit Hinblick auf verschiedene russländische und kirgisische Regionen vertritt sie die These, dass ein lokaler Arbeitsmarkt in privaten Händen die ökonomische Autonomie in der Region steigert. Umgekehrt senken staatliche Monopole individuelle ökonomische Autonomie und somit auch die Wahrscheinlichkeit für oppositionelles Verhalten.

¹¹¹ Vgl. Radnitz 2010: 131f.

¹¹² Vgl. Way 2008: 64.

¹¹³ „Economic autonomy results from capitalism because in a capitalist economy the market, not the state, generates opportunities for earning a living. Most citizens make a living through private ventures, with minimal interference from the state.“ McMann 2006: 4.

3.2.2 Hypothese 2 – Verhältnis medialer Repräsentation zu AV

Je höher die Sichtbarkeit der oppositionellen Akteure in den audiovisuellen Massenmedien im Land, desto größer die Wahrscheinlichkeit für eine hohe Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure.

Die Bedeutung der Medien für den Verlauf elektoraler Proteste ist in der Literatur unumstritten, auch wenn ihr Einfluss sehr unterschiedlich begründet wird. Die formulierte Hypothese bezieht sich auf Überlegungen zum Einfluss von Informationen auf die Anreizstruktur der involvierten Akteure. Hier greife ich Hales Einsicht auf, dass das Interesse von Eliten, sich der Opposition anzuschließen, in dem Maße steigt, in dem sie von einem Erfolg der Proteste ausgehen (siehe 2.2.3).¹¹⁴

Mediale Berichterstattungen liefern Eliten, auch wenn diese mit hoher Wahrscheinlichkeit über ergänzende Informationsquellen verfügen, Anhaltspunkte über das Ausmaß der Kontrolle bzw. Kontrollverluste der Regierung. Eine oppositionsfreundliche Berichterstattung kann die Wahrnehmung unter Systemeliten stärken, dass in Zukunft ein neuer Präsident regieren wird, und somit ein Überlaufen derselben zur oppositionellen Allianz begünstigen. Gleichzeitig steigert mediale Aufmerksamkeit die politischen Repressionskosten durch Popularitätsverluste, was eine Niederschlagung der Proteste unwahrscheinlicher macht und zum Anschwellen derselben beiträgt.

Die Errichtung einer 'Informationsblockade' im Sinne einer nahezu vollständigen Kontrolle des Informationsflusses durch die regierenden Akteure stellt eine machtvolle Strategie dar, um diese Dynamiken zu unterbinden.¹¹⁵ Ohne die Verbreitung der Informationen über den Verlauf der Proteste ist zu erwarten, dass sie auf den Kreis der politisch aktiven Minderheit begrenzt bleiben.¹¹⁶ Die politischen Repressionskosten sinken erheblich und bei geringen Erfolgsaussichten der Opposition werden Eliten sich regierungsloyal verhalten. Oder wie Castells auf den Punkt bringt: „Outside of the media sphere there is only political marginality.“¹¹⁷

Eine Informationsblockade ist jedoch nur dann effektiv, wenn sie vollständig ist.¹¹⁸ Insofern alternative Informationen massenhaft in Umlauf sind, können Zensurpraktiken und Falschdarstellungen unbeabsichtigte delegitimierende Nebeneffekte bewirken.¹¹⁹ Entscheidend ist somit die Frage, ob alternative, d.h. regierungskritische und/oder

¹¹⁴ Vgl. Hale 2005.

¹¹⁵ Vgl. Dyczok 2005: 241.

¹¹⁶ Vgl. D'Anieri 2006; Cheterian 2009a.

¹¹⁷ Castells 1997: 312.

¹¹⁸ Vgl. Dyczok 2005: 259.

¹¹⁹ Vgl. Dyczok 2005: 254.

oppositionsfreundliche Informationen vorhanden sind, die eine einseitige Steuerung des Informationsflusses relativieren.

3.2.3 Hypothese 3 – Verhältnis externen Demokratisierungsdrucks zu AV

Je höher der externe Demokratisierungsdruck, desto größer die Wahrscheinlichkeit für eine hohe Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure.

Die Hypothese setzt voraus, dass externe Akteure den Verlauf innenpolitischer Prozesse beeinflussen, indem sie die Anreizstrukturen der politischen Schlüsselfiguren mitgestalten. Basierend auf einem Verständnis von *Leverage* als Verwundbarkeit einer Regierung durch externe Sanktionsandrohungen¹²⁰ nehme ich einen positiven Zusammenhang zwischen externem Demokratisierungsdruck und der Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure an.

Da externer Demokratisierungsdruck die politischen Kosten von Wahlmanipulationen und Repression in die Höhe treibt, stellt ein hohes Maß externen Demokratisierungsdrucks Regierungen angesichts elektoraler Proteste vor ein Dilemma: Sie können die Proteste zulassen und einen Verlust der Regierungshoheit riskieren, oder auf Repression setzen und damit internationale Isolation riskieren.¹²¹ Darüber hinaus profitieren oppositionelle Akteure von einer Infragestellung der Wahlergebnisse durch gewichtige internationale Akteure, insofern diese Kritik zur Legitimierung der Manipulationsvorwürfe und der Forderung nach einer Wiederholung der Wahl beiträgt.

3.3 Fallauswahl

Die Fallauswahl orientiert sich an dem Ziel, die unabhängigen Variablen zu isolieren und folgt zu diesem Zweck Mills Method of Difference im Rahmen eines Most Similar System Design (MSSD).¹²²

Die Eingrenzung der zu untersuchenden Fällen auf die ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen Staaten) liefert Fälle mit ähnlichen Hintergrundbedingungen, was einer losen Anwendung des MSSD entspricht.¹²³ Sie sind durch Merkmale des patronalen Präsidentialismus sowie ähnliche Ausgangsbedingungen für die Transformation ihrer ehemals staatlichen Wirtschaftssysteme charakterisiert.¹²⁴ Außerdem weisen sie, im

¹²⁰ Vgl. Levitsky/Way 2005: 21; siehe auch Kapitel 2.2.2.

¹²¹ Vgl. Levitsky/Way 2005: 22-26.

¹²² Vgl. Anckar 2008.

¹²³ Vgl. Anckar 2008.

¹²⁴ Vgl. Hale 2005.

Vergleich zu den Ländern Mittelosteuropas, geringe Varianzen des Faktors EU-Konditionalität auf, der zu berücksichtigen wäre, wenn die MOE-Staaten Teil der Untersuchung wären.¹²⁵

Dieser Pool möglicher Fälle wird weiter eingegrenzt durch den Ausschluss de facto autonomer Gebiete (z.B. Adscharien in Georgien), weil davon ausgegangen wird, dass Ereignisse in diesen Gebieten ohne eine Analyse der Prozesse des jeweiligen Nationalstaates nicht sinnvoll zu untersuchen sind.

Als weiteres Kriterium zur Eingrenzung möglicher Fälle dient das Auftreten elektoraler Proteste. Diese Entscheidung gründet auf der Tatsache, dass der Ausbruch elektoraler Revolutionen mit anderen Faktoren zu erklärt ist als deren Ausgang (siehe 2.2). Da Ersteres offensichtlich Vorbedingung für Letzteres ist, werden nur diejenigen Fälle untersucht, welche elektorale Proteste aufweisen.

Diesen Kriterien entsprechen folgende potentielle Untersuchungsfälle: Georgien (2003), Armenien (2003, 2008), Aserbaidshan (2003, 2005), Ukraine (2004), Kirgisien (2005), Weißrussland (2006). Aus diesem Pool untersuche ich Fälle, die eine möglichst große Varianz auf den unabhängigen Variablen liefern. Die Ausprägungen der ausgewählten Fälle sind hier numerisch dargestellt:

	Ökonomische Liberalisierung i. F. v. Dezentralisierung	Sichtbarkeit in den audiovisuellen Massenmedien	Externer Demokratisierungsdruck
Ukraine 2004	1	1	1
Kirgisien 2005	1	0	0
Weißrussland 2006	0	0	0
Armenien 2008	1	0	0

Die Anzahl der Fälle ist ebenso wie deren Auswahl Ergebnis des methodischen Ideals, starke Varianzen auf den unabhängigen Variablen zu garantieren. Diese wären zwar in einem Vergleich z.B. der Fälle Ukraine und Weißrussland gegeben, jedoch ohne die Möglichkeit, Schlüsse über ihre relative Erklärungsreichweite zu ziehen.

Der Annäherung an das methodische Ideal (eine Herausstellung der unabhängigen Variablen) wird durch die Empirie Grenzen gesetzt. In dem Pool möglicher Fälle weisen

¹²⁵ Regierungswechsel in Verbindung mit großen zivilen Mobilisierungen in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Kroatien und Serbien-Montenegro werden als frühe Beispiele elektoraler Revolutionen in postsozialistischen Staaten angeführt. Vgl. Bunce/Wolchik 2006b: 5.

lediglich Aserbaidschan und Weißrussland eine geringe Ausprägung auf der ersten unabhängigen Variable auf.¹²⁶ Die Ausprägungen der Variablen zwei und drei gleichen sich in beiden Fällen (geringe Sichtbarkeit, geringer Demokratisierungsdruck). Da in Weißrussland (2006) oppositionelle Akteure die Strategie elektoraler Proteste sehr genau verfolgten und das staatliche Wirtschaftsmonopol weitreichender als in Aserbaidschan ausgeprägt ist, wird hier Weißrussland ausgewählt.¹²⁷

Einige Autor/innen schließen die Ereignisse, die im März 2005 in Kirgisien eine neue Regierung an die Macht brachten, aus vergleichenden Analysen des elektoralen Szenarios mit dem Argument aus, es handele sich hierbei um einen Sonderfall, der einen Vergleich obsolet mache.¹²⁸ Weil hier ein geringer zivilgesellschaftlicher Organisationsgrad herrscht und die Proteste ihren Ausgang nicht in der Hauptstadt, sondern in den südlichen Regionen nahmen, könne nicht von einer 'elektoralen Revolution' gesprochen werden. Bei den Ereignissen handele es sich vielmehr um ein grundlegend zu unterscheidendes Phänomen.

Sicherlich stellt Kirgisien in mancherlei Hinsicht einen Sonderfall dar, nichtsdestotrotz entspricht der Fall den bereits hergeleiteten Kriterien elektoraler Proteste. Es kann daher auch argumentiert werden, dass Kirgisien in die Analyse mit einbezogen werden sollte, gerade aufgrund der Möglichkeit, anhand dieses Fallbeispiels einige der Annahmen über die BR zu revidieren.¹²⁹

Die Auswahl Armeniens ist insofern für den Test der ersten Hypothese von Bedeutung, als dass sie somit an einem Fall überprüft wird, den Radnitz nicht in seine Untersuchung aufnimmt.¹³⁰

¹²⁶ Vgl. Radnitz 2010; Cheterian 2010.

¹²⁷ Vgl. Way 2008: 59; Siliitski 2006a; Cheterian 2010.

¹²⁸ Vgl. Burke 2005.

¹²⁹ Für eine Diskussion der Umgangsweisen mit Sonderfällen in positivistischen Forschungsdesigns, vgl. Bennett/Elman 2006: 462.

¹³⁰ Vgl. Radnitz 2010: 128.

4. Empirischer Hypothesentest

Im Folgenden sollen die unter 3.2 formulierten Hypothesen empirisch getestet werden. Dazu wird zunächst die Ausprägung der abhängigen Variable in den einzelnen Fälle bestimmt. Es schließen sich Kapitel zu den jeweiligen unabhängigen Variablen an, in denen zunächst ihr Ausmaß in den einzelnen Fällen bestimmt wird. Im Zwischenfazit jedes UV-Kapitels wird das Verhältnis zur AV und die Reichweite der jeweiligen Hypothese bestimmt. Im Schlussfazit werden diese Ergebnisse zusammengefasst, mit Debatten und Fragen der Forschungsliteratur in Bezug gesetzt und Anschlussfragen für weitere Forschung formuliert.

4.1 Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure (AV)

Nach der Bestimmung der AV-Ausprägung im Bezug auf die einzelnen Fälle wird der Verlauf der elektoralen Proteste umrissen, wobei die politische Herkunft der oppositionellen Akteure berücksichtigt werden wird.

4.1.1 Ukraine 2004 – 'Orangene Revolution'

In der Ukraine kam es im Dezember 2004 infolge elektoraler Proteste zu einer Wiederholung der Präsidentschaftswahlen, in denen sich der Oppositionskandidat Viktor Yushchenko gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Yanukovych durchsetzen konnte.¹³¹ Der vollständige Regierungswechsel folgte im Januar 2005. Die Ausprägung der abhängigen Variable wird mit 100 Prozent bewertet. Eine Besonderheit der Ukraine ist der Kompromiss, in dem regierende und oppositionelle Akteure die Wiederholung des zweiten Wahlgangs sowie Einschränkungen der formalen Kompetenzen des Präsidenten vereinbarten.¹³²

Der siegreiche Yanukovych des Wahlbündnisses 'Unsere Ukraine' (*Nasha Ukraina*, NU) schloss ehemals regierende Akteure aus der Regierung aus, allen voran den scheidenden Präsidenten Leonid Kuchma und seinen Wunsch-Nachfolger Yanukovych. Er ernannte seine Bündnispartnerin Yulia Tymoshenko (der Partei *Yulia Tymoshenko Block*, YTB) zur Ministerpräsidentin.¹³³ Ihr Kabinett setzte sich komplett aus Vertreter/innen der

¹³¹ Vgl. OSCE/ODIHR 2005a: 37.

¹³² Diese Verfassungsänderung wurde auf Drängen Kuchmas festgehalten. Für eine institutionentheoretische Perspektive auf die Bedeutung solcher 'Pakte' für Demokratisierungsprozesse, vgl. Higley/Burton 1989: 28f.

¹³³ Vgl. Radio Free Europe / Radio Liberty (RFE/RL), 02.02.2005, Ukrainian Premier-Designate Says Cabinet Chosen. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1057222.html> (05.07.2010).

Oppositionsparteien zusammen: NU stellte 15 und die Sozialistische Partei zwei Minister/innen.¹³⁴ Darüber hinaus wurden regionale Gouverneure ausgetauscht und die Führungspositionen der Sicherheitsbehörden mit Bündnispartner/innen besetzt.¹³⁵

Der Wettstreit um die Präsidentschaft war mit außerordentlichem Aufwand betrieben worden. Beide Kandidaten wurden von verschiedenen Geschäftsleuten mit zwei- bis dreistelligen Millionenbeträgen (in US-Dollar) unterstützt.¹³⁶ Zivilgesellschaftliche Organisationen hatten für eine hohe Wählermobilisierung und lokale Wahlbeobachtungen gesorgt.¹³⁷ Auf Yushchenko war ein beinahe tödliches Attentat verübt worden.¹³⁸

Viktor Yanukovych, der in seiner Position als Ministerpräsident über erhebliche administrative Ressourcen verfügte,¹³⁹ galt als Vertreter der Wirtschaftsinteressen des in Donetsk dominierenden *Clans*¹⁴⁰ um Rinat Akhmetov, der zu den reichsten Männern der Ukraine zählt.¹⁴¹

Das oppositionelle Team um Yushchenko wurde von etlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt. Die Führungsfiguren (Yushchenko, Tymoshenko, Poroshenko, Zinchenko) hatten jedoch, bevor sie aus verschiedenen Gründen aus dem *Inner Circle* des Präsidenten verbannt worden waren, ebenfalls für Kuchma gearbeitet.¹⁴²

Nachdem die zentrale Wahlkommission einen knappen Sieg Yanukovychs verkündet hatte und die OSZE die Ergebnisse scharf kritisiert hatten, forderte Yushchenko die Annullierung der Ergebnisse.¹⁴³ Über mehrere Wochen protestierten täglich 100.000 – 300.000 Menschen für eine Wahlwiederholung.¹⁴⁴ Eine Zeltstadt inklusive mobiler Küchen wurde errichtet, Bühnen und ein umfangreiches Unterhaltungsprogramm schufen eine Art

¹³⁴ Die Parteien hatten bereits seit 2002 zusammengearbeitet, vgl. Matviichuk 2005a und b; Petrov/Ryabov 2006.

¹³⁵ Vgl. Hesli 2006: 176; Cheterian 2009b: 148.

¹³⁶ Vgl. Way 2008: 65; Wilson 2005b: 178; Aslund 2006: 19-20.

¹³⁷ Vgl. Kuzio 2006.

¹³⁸ Vgl. Kuzio 2005.

¹³⁹ 'Administrative Ressourcen' bezeichnet verschiedenste Methoden der Wahlmanipulation, über die Akteure mit Kontrolle über die staatliche Administration verfügen. Vgl. Wilson 2005a: 79-80.

¹⁴⁰ Der Begriff 'Clan' bezeichnet hier eine informelle soziale Institution, die Loyalitäts- und Solidaritätsnetzwerke hervorbringt. Bei Abwesenheit formaler Regeln kann diese Institution Transaktionskosten niedrig halten. Clan-Strukturen können, müssen aber nicht auf Identitäts- oder Verwandtschaftskategorien beruhen. Vgl. Stefes 2006: 92-93.

¹⁴¹ Vgl. Aslund 2006: 16; Hale 2005: 151.

¹⁴² Yushchenko war Ministerpräsident (1999-2001), Tymoshenko seine Vize-Ministerpräsidentin (1999-2001), Boris Tarasyuk, der neue Außenminister, hatte dieses Amt bereits 1998-2000 inne. Petro Poroshenko (Fundraiser) sowie Oleksandr Zinchenko (Wahlkampfleiter Yushchenkos) hatten beide in der Kuchma-loyalen SPDU(o) angefangen. Vgl. Matviichuk 2005a: 1f und 2005b: 8f; Way 2005b: 239; Tudoroiu 2007: 330; Wilson 2005a: 133.

¹⁴³ Laut vorläufigen offiziellen Ergebnissen gewann Yanukovych mit 49.46 Prozent der Stimmen gegen Yushchenko (46.61 Prozent), vgl. OSCE/ODIHR 2005a: 31.

¹⁴⁴ Vgl. Tudoroiu 2007: 328.

Festival-Atmosphäre. Die Sicherheitsbehörden versuchten nicht, die Proteste zu räumen.¹⁴⁵

4.1.2 Kirgisien 2005 – 'Tulpenrevolution'

Am 24. März 2005 kam es in Kirgisien zu einem extrakonstitutionellen Regierungswechsel. Der Präsident Askar Akaev war angesichts elektoraler Proteste infolge umstrittener Parlamentswahlen außer Landes geflohen, woraufhin das alte Kabinett aufgelöst wurde.¹⁴⁶ Akteure des oppositionellen Bündnisses 'Nationale Bewegung Kirgisiens' (NDK) übernahmen die Staats- und Regierungsführung per Interim: Kurmanbek Bakiev agierte als Premierminister und Präsident, Roza Otunbaeva als Außenministerin und Felix Kulov als Innenminister.¹⁴⁷ Die Personalpolitik der Interimsregierung war durch hohe Fluktuation gekennzeichnet, was eine eindeutige Zuordnung der Kabinettsmitglieder nicht zulässt.¹⁴⁸ Die Entscheidung der neuen Staatsspitze, das aus den umstrittenen Wahlen hervorgegangene Parlament anzuerkennen,¹⁴⁹ wird wahlweise als verantwortungsvoller Schritt im Sinne einer Stabilisierung der politischen Lage gelobt oder als Ausdruck der Abhängigkeit der neuen Regierung von einflussreichen Geschäftsleuten kritisiert.¹⁵⁰ Im Laufe des Jahres kam es zu einem signifikanten Anstieg politischer Attentate, was auf anhaltende Machtkämpfe unter den Eliten des Landes hinweist.¹⁵¹ Die International Crisis Group sprach deshalb von einem „*faltering state*“.¹⁵² Nichtsdestotrotz wird die Ausprägung der abhängigen Variable angesichts des Personalwechsels an der Staats- und Regierungsspitze mit **100 Prozent** bewertet. Die Wahlen am 10. Juli 2005 bestätigten Bakiev mit ca. 90 Prozent der Stimmen im Amt des Präsidenten.¹⁵³

Auslöser der Proteste waren Parlamentswahlen, deren Manipulation Kritiker/innen als Beleg für den Versuch Akaevs ansahen, eine loyale Legislative zu schaffen, die es ihm ermöglichen würde, die Herrschaftskontinuität seiner Familie abzusichern.¹⁵⁴ Akaev hatte am Wahltag zwar verkündet, zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober desselben Jahres

¹⁴⁵ Am 28. November wurden zwar 10.000-13.000 Soldaten in Kiev stationiert, sie griffen jedoch nicht ein. Es existieren verschiedene Versionen darüber, wer letztlich den Befehl gab, nicht zu intervenieren. Vgl. Wilson 2005b: 138f.

¹⁴⁶ Vgl. Peuch 2005.

¹⁴⁷ Vgl. RFE/RL, 24.03.2005, Kyrgyz Deputies Appoint Interim President, Government. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1058118.html> (10.06.2010); Marat 2006: 21f.

¹⁴⁸ Sie wurde gleichzeitig als intransparent und klientelistisch kritisiert, die Veränderungen seien kosmetischer Natur. Vgl. Marat 2005a; Kimmage 2005b; Tudoroiu 2007.

¹⁴⁹ Vgl. Marat 2006: 21; Kimmage 2005b; RFE/RL, 24.03.2005, Kyrgyz Deputies Appoint Interim President, Government. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1058118.html> (10.06.2010).

¹⁵⁰ Vgl. Marat 2005a; Smith 2006.

¹⁵¹ Marat 2005c; Cornell/Swanstrom 2005; Higley/Burton 1989.

¹⁵² ICG 2005.

¹⁵³ Die Ernennung Otunbaevas zur Ministerin wurde durch das Parlament verweigert. Vgl. Marat 2005b: 1.

¹⁵⁴ Vgl. Lewis 2008: 268; Hale 2006: 310; Kimmage 2005b: 3 (eigene Zählung, L.S.).

nicht mehr kandidieren zu wollen, Kritiker/innen sahen ihre Befürchtungen angesichts der Wahlergebnisse jedoch bestätigt.¹⁵⁵

Als am 24. März 2005 in der Hauptstadt 10.000-15.000 Menschen¹⁵⁶ den Rücktritt des Präsidenten forderten, hatte die Regierung bereits die Kontrolle über mindestens die Hälfte des Territoriums und den Flughafen von Osh verloren.¹⁵⁷ Die Demonstrationen in der Hauptstadt eskalierten und konnten erst unter Kontrolle gebracht werden, nachdem Felix Kulov durch die NDK befreit und mit der Führung der Sicherheitskräfte betraut worden war.¹⁵⁸

Die Führungsfiguren der NDK hatten bereits einmal den kirgisischen Staat vertreten, dann jedoch oppositionelle Gruppierungen gegründet. Bakiev musste 2002 im Zusammenhang mit den tödlichen Ereignissen von Aksy von seinem damaligen Amt als Ministerpräsident zurücktreten.¹⁵⁹ Kulov, ehemaliger Geheimdienstchef und Vizepräsident, war seit 2001 inhaftiert, jedoch immer noch Führungsfigur der Oppositionspartei *Ar Namys*.¹⁶⁰ Otunbaeva hatte 2004 ihr Botschafterinnen-Amt niedergelegt und die Oppositionspartei *Ata Yurt* gegründet.¹⁶¹

Die elektoralen Proteste waren im Gegensatz zur Ukraine keine zentral organisierten Ereignisse zugunsten eines spezifischen Kandidaten, sondern gingen von unterlegenen finanzstarken Kandidaten in sechs der sieben Regionen Kirgisiens aus.¹⁶² Ihre Anhängergruppen besetzten Administrationsgebäude in Osh und Jalalabad. Sie wurden zwar geräumt, konnten aber zurückerobert werden.¹⁶³

Politische Prozesse in Kirgisien sind durch einen Nord-Süd-Gegensatz unter den Eliten geprägt.¹⁶⁴ Diese Trennung verlief jedoch quer zu der Trennung in oppositionelle und regierende Akteure, was eine Interpretation der Ereignisse als eine Rebellion des Südens

¹⁵⁵“The opposition, which had hoped to control up to one-third of a new, unicameral parliament with expanded powers, will instead occupy a maximum of 10 percent of the legislature's 75 seats.” Kimmage 2005a: 1 (eigene Zählung, L.S.).

¹⁵⁶ Vgl. Marat 2006: 123.

¹⁵⁷ Vgl. Marat 2006: 1; Radnitz 2006: 136.

¹⁵⁸ Vgl. Radnitz 2006: 140.

¹⁵⁹ Die Inhaftierung Azimbek Beknazarovs hatte Proteste in Aksy verursacht, bei deren Zerschlagung die Polizei sechs Menschen tötete, vgl. Weyermann 2005: 8. Bakiev stellte später die Ereignisse so dar, dass er aus Protest zurückgetreten sei und machte Beknazarov nach der 'Tulpenrevolution' für kurze Zeit zum Generalstaatsanwalt. Vgl. Pannier 2007: 2; BBC, 29.04.2010, Profile: Kurmanbek Bakiev. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4660317.stm> (13.09.2010).

¹⁶⁰ Vgl. Alkan 2009: 362; Eurasianet, 29.03.2005, Kyrgyz Provisional Government Struggles to Consolidate Authority. Online: <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav033005a.shtml> (03.06.2010).

¹⁶¹ Vgl. Marat 2006: 9; NIT 2006a: 4 (eigene Zählung, L.S.).

¹⁶² Vgl. Kimmage 2005b: 2 (eigene Zählung, L.S.); Radnitz 2006: 134.

¹⁶³ Vgl. Kimmage 2005b: 4 (eigene Zählung, L.S.); Radnitz 2006: 135.

¹⁶⁴ Vgl. Rybkov 2008: 302f; Lewis 2008: 274.

gegen den Norden fragwürdig erscheinen lässt.¹⁶⁵ Die Vernetzung oppositioneller Akteure sowohl aus dem Süden als auch dem Norden des Landes in dem Bündnis NDK, dem auch Bakiev, Kulov und Otunbaeva angehörten,¹⁶⁶ gilt vielmehr als ein Aspekt, der den 'Erfolg' der 'Tulpenrevolution' begünstigte.¹⁶⁷

4.1.3 Weißrussland 2006 – elektorale Proteste in Minsk

Die elektoralen Proteste vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahl am 19. März 2006 in Weißrussland hatten keine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung zur Folge. Die dritte Amtszeit des Präsidenten Aleksandr Lukashenka begann am 8. April.¹⁶⁸ Der von ihm benannte langjährige Ministerpräsident Sergei Sidorski behielt seinen Posten bei, ebenso wie die Mehrheit der Kabinettsmitglieder, die ebenfalls vom weißrussischen Präsidenten ernannt wurden. Im Mai kam es zwar zu Umstrukturierungen des Kabinetts; es gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, diese als Konsequenz der elektoralen Proteste zu interpretieren.¹⁶⁹ Die Ausprägung der abhängigen Variable wird daher mit **null Prozent** bewertet.

Lukashenka hatte bereits 2004 in einem Verfassungsreferendum jegliche Amtszeitbegrenzung für Präsidenten aufheben lassen und verdeutlicht, dass er keineswegs beabsichtige, der Politik den Rücken zu kehren. Die Präsidentschaftswahlen gewann er laut offiziellen Ergebnissen in der ersten Runde mit 83 Prozent.¹⁷⁰

Sein Herausforderer, Alyksandr Milinkevich, war im Oktober 2005 von mehreren Oppositionsparteien zu ihrem gemeinsamen Kandidaten gewählt worden.¹⁷¹ Alyksandr Kazulin, Vorsitzender der 'Sozialdemokratischen Partei' (*Hramada*), kandidierte unabhängig von dem Oppositionsbündnis.¹⁷² Der populärste Oppositionspolitiker, Mikhail Marynich, war jedoch (ähnlich wie Feliks Kulov in Kirgisien) inhaftiert.¹⁷³

¹⁶⁵ Vgl. Graubner 2005.

¹⁶⁶ Vgl. Marat 2006: 9; Radnitz 2006: 134.

¹⁶⁷ Vgl. Radnitz 2006: 140; Lewis 2008: 274.

¹⁶⁸ Vgl. Marples 2006b.

¹⁶⁹ Vgl. RIA Novosti, 5.5.2006, Lukashenko Appoints New Cabinet, Keeps Old Premier. Online: <http://en.rian.ru/world/20060505/47351359.html> (12.4.2010); RFE/RL, 5.5.2006, Lukashenka sacks five ministers. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1068210.html> (12.4.2010).

¹⁷⁰ Vgl. Marples 2006a: 352.

¹⁷¹ Vgl. Silitski 2006b: 141.

¹⁷² Kazulin war bis 2001 in verschiedenen Positionen für Lukashenka tätig gewesen (Vize-Bildungsminister, Rektor der staatlichen Universität Minsk) und erst 2005 zur Opposition gewechselt. Vgl. Markus 2010; Silitski 2006a.

¹⁷³ Seine Entlassung wurde einen Monat nach der Wahl erreicht. Vgl. Markus 2010: 122; Silitski 2006a: 20 (eigene Zählung, L.S.).

Am Abend des Wahltages am 19. März versammelten sich ca. 20.000 Menschen in Minsk und forderten freie und faire Wahlen.¹⁷⁴ Zu diesem Zeitpunkt waren die oppositionellen Gruppierungen erheblich geschwächt, da bereits während des Wahlkampfes 236 mit den oppositionellen Kandidaten in Verbindung stehende Personen inhaftiert wurden.¹⁷⁵ Im Verlauf der fünftägigen Proteste, die den Wahlen folgten, wurden weitere 700 Menschen verhaftet.¹⁷⁶

Während der Räumung der Proteste in der Nacht vom 24.-25. März wurde ein Demonstrant getötet.¹⁷⁷ Tags darauf wurde Kazulin festgenommen und zu fünfeinhalb Jahren Haft wegen 'Störung der öffentlichen Ordnung' verurteilt.¹⁷⁸ Milinkevich war noch bis zum 26. April auf freiem Fuß, als erneut Proteste mit ca. 10.000 Teilnehmer/innen einen Rücktritt Lukashenkas forderten. Er wurde für die Teilnahme an einer nicht-genehmigten Versammlung für 15 Tage inhaftiert.¹⁷⁹

4.1.4 Armenien 2008 – elektorale Proteste in Eriwan

Infolge der Präsidentschaftswahlen am 19. Februar 2008 in Armenien kam es zum Übergang der Präsidentschaft von Robert Kocharian der 'Republikanischen Partei Armeniens' (*Hayastani Hanrapetakan Kusaktsutyun, HHK*) auf seinen designierten Nachfolger, den Premierminister Serzh Sarkisian (HHK).¹⁸⁰ Gleichzeitig ist Armenien der einzige der hier untersuchten Fälle, in dem die regierenden Akteure ehemals oppositionelle Akteure an der Regierung beteiligten. Angesichts von elektoralen Protesten und Abwanderungsbewegungen der Systemeliten hatte der frisch 'gewählte' Präsident Sarkisian Kooperationsangebote an die oppositionellen Parteien gemacht, auf die der Vorsitzende der Partei 'Rechtsstaat' (*Orinats Yerkir, OY*), Artur Baghdasarian, einging. Während des Wahlkampfes hatte Baghdasarian die Regierung noch der Korruption bezichtigt und unmittelbar nach der Wahl von vielfältigen Wahlfälschungen gesprochen.¹⁸¹ Mitglieder seiner Partei hatten sich an den elektoralen Protesten beteiligt. In einer 180-Grad-Wendung unterzeichnete Baghdasarian jedoch am 29. Februar ein

¹⁷⁴ Silitski sowie Markus sprechen von 20.000, Korosteleva von 10.000-35.000 Menschen. Vgl. Silitski 2006a: 28 (eigene Zählung, L.S.); Markus 2010: 123; Korosteleva 2009: 235.

¹⁷⁵ Vgl. Markus 2010: 125; Silitski 2006a: 26 (eigene Zählung, L.S.).

¹⁷⁶ Vgl. Markus 2010: 125.

¹⁷⁷ Vgl. Markus 2010: 123.

¹⁷⁸ Vgl. Markus 2010: 122; Marples 2006c.

¹⁷⁹ Der Jahrestag der atomaren Katastrophe von Tschernobyl dient weißrussischen oppositionellen Akteuren als traditionelles Mobilisierungsereignis. Vgl. Rettman 2006.

¹⁸⁰ Vgl. OSCE/ODIHR 2008c: 25. Der armenische Präsident benennt sowohl den Premierminister, als auch die Kabinettsmitglieder. Er darf das Parlament auflösen und das Kabinett (bzw. einzelne Mitglieder) entlassen, ohne den Premierminister oder das Parlament konsultieren zu müssen. Er benennt und entlässt darüber hinaus den Staatsanwalt, seinen Stellvertreter, regionale Gouverneure sowie die Richter. Vgl. Stefes 2006: 57.

¹⁸¹ Vgl. Fuller 2008c.

Kooperationsabkommen mit Sarkisian, der ihn daraufhin zum Sekretär des nationalen Sicherheitsrats ernannte und seine Partei OY mit zwei Ministerposten an der Regierung beteiligte.¹⁸² Die Ausprägung der abhängigen Variable wird mit **elf Prozent** gewertet, was diesen zwei von 18 Ministern der neuen Regierung entspricht, die ehemals oppositionelle Akteure stellten.

Im Vorfeld der Wahlen schien die letztlich auch eingetretene Nachfolge Kocharians durch Sarkisian sicher. Die Kontinuität der regierenden Akteure wurde erst in Frage gestellt, als Levon Ter-Petrossian im September 2007 seine Kandidatur ankündigte. Ter-Petrossian, der als erster Präsident Armeniens das Land 1991 in die Unabhängigkeit geführt und eine wichtige Rolle für die Karabach-Bewegung gespielt hatte, wurde mit seiner populistischen Kritik zu einem beliebten Kandidaten, unterstützt durch kleinere Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen.¹⁸³

Vermutungen über eine Kandidatur Tsaroukians, Multi-Millionär und Vorsitzender der Partei 'Blühendes Armenien' (*Bargavach Hayastan, BH*) hatten sich hingegen nicht bewahrheitet, er unterstützte die Kandidatur Sarkisians.¹⁸⁴ Fünf von sieben weiteren Kandidaten versuchten lediglich ihre Position innerhalb der regierenden Koalition zu verbessern und/oder einen Sieg Ter-Petrossians zu verhindern. Sie werden daher hier nicht als oppositionell betrachtet.¹⁸⁵

Nachdem die offiziellen Ergebnisse bekannt gegeben wurden, die Sarkisian einen knappen Sieg im ersten Wahlgang garantierten,¹⁸⁶ focht Ter-Petrossian die Ergebnisse an und seine Unterstützer/innen organisierten kontinuierliche Proteste in Eriwan, an denen am 23. Februar 2008 ca. 35.000 Menschen der nur drei Millionen zählenden Bevölkerung Armeniens teilnahmen.¹⁸⁷ Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine beeindruckende Liste höherer Staatsvertreter zur Opposition übergelaufen: Vize-Generalstaatsanwalt Gagik Jahangirian;¹⁸⁸ Vize-Außenminister Armen Bayburtian, drei Botschafter sowie sechs

¹⁸² OY war bereits einmal an der Regierung beteiligt, hatte die Koalition jedoch 2006 infolge eines polemischen Schlagabtauschs mit Kocharian verlassen. Vgl. Fuller 2008c; OSCE/ODIHR 2008c: 28.

¹⁸³ Ter-Petrossian wurde 1998 zum Rücktritt gezwungen und von Kocharian, den er selbst ins Amt des Ministerpräsidenten geholt hatte, abgelöst. Vgl. Fuller 2008a und c; Zolyan 2010.

¹⁸⁴ Vgl. Hancilova 2008a; OSCE/ODIHR 2008c: 7, 10.

¹⁸⁵ Vgl. Fuller 2008c.

¹⁸⁶ Er erhielt 52,78 Prozent der Stimmen. Vgl. OSCE/ODIHR 2008c: 25.

¹⁸⁷ Vgl. BBC News, 22.02.2008, Thousands Occupy Armenian Square. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7259553.stm> (06.07.2010).

¹⁸⁸ Jahangirian wurde seines Amtes enthoben und kurz darauf verhaftet. Vgl. Kalantarian/Bedevian 2008.

weitere hohe Beamte des Außenministeriums;¹⁸⁹ drei Parlamentarier der regierenden Partei und zwei des Koalitionspartners;¹⁹⁰ sowie Vize-Parlamentssprecher Hovanossian.¹⁹¹

Aus dem Verteidigungsministerium wurde laut Ter-Petrosian ebenfalls Unterstützung in Gestalt politischer Neutralität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zugesagt, was zur Amtsenthebung des Vizeverteidigungsministers Manvel Grigorian führte.¹⁹²

Während diese Abwanderungen stattfanden, vereinbarten Sarkisian und Baghdasarian ein Kooperationsabkommen.¹⁹³ Die Tags darauf einsetzende Repressionswelle markierte den Beginn einer politischen Krise, deren Ausmaß Beobachter mit den turbulenten 1990er Jahren vergleichen.¹⁹⁴ Am Morgen des 1. März wurde das Protest-Camp unter Einsatz von Gummigeschossen und Elektroschockgeräten geräumt und Ter-Petrosian unter Hausarrest gestellt.¹⁹⁵ Im Laufe des Tages wuchsen die Proteste auf über 100.000 Menschen an.¹⁹⁶ Präsident Kocharian verhängte einen 20 tägigen Notstand und in der Nacht wurden laut offiziellen Angaben acht Demonstranten und zwei Polizisten getötet.¹⁹⁷ Es folgten dutzende Verhaftungen von Oppositionsmitgliedern, die in offensichtlich politisch motivierten Verfahren zu Haftstrafen verurteilt wurden.¹⁹⁸ Am 16. Juni 2008 richtete das Parlament auf internationalen Druck hin eine Kommission zur Untersuchung der Ereignisse ein.¹⁹⁹

Als der Oberste Gerichtshof am 8. März 2008 gegen die Klage Ter-Petrosians entschied und die Wahlergebnisse der zentralen Wahlkommission bestätigte, war der Weg für Sarkisians Amtseinführung frei.²⁰⁰

¹⁸⁹ Vgl. RFE/RL Newline, 25.02.2008, Senior Officials, Parliamentarians Defect to Former Armenian President's Camp. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1144058.html> (08.09.2010).

¹⁹⁰ Vgl. Kalantarian/Bedevian 2008.

¹⁹¹ Er kritisierte das Ausmaß der Wahlfälschungen und trat von seinem Amt zurück. Vgl. OSCE/ODIHR 2008b: 3; Kalantarian/Bedevian 2008.

¹⁹² Vgl. RFE/RL Newline, 02.04.2008, Senior Armenian Defense Official Dismissed. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1144083.html> (13.09.2010); A1 plus, 02.04.2008, General Manvel Grigoryan Dismissed. Online: <http://www.a1plus.am/en/official/2008/04/2/10996> (13.09.2010); Regnum, 14.03.2008, Serzh Sarkisyan confirmed deputy defense minister's switching to opposition. Online: <http://www.regnum.ru/english/971060.html> (13.09.2010).

¹⁹³ Vgl. OSCE/ODIHR 2008c: 28.

¹⁹⁴ Vgl. Zolyan 2010: 97.

¹⁹⁵ Vgl. HRW 2009: 19.

¹⁹⁶ Vgl. Hancilova 2008a: 1.

¹⁹⁷ Vgl. HRW 2009: 34.

¹⁹⁸ Vgl. HRW 2009: 38f; RFE/RL Newline, 11.03.2008, More Oppositionists Arrested in Armenia. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1144069.html> (30.06.2010)

¹⁹⁹ Vgl. HRW 2009: 53.

²⁰⁰ Vgl. OSCE/ODIHR 2008c: 27.

4.2 Hypothese 1 – Ökonomische Liberalisierung

Um die disparaten Ergebnisse auf der Regierungsebene infolge elektoraler Proteste zu klären, werden im Folgenden die Hypothesen getestet, zunächst die Hypothese 1: *Je höher die ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer hohen Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure.* Dazu werden nun die Ausprägungen der unabhängigen Variable (UV1) für die einzelnen Fälle ermittelt.

Die Indikatoren werden zunächst tabellarisch dargestellt, gefolgt von einer zusammenfassende Bewertung der Variablenausprägung für die einzelnen Fälle. Außerdem wird das Verhalten lokaler Wirtschaftseliten angesichts der elektoralen Proteste skizziert werden, da dieses als Teil des Wirkungszusammenhanges zwischen UV1 und AV angenommen wird. Im Zwischenfazit (4.2.5) wird die Reichweite der Hypothese diskutiert. Eine hohe Ausprägung der Variable bedeutet nur eine relative, keine vollständige ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung. Sie schließt den Einfluss staatlicher Akteure, z.B. durch selektive Besteuerung oder Korruption keineswegs aus, was in den Bewertungen der Wettbewerbsordnung deutlich wird (siehe Tabelle). Dieser Aspekt wird in allen untersuchten Fällen gleichermaßen bemängelt, eine intrakategoriale Varianz in der Kategorie 'hoch' kann somit ausgeschlossen werden.

Mit Ausnahme der Werte des Bertelsmann Transformationsindex (BTI), die nur für die Jahre 2003 und 2006 vorliegen, wurden Daten aus der Periode unmittelbar vor dem Auftreten der elektoralen Proteste herangezogen, um einen Einfluss der Ereignisse selbst auf diese Daten auszuschließen.²⁰¹ Die Jahreszahlen in der ersten Zeile der Tabelle zeigen den jeweiligen Erhebungszeitraum an.

²⁰¹In Kirgisien bspw. kam es im März 2005 zu elektoralen Protesten, weshalb Daten für das Jahr 2004 ermittelt werden. In der Ukraine hingegen erstreckten sich die elektoralen Proteste auf den Zeitraum November 2004-Januar 2005. Es wurden Daten für das Jahr 2004 ermittelt.

Tabelle 2: Indikatoren für das Ausmaß ökonomischer Liberalisierung i. F. v. Dezentralisierung.

	Ukraine 2004	Kirgisien 2004	Weißrussland 2005	Armenien 2007
Anteil des Privatsektors am BIP ²⁰²	65.0 %	75.0 %	25.0 %	75,00%
Anteil privat beschäftigter Arbeitnehmender ²⁰³	37.7 %	80.9 %	n.v. (NIT 1998: 25%) ²⁰⁴	n.v. (2003: 76 %)
Heritage Index of Property Rights ²⁰⁵	30	30	20	35
Property Rights (BTI 2003/2006) ²⁰⁶	3/--	3/--	1/--	4/7
Competition Policy (EBRD) ²⁰⁷	2,3	2	2	2,3
Small Scale Privatization (EBRD) ²⁰⁸	4	4	2,3	4
Large Scale Privatization (EBRD) ²⁰⁹	3	3,7	1	3,7

²⁰² Diese Schätzungen der European Bank of Reconstruction and Development (EBRD) berücksichtigen auch, sofern möglich, den Anteil des informellen privaten Sektors, vgl. EBRD 2004: 203. Für die einzelnen Länder-Werte, vgl. EBRD 2007: 204, 148, 108, 100.

²⁰³ Vgl. EBRD 2007: 204, 148, 108, 100.

²⁰⁴ Vgl. Karatnycky et al 1998: 115.

²⁰⁵ Auf der angelegten Skala von 0-100 stellt 100 die beste Absicherung von Eigentumsrechten dar. 20 Punkte repräsentieren folgende Bewertung: „Private property is weakly protected. The court system is so inefficient and corrupt that outside settlement and arbitration is the norm. Property rights are difficult to enforce. Judicial corruption is extensive. Expropriation is common.“ 30 Punkte stehen für: „Property ownership is weakly protected. The court system is highly inefficient. Corruption is extensive, and the judiciary is strongly influenced by other branches of government. Expropriation is possible.“ Bei 40 Punkten müssen folgende Kriterien erfüllt sein: „The court system is highly inefficient, and delays are so long that they deter the use of the court system. Corruption is present, and the judiciary is influenced by other branches of government. Expropriation is possible.“ Heritage Index of Economic Freedom. Online: <http://heritage.org/index/Property-Rights.aspx> (10.08.2010). Die Daten für die einzelnen Länder sind einsehbar auf: <http://heritage.org/index/explore.aspx?view=by-region-country-year> (23.08.2010).

²⁰⁶ Die Bewertungsskala des BTI reicht von eins bis zehn, wobei zehn das beste, wenn auch kein ideales Ergebnis darstellt. Vgl. BTI 2003d. Für die Daten der einzelnen Länder, vgl. BTI 2003d; BTI 2006c.

²⁰⁷ Auf der EBRD-Skala von 1 bis 4(+) steht 4(+) für das beste Ergebnis. Folgende Kriterien gelten für die jeweilige numerische Bewertung: „1- No competition legislation and institutions. 2- Competition policy legislation and institutions set up; some reduction of entry restrictions or enforcement action on dominant firms. 3- Some enforcement actions to reduce abuse of market power and to promote a competitive environment, including break-ups of dominant conglomerates; substantial reduction of entry restrictions. 4- Significant enforcement actions to reduce abuse of market power and to promote a competitive environment. 4+ Standards and performance typical of advanced industrial economies: effective enforcement of competition policy; unrestricted entry to most markets.“ EBRD 2004: 203. Für die Daten der einzelnen Länder, vgl. EBRD 2007: 204, 148, 108, 100.

²⁰⁸ Der Index bezieht sich auf die Privatisierung kleiner Unternehmen. Die Skala reicht von 1-4(+). 2 steht für „Substantial share privatised“, 4 für „Complete privatization of small companies with tradeable ownership rights.“ 4+ repräsentiert: „Standards and performance typical of advanced industrial economies: no state ownership of small enterprises; effective tradeability of land.“ EBRD 2004: 203. Für die Daten der einzelnen Länder, vgl. EBRD 2007: 204, 148, 108, 100.

²⁰⁹ Die Privatisierung großer Unternehmen wird in den Kategorien 1-4(+) bewertet: 1 steht für „Little private ownership“; 3 für „More than 25 per cent of large-scale enterprise assets in private hands or in the process of

Gesamtwertung (L.S.)	Hoch	Hoch	Niedrig	Hoch
----------------------	------	------	---------	------

Aufgrund dieser Indikatoren wird eine hohe Ausprägung der Variable für die Fälle Ukraine, Kirgisien und Armenien angenommen, für Weißrussland hingegen gilt eine niedrige Ausprägung.²¹⁰ Der relativ niedrige Anteil privat beschäftigter Arbeitnehmender in der Ukraine (37.7%) bei vergleichsweise großem Anteil der Privatwirtschaft am BIP (65%) rechtfertigt noch keine Klassifizierung in der Kategorie 'niedrig', denn alle anderen Indikatoren-Werte ähneln stärker den Werten Armeniens und Kirgisiens als denen Weißrusslands. Die vergleichsweise gute Bewertung des Aspekts 'Privateigentum' in Armenien durch den BTI relativiert sich angesichts der vergleichsweise negativen Bewertung dieses Aspekts durch den Heritage Index of Property Rights (siehe Tabelle).

4.2.1 Ukraine

Eine **hohe** Ausprägung der unabhängigen Variable wurde in der Ukraine in Form eines graduellen und verzögerten Reformverlaufs erreicht,²¹¹ d.h. es bestanden über lange Zeit Marktverzerrungen, die einer kleinen Gruppe politisch gut vernetzter Geschäftsleute erhebliche Privilegien bzw. *rents*²¹² garantierten.²¹³ Das Vermögen der meisten dieser 'Oligarchen' resultiert aus dem Gasgeschäft, das in regionalen Monopolen organisiert war. Somit kann der in der Ukraine beobachtete regionale Charakter konkurrierender Wirtschaftsgruppierungen, so genannter Clans, erklärt werden.²¹⁴

Im Jahr 2000 kam es in der Ukraine zu einem Reformschub.

„At long last, a reasonably free market economy, with predominantly private ownership, had been established. As a consequence, the dependence of businessmen on the state diminished, allowing them to act independently.“²¹⁵

being privatised (with the process having reached a stage at which the state has effectively ceded its ownership rights), but possibly with major unresolved issues regarding corporate governance.“ 4 steht für „More than 50 per cent of state-owned enterprise and farm assets in private ownership and significant progress with corporate governance of these enterprises.“ EBRD 2004: 248. Für die Länder-Werte, vgl. EBRD 2007: 204, 148, 108, 100.

²¹⁰ Die Ergebnisse decken sich mit denen Radnitz, der jedoch andere Daten zur Klassifizierung der Staaten in 'Reformer' (darunter: Armenien, Ukraine, Kirgisien) und 'Nicht-Reformer' (darunter: Weißrussland) heranzieht. Vgl. Radnitz 2010: 133f.

²¹¹ Vgl. Havrylyshyn 2006: 159.

²¹² *Rents* bezeichnen Gewinne, die auf staatlicherseits geschaffene Handels- bzw. Geschäftsprivilegien zurückgehen. Die Versuche wirtschaftlicher Akteure, die lizenzgebende(n) Agentur(en) (z.B. Ministerien, die Legislative, Zollbehörden, etc.) in ihrem Verhalten zum eigenen Vorteil zu beeinflussen wird als *rent-seeking* bezeichnet. Vgl. Havrylyshyn 2006: 152.

²¹³ Vgl. Aslund 2006; Havrylyshyn 2006; Hellman 1998.

²¹⁴ Vgl. Aslund 2006.

²¹⁵ Aslund 2006: 14.

Die Reformen schränkten die Vorzugsbehandlungen ein und viele damals noch staatliche Betriebe wurden privatisiert, wodurch sich die Geschäftsoptionen jenseits staatlicher Kontrolle erweiterten. Gleichzeitig übten die Lobbygruppen der Schwer- und Grundstoffindustrie weiterhin großen Einfluss auf den ukrainischen Markt und die Wirtschaftsordnung aus und die Privatisierung wurde „(...) durch die geschlossenen Strukturen behindert, die regionale Clans bilden“.²¹⁶

Die oppositionellen Akteure der Präsidentschaftswahl 2004 wurden signifikant durch ukrainische Geschäftsleute unterstützt.²¹⁷ Die Gesamtsumme dieser Zuwendungen wird auf über 100 Millionen US-Dollar geschätzt.²¹⁸ Um es mit David Zhvania, Yushchenkos Fundraiser, zu sagen: „Yushchenko ha[d] no problem with money.“²¹⁹ Die Gelder leisteten einen signifikanten Beitrag zur 'Orangen Revolution': Wahlkampfteams, Reisekosten, die nahezu allgegenwärtigen Logos und Banner, Videoleinwände, Sound-Systems, Zelte, Feldküchen, Lebensmittel, sanitäre Anlagen – all das Equipment, das benötigt wurde, um die mehrere Wochen anhaltende Besetzung des Maidan zu einer Art Gratis-Volksfest auszubauen, konnte bezahlt werden.²²⁰

4.2.2 Kirgisien

Eine **hohe** Ausprägung der unabhängigen Variable wurde in Kirgisien, anders als in der Ukraine, in Form eines Transformationsverlauf erreicht, der als „big bang, unsustainable“²²¹ bezeichnet werden kann: Bereits zu Beginn der 1990er Jahre wurden weite Teile der Wirtschaft liberalisiert. Die Reformen wurden jedoch gestoppt und es kam sogar zu einigen Re-Regulierungen.²²² Diese auf halber Strecke abgebrochene Liberalisierung führte ebenfalls zu Marktverzerrungen und infolgedessen zu erheblichen *rents*.²²³ Staatliche Monopolrechte in strategischen Sektoren, u.a. im Luftverkehr, und der Energiewirtschaft, wurden beibehalten.²²⁴

Der Reformprozess, der vor Ort als „*prikhvatizatsia*“ („grab all you can“)²²⁵ bezeichnet wird, hat in Kirgisien zur Herausbildung einer Gruppe von Unternehmer/innen geführt, die (trotz ihrer Bereitschaft, einen gewissen Tribut an die staatlichen Behörden zu leisten) ein

²¹⁶ BTI 2003a: 10.

²¹⁷ Vgl. Aslund 2006; Hale 2005; Way 2005a; Wilson 2005b.

²¹⁸ Vgl. Way 2008: 65; Aslund 2006: 20.

²¹⁹ Zhvania, zitiert nach Way 2005a: 138.

²²⁰ Vgl. Way 2005a: 140f.

²²¹ Havrylyshyn 2006: 159.

²²² Vgl. Havrylyshyn 2006: 195; Olcott 2005.

²²³ Vgl. Havrylyshyn 2006: 159.

²²⁴ Vgl. BTI 2003b: 5; BTI 2006a: 9.

²²⁵ NIT 2003a: 2 (eigene Zählung, L.S.).

starkes Interesse an Marktmechanismen zur Regulierung von Geschäftsoptionen entwickelten.²²⁶ Sie sahen ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Ausweitung des Geschäftsbereichs der so genannten 'Familie'²²⁷ zunehmend gefährdet.²²⁸

Ähnlich wie in der Ukraine wurden die elektoralen Proteste in Kirgisien durch lokale Geschäftsleute unterstützt bzw. koordiniert,²²⁹ darunter Bayaman Erkinbaev und Jenishbek Nazaraliev, die der Ansicht von Expert/innen zufolge stark im Drogengeschäft involviert sind.²³⁰ Kirgisien gewinnt als Transitland für Drogen aus Afghanistan auf ihrem Weg zu europäischen und russländischen Märkten an Bedeutung.²³¹ Es wird zwar nicht angenommen, dass das Oppositionsbündnis NDK eine Allianz mit Akteuren aus der kriminellen Szene suchte,²³² Erkinbaev, ebenso wie Nazaraliev, fungierte dennoch als Schlüsselfigur der Mobilisierung gegen Akaev. Erkinbaevs Einfluss auf Alysh-Klubs²³³ erwies sich als äußerst effektiv im Hinblick auf die Besetzungen der Administrationsgebäude in Osh und Jalal-Abad, an denen 2.000 Alysh-Kämpfer beteiligt waren.²³⁴ Der NDK mangelte es an substantiellen finanziellen Ressourcen sowie an Popularität unter den Clans der südlichen Regionen, was im Zusammenhang mit unklaren Strukturen innerhalb des *ad hoc* Bündnisses den Einfluss krimineller Akteure begünstigte.²³⁵

4.2.3 Weißrussland

Die weißrussische Staatsführung hat es bis heute vermieden, grundlegende Reformen der ehemals staatssozialistischen Wirtschaft einzuleiten.²³⁶ Die Ausprägung wirtschaftlicher Liberalisierung in Form von Dezentralisierung ist dementsprechend **gering**.

Aufgrund des staatlichen Monopols auf wirtschaftliche Aktivitäten haben sich keine ernstzunehmenden Wirtschaftseliten jenseits der staatlichen Strukturen herausbilden

²²⁶ Vgl. Olcott 2005: 4 (eigene Zählung, L.S.).

²²⁷ 'Familie' bezeichnet die präsidiale 'Familie' im weiteren Sinne, sprich Personen mit engen Beziehungen zum Präsidenten Akaev. Vgl. Graubner 2005: 11, FN25; Havrylyshyn 2006: 195.

²²⁸ Vgl. Havrylyshyn 2006: 195; NIT2003a: 2 (eigene Zählung, L.S.); Olcott 2005: 4f. (eigene Zählung, L.S.).

²²⁹ Vgl. Radnitz 2006 und 2010; Cornell/Swanstrom 2005; Olcott 2005.

²³⁰ Vgl. Graubner 2005; Cornell/Swanstrom 2005.

²³¹ UNODC geht davon aus, dass mindestens ein Drittel der afghanischen Opiate durch die fünf zentralasiatischen Republiken geschmuggelt wird, Tendenz steigend. Vgl. Madi 2004: 259. Graubner geht davon aus, dass Akaev nicht in dem Sektor aktiv war. Cornell/Swanstrom sowie Madi weisen auf die Kriminalisierung staatlicher Institutionen bereits vor der 'Tulpenrevolution' hin. Vgl. Graubner 2005; Cornell/Swanstrom 2005; Madi 2004.

²³² Vgl. Graubner 2005; Cornell/Swanstrom 2005.

²³³ Alysh bezeichnet eine traditionelle Kampfsportart mit Ähnlichkeiten zum Wrestling. Vgl. Cornell/Swanstrom 2005: 2 (eigene Zählung, L.S.).

²³⁴ Diese Kampfsportzentren stehen unter dem Verdacht, als Tarnung für paramilitärische Gruppen lokaler Geschäftsgrößen zu fungieren. Vgl. Cornell/Swanstrom 2005.

²³⁵ Vgl. Cornell/Swanstrom 2005.

²³⁶ Vgl. Havrylyshyn 2006; Aslund 2002; Radnitz 2010; Nesvetailova 2002.

können: „There are no Belarussian oligarchs (...).“²³⁷ Es herrscht ein sehr niedriges Level 'ökonomischer Autonomie'.²³⁸ Nicht nur potentielle Unternehmer/innen, auch Arbeitnehmende, Studierende und Pensionäre müssen bei oppositionellem Verhalten mit finanziellen Einbußen rechnen, in Extremfällen mit der Bedrohung des Lebensunterhalts.²³⁹ Im Jahr 2004 wurde die Abhängigkeitssituation von Arbeitnehmenden durch die Umstellung von Langzeit-, auf Einjahresverträge in staatlichen Betrieben (die 75% des BIP generieren) noch verschärft.²⁴⁰

Die Abwesenheit materieller Unterstützung schlug sich in der Atmosphäre der Proteste in Minsk nieder, wo Teilnehmer/innen nicht nur mit winterlichen Temperaturen, sondern auch dem Fehlen sanitärer Anlagen konfrontiert waren.²⁴¹ Way kommt zu folgender Einschätzung: „(..) the opposition has had virtually no access to domestic financing“. ²⁴² Dieser Umstand bedeutete, dass keine materiellen Anreize für Systemeliten ausgingen, sich diesen offenbar unterfinanzierten Gruppierungen anzuschließen.²⁴³

4.2.4 Armenien

In Armenien geht die **hohe** Ausprägung der unabhängigen Variable, ähnlich wie in der Ukraine, auf einen graduellen, verzögerten Reformverlauf zurück, der erhebliche *rents* generierte.²⁴⁴ Die Privatisierung war etwas weiter fortgeschritten als in der Ukraine (im jeweiligen Jahr der elektoralen Proteste), gleichzeitig wird von Seiten der Weltbank die Vorzugsbehandlung einiger Unternehmen durch Steuer und Zollprivilegien kritisiert,²⁴⁵ was von der armenischen Staatsführung zurückgewiesen wird.²⁴⁶ Da in Kirgisien und der Ukraine ebenfalls De-Facto-Monopolpraktiken festgestellt wurden, kann dieser Aspekt nicht als Alleinstellungsmerkmal gelten und rechtfertigt keine abweichende Klassifizierung der UV-Ausprägung für Armenien.

Die wirtschaftliche Transformation führt in Armenien, ähnlich wie in der Ukraine, zur Herausbildung so genannter Oligarchen.²⁴⁷ Diese wirtschaftliche Elite verhielt sich im Kontext der Wahlen 2008 mehrheitlich loyal zu Kocharian und Sarkisian, darunter Gagik

²³⁷ Aslund 2002: 278.

²³⁸ Vgl. McMann 2006.

²³⁹ Vgl. Silitski 2006a; Radnitz 2010.

²⁴⁰ Vgl. Silitski 2006a: 20 (eigene Zählung, L.S.).

²⁴¹ Vgl. Marples 2006a: 3 (eigene Zählung, L.S.).

²⁴² Way 2008: 65.

²⁴³ Vgl. Radnitz 2010.

²⁴⁴ Vgl. Havrylyshyn 2006: 159, 179.

²⁴⁵ Vgl. World Bank 2006; BTI 2003c und 2006b; Stefes 2006.

²⁴⁶ Vgl. Eurasianet, Corruption Chronicles. Domestic Markets. Online: <http://www.eurasianet.org/armenia08/corruption/case1.shtml> (23.09.2010).

²⁴⁷ Vgl. Stefes 2006.

Tsaroukian, Vorsitzender der Partei BH und Eigner der *Multi Group Financial and Industrial Complex* und Hrant Vardanyan, Eigner der *Grand Holding*.²⁴⁸ Samvel Aleksanian, eine weitere Wirtschaftsgröße des Landes, war Experte/innen zufolge sogar selbst an den Wahlmanipulationen und der Gewalt gegen Wahlbeobachter/innen beteiligt.²⁴⁹

Die Ausnahme stellt Khachatur Sukiasyan, Haupteigner der *SIL Group* dar, der für seinen Alleingang teuer bezahlte. Nachdem er sich öffentlich hinter die Kandidatur Ter-Petrosians gestellt hatte, wurde er angeklagt. Eines seiner Unternehmen wurde enteignet und für ca. 14,5 Millionen US-Dollar verkauft.²⁵⁰

4.2.5 Zwischenfazit Hypothese 1

Ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung kann nicht als hinreichende Bedingung für Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste gelten, was der Fall Armenien belegt. Die Annahme, dass der Faktor eine notwendige Bedingung ist, konnte jedoch nicht widerlegt werden.

Drei Fälle (Ukraine, Kirgisien und Weißrussland) unterstützen die Hypothese. In der Ukraine und Kirgisien kam es bei hoher ökonomischer Liberalisierung in Form von Dezentralisierung zu einem Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste. Wirtschaftseliten des jeweiligen Landes gingen eine Allianz mit den oppositionellen Akteuren ein. In Weißrussland kam es entsprechend der Hypothese bei geringer Ausprägung der Variable nicht zu einer Regierungsbeteiligung der oppositionellen Akteure. Der Fall Armenien widerspricht der Hypothese: Trotz hoher Liberalisierung in Form von Dezentralisierung kam es nur zu einer marginalen Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure. Der ohnehin geringen Unterstützung von Wirtschaftseliten für die oppositionellen Akteure wurde mit Repression begegnet. Die Beobachtung, dass sich Wirtschaftseliten bei derselben hohen Ausprägung der UV sehr unterschiedlich verhielten, spricht gegen jedes einfache Ableitungsverhältnis (wenn ökonomische Liberalisierung, dann Erfolg elektoraler Proteste) der AV aus der UV.

²⁴⁸ Beide Unternehmen zählen zu den größten Wirtschaftskonglomeraten Armeniens. Vgl. Stefes 2006: 98. Tsaroukians Partei Orinats Yerkir unterstützte Sarkisians Kandidatur. Vgl. OSCE/ODIHR 2008c; ArmeniaNow, 20.02.09, The Politics of Table Water. Online: <http://www.armenianow.com/hy/node/9472> (27.7.2010); ArmtownNews, 17.10.2008, Hrant Vardanyan: My Business is my knowledge and my work. Online: <http://www.armtown.com/news/en/has/20081017/298594817/> (13.07.2010).

²⁴⁹ Vgl. RFE/RL Armenia, 19.02.2008, Armenian Opposition Cries Foul Amid Reports of Violence, Fraud. Online: <http://www.azatutyun.am/content/article/1593214.html> (25.08.2010); ArmtownNews, 19.02.2008, Samvel Aleksanyan Intimidates. Online: <http://www.armtown.com/news/en/a1p/20080219/57853/> (25.08.2010).

²⁵⁰ Vgl. Hancilova 2008b; A1 Plus, 31.09.2008, SIL Group Calls For Support. Online: <http://www.a1plus.am/en/politics/2008/10/29/7766> (25.08.2010); ArmeniaNow, 20.02.2008, The Politics of Table Water. Online: <http://www.armenianow.com/hy/node/9472> (27.7.2010).

4.3 Hypothese 2 – Mediale Repräsentation

Es werden zunächst die Ausprägungen der unabhängigen Variable (UV2) in den einzelnen Fällen dargestellt und empirisch belegt. Im Zwischenfazit (4.3.5) wird auf Grundlage dieser Ergebnisse die Reichweite der Hypothese (H2) *Je höher die Sichtbarkeit oppositioneller Akteure in den audiovisuellen Massenmedien, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer hohen Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure* diskutiert.

4.3.1 Ukraine²⁵¹

Die oppositionellen Akteure der 'Orangen Revolution' verfügten dank einer kontinuierlichen Yushchenko-freundlichen Berichterstattung durch den Fernsehsender *Kanal5* über eine **hohe Sichtbarkeit** in den audiovisuellen Massenmedien.²⁵² Die von der Präsidentschaftsadministration angestrebte Informationsblockade konnte erfolgreich ausgehebelt werden. Am Tag der ersten Proteste war *Kanal5* der einzige ukrainische Sender, der Bilder dieses zivilen Ungehorsams ausstrahlte.²⁵³ Zur Opposition übergelaufene Systemeliten nutzten den Sender, um ihre Position öffentlich kundzutun.²⁵⁴ Darüber hinaus dienten internetbasierte Kommunikationstechnologien zivilgesellschaftlichen Organisationen als effektives Koordinierungsinstrument für ihre Aktivitäten.

Die Taktik der Regierung Kuchma hatte zum Ziel, so wenig Informationen wie möglich kursieren zu lassen. Sie bestand primär aus Zensurpraktiken,²⁵⁵ denen die Nachrichtenredaktionen der Fernsehsender mit Ausnahme von *Kanal5* Folge leisteten.²⁵⁶ Die sechs terrestrischen Fernsehkanäle mit den höchsten Einschaltquoten berichteten ohnehin in regierungsfreundlichem Ton, sie gelten als regierungsloyal.²⁵⁷

Auch wenn die Reichweite von *Kanal5* begrenzt blieb, bedeutete seine Existenz und ständig wachsende Beliebtheit, dass alternative Deutungsangebote zu den offiziellen

²⁵¹ Die Rolle der Medien in der 'Orangen Revolution' umfassend zu analysieren würde nach einem eigens dieser Frage gewidmeten Forschungsdesign verlangen. Mehr als in den anderen Fällen habe ich Aspekte der ukrainischen „Medienrevolution“ (Prytula 2006: 103) unerwähnt gelassen, die nicht direkt die hier untersuchte Variable betreffen und andernorts gut dokumentiert sind. Vgl. Prytula 2006; Dyczok 2005, FoP 2005a.

²⁵² Vgl. Prytula 2006; Dyczok 2005; Wilson 2005b; Way 2005a.

²⁵³ Vgl. Prytula 2006.

²⁵⁴ Vgl. Way 2005a: 143.

²⁵⁵ Der Einsatz so genannter *Temnyky*, von der Präsidentschaftsadministration vergebene Richtlinien zur Gestaltung von Nachrichtenbeiträgen, war in der Ukraine mehrere Jahre gängig. Vgl. Dyczok 2005: 245, FN20. Sie wurden bereits während der Präsidentschaftswahl 1996 in Russland beobachtet. Vgl. Wilson 2005b; Prytula 2006.

²⁵⁶ Vgl. Dyczok 2005: 245.

²⁵⁷ Vgl. Dyczok 2005: 246.

Versionen massenhaft in Umlauf kamen.²⁵⁸ *Kanal5* berichtete ausführlich über die Aktivitäten der Opposition, regierungskritische Berichte bildeten einen weiteren Schwerpunkt des Programms.²⁵⁹ Die Medienstrategien des Establishments wurden somit erfolgreich untergraben.²⁶⁰

Angesichts weitreichender Zensur der Offline-Medien bildete das Web einen Ort kritischer Diskussion und Vernetzung.²⁶¹ Journalist/innen konnten im Netz Texte publizieren, die sonst der Zensur zum Opfer gefallen wären. Die Internetnutzer/innenquote lag 2004 bei ca. acht Prozent.²⁶²

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie *Pora* und *Maidan* nutzten internetbasierte Kommunikationstechnologien zur Koordinierung nahezu all ihrer Aktivitäten.²⁶³ Die Einschätzung, die 'Orangene Revolution' sei möglicherweise die erste in der Geschichte, die primär online organisiert wurde,²⁶⁴ erschließt sich jedoch nur, insofern die mehrheitlich jungen und urbanen Aktivist/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen als Schlüsselakteure der Ereignisse angenommen werden, da die Masse der ukrainischen Bevölkerung von internetbasierten Kommunikationsnetzwerken ausgeschlossen und auf Offline-Medien angewiesen war.²⁶⁵

4.3.2 Kirgisien

Im Gegensatz zur Ukraine verfügten oppositionelle Akteure in Kirgisien nur über eine **marginale Sichtbarkeit** in den audiovisuellen Massenmedien. Starke Kontrollkompetenzen des kirgisischen Präsidenten über die Medienlandschaft in Verbindung mit offener Repression und Selbstzensur resultierten in einer einseitigen Berichterstattung zugunsten der regierenden Akteure.²⁶⁶ Staatliche Repression sowie weit verbreitete Selbstzensur spiegeln sich auch in den negativen Freedom of the Press (FoP) Indizes wieder.²⁶⁷ Eine Besonderheit Kirgisiens im Vergleich zu den anderen hier

²⁵⁸ *Kanal5* strahlte landesweit aus, erreichte jedoch nur 37 Prozent des ukrainischen Publikums, vorrangig in urbanen Zentren. Unterstützer/innen Yushchenkos hatten bereits 2003 eine Sendelizenz errungen, indem sie zwei regionale Fernsehanstalten aufkauften und zu dem neuen Sender *Kanal5* zusammenlegten. Vgl. Dyczok 2005: 252f.

²⁵⁹ Vgl. Prytula 2006.

²⁶⁰ Vgl. Dyczok 2005: 241f.

²⁶¹ Vgl. Goldstein 2007; Dyczok 2005; Prytula 2006.

²⁶² Vgl. EBRD 2008: 204. Daten von Internet World Stats sind nur für die Jahre 2000 (0,4%) und 2006 (11,5%) vorhanden. Online: <http://www.internetworldstats.com/euro/ua.htm> (14.06.2010).

²⁶³ Vgl. Goldstein 2007; Prytula 2006.

²⁶⁴ Vgl. McFaul 2005: 12.

²⁶⁵ Vgl. OpenNet Initiative, 09.05.2007, Ukraine. Online: <http://opennet.net/research/profiles/ukraine> (3.8.2010).

²⁶⁶ Vgl. FoP 2005b und 2006a; Lewis 2008.

²⁶⁷ Der Stand der Pressefreiheit in Kirgisien im Jahr 2005 wurde mit 64 Punkten bewertet. Vgl. FoP 2006a: 1 (eigene Zählung, L.S.).

untersuchten Ländern, stellt die begrenzte Reichweite der Fernsehsender dar, die in ländlichen Regionen Übertragungslücken aufweist. Die privaten Sender operieren überwiegend in Bischkek.²⁶⁸

Als am 24. März die Proteste bereits die Hauptstadt erreicht hatten strahlte der staatliche Sender *KTR* Naturdokumentationen aus und erwähnte die Ereignisse schlichtweg nicht.²⁶⁹ Erst nachdem Präsident Akaev die politische Kontrolle aufgegeben bzw. verloren hatte, erschienen oppositionelle Akteure im kirgisischen Fernsehen.²⁷⁰

Die Taktik der Präsidentialadministration basierte auf selektiver Repression gegen Medien, die ihre Sendezeit im Vorfeld der Wahlen oppositionellen Akteuren gewidmet hatten. Sie wurden staatlicherseits dafür sanktioniert oder daran gehindert. Der private Sender *Pyramida*, „the main independent television station“,²⁷¹ hatte eine wöchentliche Politshow mit Oppositionskandidaten ausgestrahlt. Bereits im Frühjahr 2004 erzwangen staatliche Organe eine 40 tägige Sendeunterbrechung. Im August 2004 schließlich kaufte sich ein Unternehmen mit Verbindungen zu Präsident Akaev bei *Pyramida* ein.²⁷² Auch der private Sender *OshTV* wurde zu signifikanten Einschränkungen des Sendebereiches verpflichtet.²⁷³

Im Vergleich zu den Offline-Medien genoss das Internet relativ große Freiheiten.²⁷⁴ Im Vorfeld der Wahlen kam es jedoch zu Hacker-Attacken auf zwei führende kirgisische Internetanbieter, *Elcat* und *Asiainfo*, die gezwungen wurden, die Adressen der regierungskritischen Zeitungen *Res Publika* und *Moya stolitsa novosti* zu schließen.²⁷⁵

Die Einschätzungen der Rolle des Internets im Zusammenhang mit der 'Tulpenrevolution' fallen disparat aus. Während McGlinchey und Johnson argumentieren, dass Internetangebote signifikant zur sozialen Mobilisierung in Kirgisien beitragen, verwirft Lewis solche Einschätzungen als übertrieben.²⁷⁶ Fakt ist, dass zum Zeitpunkt der

²⁶⁸ Vgl. BBC: Kyrgyzstan country profile, updated 20.4.2010. Online: http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/country_profiles/1296485.stm#media (03.08.2010); NIT 2005: 11 (eigene Zählung, L.S.).

²⁶⁹ Vgl. FoP 2006a: 1 (eigene Zählung, L.S.).

²⁷⁰ Vgl. FoP 2006a; Marat 2006: 125.

²⁷¹ FoP 2005b: 1 (eigene Zählung, L.S.).

²⁷² Vgl. FoP 2005b: 1 (eigene Zählung, L.S.).

²⁷³ Vgl. OpenNet Initiative, 10.05.2007, Kyrgyzstan. Online: <http://opennet.net/research/profiles/kyrgyzstan> (28.07.2010); FoP 2005b: 2 (eigene Zählung, L.S.).

²⁷⁴ Vgl. McGlinchey/Johnson 2007: 279; NIT2006a: 11 (eigene Zählung, L.S.); Open Net Initiative, 28.02.2005, Kyrgyz Websites subject to unexplained failure and hacking during the Parliamentary Elections. Online: <http://www.opennetinitiative.net/special/kg/> (16.06.2010).

²⁷⁵ Vgl. OpenNet Initiative, 15.04.2010, Kyrgyz Elections Monitor Interim Findings. No filtering, but effective use of Computer Network Attack forced ISPs to silence opposition media. Online: <http://www.opennetinitiative.net/special/kg/> (16.06.2010).

²⁷⁶ Vgl. Lewis 2008: 269; McGlinchey/Johnson 2007: 274. McGlinchey und Johnson verneinen zwar einen technologischen Determinismus, sehen aber einen Kausalzusammenhang zwischen liberalen Internet-Regimen und sozialer Mobilisierung.

'Tulpenrevolution' nur ca. fünf Prozent der kirgisischen Bevölkerung zur Internetnutzer/Innen-Gemeinschaft zählten.²⁷⁷

Ein hohes Maß an Selbstzensur ergänzt durch selektive staatliche Repression führte zur marginalen Sichtbarkeit der Proteste und ihrer Initiatoren in den audiovisuellen Massenmedien. Insofern Beobachter/innen im Zusammenhang mit den elektoralen Protesten 2005 die Rolle der Medien als erfolgsbegünstigenden Faktor anführen, verweisen sie auf regierungskritische Artikel in Printmedien, die hier jedoch nicht einbezogen werden.²⁷⁸ Verschiedene Autor/innen vertreten die Einschätzung, dass die oppositionellen Akteure in Kirgisien die Informationshoheit der Administration zwar nicht durchbrechen, jedoch umgehen konnten, da sie zur Mobilisierung ihrer lokalen Anhängerschaften auf informelle Kommunikationskanäle zurückgreifen konnten.²⁷⁹

4.3.3 Weißrussland

Auch in Weißrussland war die Sichtbarkeit oppositioneller Akteure in den audiovisuellen Massenmedien **marginal**. Die weißrussische Medienlandschaft ist von einem staatlichen De-facto-Rundfunk- und Fernsehmonopol gekennzeichnet²⁸⁰ und es gelang den oppositionellen Akteuren nicht, dieses Monopol zu brechen. Seitdem die Regierung auch russische Fernseh- und Radiosendungen mit eigenen Produktionen ersetzt und somit ihre Kontrolle über die elektronischen Medien vervollständigt hatte, gilt sie als „einzige Informationsquelle für die Mehrheit der Bevölkerung“²⁸¹ zu betrachten. Aktivist/innen griffen auf Online-Medien zurück, um ihre Aktivitäten zu koordinieren.²⁸² Freedom of the Press erteilte Weißrussland mit 89 Punkten das mit Abstand schlechteste Ergebnis der hier untersuchten Länder.²⁸³

Bereits während des Wahlkampfes wurde die Sichtbarkeit der Oppositionskandidaten in den Fernsehprogrammen marginalisiert. Das verfassungsrechtlich garantierte Minimum von 30 Minuten Sendezeit wurde ihnen zwar gewährt, die Botschaften wurden jedoch

²⁷⁷ Vgl. EBRD 2008: 148. Internetnutzung steigt jedoch an und lag im September 2009 bereits bei 15.6 Prozent. Vgl. Internet World Stats. Online: <http://www.internetworldstats.com/asia/kg.htm> (14.06.2010).

²⁷⁸ Vgl. NIT 2006a: 3 (eigene Zählung, L.S.); kritisch: Lewis 2008: 268f.

²⁷⁹ Vgl. Lewis 2008: 269; Cheterian 2009a: 225.

²⁸⁰ Vgl. FoP 2007: 2 (eigene Zählung, L.S.). Diese Einschätzung teilen auch: Silitski 2006a; Manaev 2009; Marples 2006a. Von 216 der in Belarus operierenden Medien sind 183 in staatlichem Besitz. Vgl. Euroean Journalism Centre, Media Landscape Belarus. Online: http://www.ejc.net/media_landscape/article/belarus/ (18.06.2010).

²⁸¹ „...the regime became the sole source of information for most of the population.“ Silitski 2006a: 19-20 (eigene Zählung und Übersetzung, L.S.).

²⁸² Vgl. Markus 2010: 126.

²⁸³ Der Bericht bewertet den Stand der Pressefreiheit im Jahr 2006. Vgl. FoP 2007: 1 (eigene Zählung, L.S.).

zensiert.²⁸⁴ Am Wahltag wurden sowohl die Nachrichtenagentur *Belapan* als auch verschiedene Webseiten blockiert.²⁸⁵ Der Ausschluss alternativer Informationen aus den massenwirksamen Medien erlaubte es den regierenden Eliten, die von ihnen favorisierte Interpretation zur einzig wahrnehmbaren Sichtweise zu machen.²⁸⁶

Als am 19. März 2006 mindestens 20.000 Menschen²⁸⁷ gegen die Regierung Lukashenka demonstrierten, wurde in den weißrussischen Fernsehsendern zwar darüber berichtet, das Informationsmonopol des Staates ermöglichte es jedoch, die Oppositionsaktivitäten als korrupt, gewalttätig, amoralisch und gefährlich darzustellen.²⁸⁸ Alternative Informationen, die diese Darstellung hätten relativieren können, so dass sich ausschließlich hoch motivierte Aktivist/innen zu den Protesten einfanden.²⁸⁹ Auch in den darauf folgenden Tagen wurde die Doppelstrategie von Diffamierung und Informationsblockade weitergeführt. Silitski kommt zu dem Schluss, dass die Bilder in den Massenmedien zum Abflauen der Proteste beitrugen und gleichzeitig das Publikum auf die bevorstehende Repressionswelle einstimmten.²⁹⁰

Angesichts des hohen Grades staatlicher Kontrolle der Offline-Medien gewann das Internet für oppositionelle Akteure in Weißrussland an Bedeutung.²⁹¹ Einige der kritischen Printmedien migrierten ins Web,²⁹² ebenso wie viele der NGOs, die an obligatorischen Registrierungsverfahren scheiterten.²⁹³ Blogs und Chatrooms etablierten sich als Informationsquellen und wurden zur Koordinierung von Demonstrationen genutzt.²⁹⁴ Die Gruppe der Internetnutzer/innen ist zwischen 2000 und 2007 von quasi Null auf über die Hälfte der Bevölkerung rapide gewachsen.²⁹⁵ Zum Zeitpunkt der Wahlen lag sie zwischen 35 und 55 Prozent.²⁹⁶

Im Vergleich zu anderen Medien war das Web 2006 (noch) vergleichsweise frei von Zensur; es bestand z.B. noch keine Registrierungspflicht für das Betreiben von Websites.

²⁸⁴ Vgl. Markus 2010; Silitski 2006a.

²⁸⁵ Vgl. Marples 2006a: 358, Silitski 2006a: 20.

²⁸⁶ Verschiedene Studien der staatlichen Medieninhalte verweisen auf deren manipulativen Charakter, vgl. Silitski 2006a; Marples 2006a.

²⁸⁷ Vgl. Silitski 2006a: 28; Markus 2010: 123.

²⁸⁸ Vgl. Silitski 2006a: 27 (eigene Zählung, L.S.).

²⁸⁹ Vgl. Silitski 2006a: 29f (eigene Zählung, L.S.).

²⁹⁰ Vgl. Silitski 2006a: 27 (eigene Zählung, L.S.).

²⁹¹ Vgl. Silitski 2006a: 29 (eigene Zählung, L.S.), Markus 2010: 126.

²⁹² Vgl. FoP 2007: 2 (eigene Zählung, L.S.).

²⁹³ Vgl. Silitski 2006b.

²⁹⁴ Vgl. Markus 2010: 126.

²⁹⁵ Internet World Stats ermittelte folgenden Anteil der Bevölkerung, die regelmäßig das Internet nutzten: 2000: 1,8%; 2005: 25,3%; 2007: 56,6%. Online: <http://www.internetworldstats.com/euro/by.htm> (14.06.2010).

²⁹⁶ Vgl. EBRD 20008: 148; FoP 2007: 2 (eigene Zählung, L.S.). Markus spricht von nur zehn Prozent regelmäßiger Internetnutzer/innen, macht ihre Quelle jedoch nicht transparent. Vgl. Markus 2010: 126.

Auch wenn der staatliche Telekommunikationsbetrieb *Beltelekom* die weißrussischen Server kontrollierte und den Zugang relativ einfach blockieren konnte, bot das Web zahlreiche Möglichkeiten, Informationen zu verbreiten, die sich der Kontrolle der weißrussischen Sicherheitsbehörden entzogen.²⁹⁷ Die Bedeutung des Internets für oppositionelle Akteure zeigte sich auch nach den Wahlen, als diese ihre primär online organisierten Spontandemonstrationen fortsetzten.²⁹⁸

4.3.4 Armenien

Die Sichtbarkeit der armenischen Oppositionskandidaten und ihrer Aktivitäten im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2008 war **marginal**. Weit verbreitete Selbstzensur und Einschüchterungen kritischer Medien hatten bereits vor den Wahlen für eine einseitige, regierungsfreundliche Berichterstattung gesorgt, die sich mit den Wahlen noch deutlich verschärfte.²⁹⁹ Als Präsident Kocharian am 1. März 2008 den Notstand verhängte, wurde eine effektive Informationsblockade etabliert, die durch die Zensur verschiedener Internetseiten komplettiert wurde.³⁰⁰ Oppositionellen Akteuren gelang es nicht, dieser Strategie zu begegnen, oder gar eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Freedom of the Press (FoP) bewertet den Zustand der Pressefreiheit im Wahljahr mit 68 Punkten als 'nicht frei'.³⁰¹

Nahezu alle armenischen Fernsehsender weigerten sich, dem Oppositionskandidaten Ter-Petrossian Sendezeit zu widmen.³⁰² *GalaTV* hatte als einziger der terrestrischen Fernsehsender Ter-Petrossians Rede vom 21. September 2004 ausgestrahlt, in der er seine Kandidatur ankündigte. *GalaTV* wurde daraufhin am 23. September mit einer Durchsuchung durch Steuer- und Sicherheitsbehörden konfrontiert.³⁰³ Die regierungskritischen Fernsehsender *A1plus* und *Noyan Tapan* hatten bereits 2002 ihre Sendelizenzen verloren, was von Beobachter/innen als entscheidender Schritt der

²⁹⁷ Vgl. FoP 2007; Silitski 2006a; Euroean Journalism Centre, Media Landscape Belarus. Online: http://www.ejc.net/media_landscapes/article/belarus/ (18.06.2010).

²⁹⁸ Vgl. Silitski 2006b: 147.

²⁹⁹ „There are topics that journalists do not cover because of certain political and business connections. Many journalists fear losing their jobs.“ Media Sustainability Index 2003: 103. Raporteurs Sans Frontieres (RSF) 2008; FoP 2009.

³⁰⁰ Vgl. OpenNet Initiative, 11.03.2008, Armenia imposes Internet censorship as unrest breaks out following disputed Presidential elections. Online: <http://opennet.net/blog/2008/03/armenia-imposes-internet-censorship-unrest-breaks-out-following-disputed-presidential-e> (20.09.2010); RSF 2008.

³⁰¹ Vgl. FoP 2009: 1 (eigene Zählung, L.S.).

³⁰² Vgl. Fuller 2008c.

³⁰³ Vgl. Hancilova/Azatyan 2007.

Vervollständigung präsidialer Kontrolle über die terrestrischen Fernsehkanäle gewertet wird.³⁰⁴

Mit der Notstandsverhängung wurden alle Nachrichtenmedien dazu verpflichtet, für ihre Inlands-Berichterstattung ausschließlich offizielle Informationen zu verwenden.³⁰⁵ Fernsehsender sowie Druckereien wurden überwacht und Journalist/innen der Zugang zu ihren Büros versperrt.³⁰⁶ Die erlaubten Nachrichtenbeiträge wurden von Pressesprechern der Polizei formuliert.³⁰⁷ Auch nach der Aufhebung des Notstandes kam es zu Repression gegen Journalist/innen, die über die Ereignisse um die Wahlen zu berichten versuchten.³⁰⁸

Die Zensur erstreckte sich auch auf Online-Medien. Bis heute unterliegt das Netz zwar keiner spezifischen gesetzlich geregelten Kontrolle, während des Notstands war es der Administration jedoch möglich, mehrere Webseiten tagelang zu blockieren, darunter auch die Adresse des Nachrichtendienstes *A1Plus*.³⁰⁹ Web-basierter Informationsaustausch verlagerte sich angesichts dieser Situation auf im Ausland betriebene *Social Network Sites* wie *YouTube* und *Facebook*. Ab dem 5. März wurde jedoch der in Armenien einsehbare Inhalt von *YouTube* durch armenische Internetanbieter auf Anordnung der Sicherheitsbehörden zensiert. Die auf *YouTube* veröffentlichten Amateurvideos von den tödlichen Ereignissen des 1. März konnten danach nicht mehr eingesehen werden.³¹⁰ Die Internetnutzer/innenquote der armenischen Bevölkerung lag im Wahljahr 2008 bei ca. sechs Prozent.³¹¹

4.3.5 Zwischenfazit Hypothese 2

Von den vier untersuchten Fällen weist lediglich die Ukraine eine hohe Ausprägung der unabhängigen Variable *Sichtbarkeit der oppositionellen Akteure in den audiovisuellen*

³⁰⁴ Vgl. Stefes 2006: 5; Zürcher/Wheatley 2008: 10; Ishkanian 2008. *A1plus* befindet sich seitdem im Rechtsstreit mit den armenischen Behörden und konnte sogar eine Verurteilung der Behörden durch den EuGH erreichen. Die Agentur ist jedoch immer noch ohne Sendefrequenz. Vgl. European Journalism Centre, Media Landscape Armenia. Online: <http://www.ejc.net/media-landscape/article/armenia/> (08.08.2010); FoP 2009.

³⁰⁵ Vgl. RSF 2008.

³⁰⁶ Vgl. FoP 2009; RSF 2008.

³⁰⁷ „The national news reports and information they are providing are in fact being broadcast by police press officers. Not only is the video footage the same but also the analyses and comments.“ RSF 2008: 1 (eigene Zählung, L.S.).

³⁰⁸ Vgl. HRW 2009; RSF 2008; FoP 2009. Unter der Notstandsverhängung waren neben der Presse- auch Versammlungs- und Bewegungsfreiheit ausgehebelt, vgl. HRW 2009.

³⁰⁹ Vgl. RSF 2008; European Journalism Centre, Media Landscape Armenia. Online: <http://www.ejc.net/media-landscape/article/armenia/> (08.08.2010).

³¹⁰ Vgl. OpenNet Initiative, 11.03.2008, Armenia imposes Internet censorship as unrest breaks out following disputed Presidential elections. Online: <http://opennet.net/blog/2008/03/armenia-imposes-internet-censorship-unrest-breaks-out-following-disputed-presidential-e> (20.09.2010). Auf die Suchanfrage „Yerevan 1 march 2008“ liefert YouTube 618 Beiträge.

³¹¹ Vgl. EBRD 2009: 138; Internet World Stats. Online: <http://www.internetworldstats.com/asia/am.htm> (3.5.2010).

Massenmedien auf. In drei Fällen (Kirgisien, Weißrussland und Armenien) waren die oppositionellen Akteure nur marginal sichtbar. In allen Ländern wurden audiovisuelle Massenmedien zensiert, was in Armenien unter den Bedingungen der Notstandsgesetze jedoch am stärksten ausgeprägt war.

Drei der vier Fälle (Ukraine, Weißrussland und Armenien) unterstützen die Hypothese. Eine hohe Ausprägung der unabhängigen Variable korreliert mit dem Regierungswechsel in der Ukraine, niedrige UV-Ausprägungen mit der Kontinuität der regierenden Akteure in Weißrussland und Armenien. Im Fall Kirgisien kam es trotz marginaler Sichtbarkeit der oppositionellen Akteure in den audiovisuellen Massenmedien zu einem Regierungswechsel, sprich einer hohen Ausprägung der abhängigen Variable. Daher kann die hier untersuchte unabhängige Variable nicht als notwendige Bedingung für einen Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste gelten.

Die Einsicht, dass oppositionelle Akteure in Kirgisien in ihrer Mobilisierung nicht auf eine hohe Sichtbarkeit in den audiovisuellen Massenmedien angewiesen waren, wird auf deren primär informelle Kommunikations- und Mobilisierungsstrukturen zurückgeführt.³¹² Diese Einschätzung weist darauf hin, dass die Kontrolle über die audiovisuellen Massenmedien eine kontextspezifisch unterschiedlich wirksame Strategie zur Kontrolle von Informationsflüssen darstellt.

³¹² Vgl. Lewis 2008: 269.

4.4 Hypothese 3 – Externer Demokratisierungsdruck

Im Folgenden soll die Hypothese überprüft werden: *Je höher der externe Demokratisierungsdruck, desto größer die Wahrscheinlichkeit für eine hohe Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure.* Dazu werden zunächst die Ausprägungen der Variable ermittelt und im Anschluss ins Verhältnis zur AV gesetzt.

4.4.1 Ukraine

Das Ausmaß externen Demokratisierungsdrucks auf die ukrainische Staatsführung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2004 wird als **hoch** bewertet, da eine große Wahlbeobachtungskommission unter Beteiligung der Parlamentarischen Versammlung der NATO mobilisiert wurde, deren Bericht sehr negativ ausfiel. Daraufhin forderten die EU sowie die USA unter Sanktionsandrohungen eine Wahlwiederholung und eine EU-Delegation nahm an den Verhandlungen zwischen oppositionellen und regierenden Akteuren teil. Im Zuge dieser Verhandlungen kündigte die russländische Staatsführung ihre Unterstützung für den Regierungskandidaten auf.³¹³

Die internationale OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmissionen (IEOM) wurde nicht nur durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) und das Europäische Parlament unterstützt, auch die Parlamentarische Versammlung der NATO beteiligte sich, was eine Ausnahme innerhalb der hier untersuchten Fälle darstellt.³¹⁴

Die IEOM kam zu einem vernichtenden Ergebnis der regulären Stichwahl: „State executive authorities and the Central Election Commission displayed a lack of will to conduct a genuine democratic election process.“³¹⁵ Diese Verurteilung der ukrainischen Staatsführung bildete einen Referenzpunkt für gouvernementale Akteure westlicher Staaten, die eine Anerkennung der offiziellen Ergebnisse verweigerten und eine Wiederholung der Wahlen forderten.

EU-Kommissionspräsident Barroso kündigte am 24. November 2004 ernsthafte Konsequenzen für die europäisch-ukrainischen Beziehungen an, sollten die ukrainischen Behörden eine Revision der Wahlergebnisse versäumen.³¹⁶ Tags darauf schloss sich der

³¹³ Vgl. Petrov/Ryabov 2006; Suchko/Prystayko 2006; Copsey 2010; Fischer 2005.

³¹⁴ Während des extrakonstitutionellen dritten Wahlgangs wurde eine Rekordgröße von 1.372 Wahlbeobachter/innen erreicht. Vgl. Sushko/Prystayko 2006: 131; OSCE/ODIHR 2004a: 15 und 2004b: 14.

³¹⁵ OSCE/ODIHR 2004a: 1.

³¹⁶ Vgl. Sushko/Prystayko 2006: 135; Ukrinform, 24.11.2004, Eurocommission President José Manuel Barroso urges Thorough Check into November 21 Run-off Returns. Online: <http://www.elections.ukrinform.com/article.php?a=0637&lang=en> (04.09.2010).

EU-Ratsvorsitzende Balkenende der Kritik an, das Wahlergebnis sei gefälscht und könne nicht anerkannt werden.³¹⁷ Nach anfänglichem Zögern wurde auf Drängen des polnischen Präsidenten Kwasniewski eine hochrangige EU-Delegation nach Kiev entsandt.³¹⁸ Sie war an der Kompromissfindung beteiligt, die letzten Endes zur Wiederholung des zweiten Wahlgangs führte.³¹⁹

Regierungsvertreter der USA hatten bereits im Vorfeld der Wahlen klar gemacht, dass die Nichteinhaltung demokratischer Standards zu politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen in den amerikanisch-ukrainischen Beziehungen führen würde.³²⁰ Der Leiter des amerikanischen Wahlbeobachtungsteams beschuldigte die ukrainische Staatsführung offen des Betruges.³²¹ Außenminister Powell erkannte die Ergebnisse nicht als legitim an und forderte die Wiederholung der Wahlen unter Sanktionsandrohung.³²²

Im Gegensatz zu den westlichen Regierungen stellte sich die russländische Staatsführung hinter Yanukovych. Die Gratulationen trafen bereits vor Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse in Kiev ein.³²³ Es gilt als erwiesen, dass die russländische Führung so genannte Polittechnologien aus dem Umfeld des Fonds für effektive Politik (*Fond effektivnoj politiki*) beauftragte, den Sieg Yanukovychs sicherzustellen.³²⁴ Rund 50 Millionen US-Dollar wurden in dieses fehlgeschlagene Projekt investiert, die Strategie scheiterte jedoch an den lokalen Bedingungen.³²⁵

Die Unterstützung Russlands für die ukrainische Regierung stand im Spannungsverhältnis zu Versuchen aus der Ukraine, ihre Eigenständigkeit vis-a-vis Russland zu festigen.³²⁶ Die Faktion um Kuchma hatte von einem Schuldenerlass unmittelbar vor den Wahlen

³¹⁷ Vgl. Euronews, 25.11.2004, EU-Russland-Gipfel überschattet von Ereignissen in der Ukraine. Online: <http://de.euronews.net/2004/11/25/eu-russland-gipfel-ueberschattet-von-ereignissen-in-der-ukraine/> (13.06.2010).

³¹⁸ An der Delegation waren Javier Solana (damaliger Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik), der niederländische Premierminister und EU-Ratsvorsitzende Jan Peter Balkenende, der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, der tschechische Präsident Vaclav Klaus und Wolfgang Schüssel als Repräsentant der österreichischen EU Präsidentschaft beteiligt. Vgl. Wilson 2005b.

³¹⁹ Vgl. Copsey 2010; Sushko/Prystayko 2006.

³²⁰ Vgl. Sushko/Prystayko 2006.

³²¹ "It is now apparent that a concerted and forceful program of election-day fraud and abuse was enacted with either the leadership or cooperation of government authorities." Lugar, zitiert in: RFE/RL, 22.11.2004, Putin Congratulates Yanukovych on Presidential 'Victory'. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1056008.html> (22.06.2010).

³²² Vgl. Sushko/Prystayko 2006: 137; Washington Post, 25.11.2004, US rejects tally, warns Ukraine. Online: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A10212-2004Nov24.html> (17.06.2010).

³²³ Vgl. RFE/RL, 22.11.2004, Putin Congratulates Yanukovych on Presidential 'Victory'. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1056008.html> (22.06.2010).

³²⁴ Vgl. Copsey 2010; Kuzio 2005; Fischer 2005; Wilson 2005b. Für die Umsetzung der Strategie in der Ukraine waren Dmitri Medvedev und Pavlo Pavlovsky, Präsident der Stiftung für effektive Politik, zuständig. Vgl. Petrov/Ryabov 2006.

³²⁵ Schätzungen reichen von 5 bis 600 Mio US-Dollar. Vgl. Petrov/Ryabov 2006; Kuzio 2005; Copsey 2010.

³²⁶ Vgl. Petrov/Ryabov 2006; Fischer 2005.

profitiert.³²⁷ Die Russische Föderation ist die größte Außenhandelspartnerin der Ukraine sowie die größte Quelle für Energieimporte, und Moskau setzt immer wieder den Hebel Energiepolitik an, um die ukrainische Staatsführung zu gewünschten Policy-Schritten zu bewegen.³²⁸

Die ukrainische Regierung hatte jedoch gleichzeitig eine Annäherung an EU-Märkte gesucht und bereits 1998 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU geschlossen.³²⁹ Die Weigerung der Ukraine, eine ökonomische Integration mit Russland in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft voranzutreiben, und die Mitbegründung der GUUAM als regionales Gegengewicht zu Russland verdeutlichen die ambivalenten Beziehungen zu Moskau.³³⁰

Am 10. Dezember 2004 trat Putin angesichts der geschlossenen Position westlicher Akteure, die auf einer Wiederholung der Wahl bestanden, den Rückzug an und verkündete, Russland werde sich einem EU-Beitritt der Ukraine nicht entgegenstellen.³³¹ Die Unterstützung für Yanukovych und Kuchma wurde somit zu einem kritischen Zeitpunkt aufgekündigt.

Das hohe Maß externen Demokratisierungsdrucks spielte insofern in die Hände der Opposition, als deren Forderung nach Wahlwiederholung durch die internationale Kritik an den Wahlen offenbar an Legitimität gewann³³² und der hohe Grad an internationaler Aufmerksamkeit zu einer Steigerung der politischen Repressionskosten beitrug, was die regierenden Akteure unter Druck setzte.³³³ Die These, westliche Akteure hätten die Ereignisse orchestriert, wird hier jedoch zurückgewiesen. Die Herausforderung der Administration durch lokale oppositionelle Akteure war Voraussetzung für die hohe internationale Aufmerksamkeit und ging dieser voraus.

³²⁷ Im Vorfeld der Wahlen wurden die Gas-Schulden von 2.2 auf 1.4 Milliarden US-Dollar reduziert. Vgl. Petrov/Ryabov 2006: 159. Die Einfuhrquoten ukrainischer Stahlprodukte wurden gestrichen. Profiteure dieser Verträge waren vorrangig die Kuchma-Administration sowie Viktor Pinchuk, der große Teile der ukrainischen Stahlproduktion kontrolliert. Vgl. Copsy 2010: 37.

³²⁸ Vgl. Fischer 2005; Petrov/Ryabov 2006; Tudoroiu 2007.

³²⁹ Vgl. Fischer 2005.

³³⁰ Vgl. Fischer 2005; Petrov/Ryabov 2006.

³³¹ Die EU hatte der Ukraine weder vor noch nach dem Regierungswechsel eine Beitrittsperspektive angeboten, die Äußerung ist daher überzogen, verdeutlicht aber die dominante Interpretation der Ereignisse als ein Wendepunkt der Ukraine bezüglich ihrer außenpolitischen Orientierung. Vgl. Copsy 2010; Fischer 2005; Petrov/Ryabov 2006.

³³² Vgl. Galbreath 2009: 172; Wilson 2005b.

³³³ Vgl. Wilson 2005b.

4.4.2 Kirgisien

Das Ausmaß externen Demokratisierungsdrucks im Zusammenhang mit den kirgisischen Parlamentswahlen 2005 wird als **gering** eingestuft, da eine relativ kleine IEOM einen ausgewogenen Bericht verfasste, der sowohl Mängel als auch Fortschritte attestierte und westliche Diplomaten/innen sich auf allgemeine Aufrufe zu Dialogbereitschaft und Besonnenheit an alle beteiligten Parteien beschränkten. Die Unterstützung Russlands für die Regierung Akaev begrenzte sich auf verbale Kritik an den Protesten.³³⁴

Die IEOM unter Leitung der OSZE/ODIHR wurde lediglich durch die PACE und das Europäische Parlament unterstützt.³³⁵ Die IEOM kritisierte zwar einige Missstände, betonte aber gleichzeitig Verbesserungen im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen: „The (...) elections in the Kyrgyz Republic, while more competitive than previous elections, fell short of OSCE commitments and other international standards.“³³⁶

Seitens der EU gab es sehr zurückhaltende Reaktionen. Am 21. März 2005, als die kirgisische Regierung bereits die Kontrolle über die großen Städte im Süden verloren hatte, rief der damalige Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, alle Parteien zu Friedfertigkeit und Dialogbereitschaft auf, ohne dabei den Wahlverlauf oder die Regierung zu kritisieren.³³⁷ Am 29. März mahnte EU-Kommissarin Ferrero-Waldner ebenfalls alle Parteien zu mehr Dialogbereitschaft.³³⁸

Regierungsvertreter/innen der USA, größte Geldgeberin der auf internationale Entwicklungshilfe angewiesenen kirgisischen Republik,³³⁹ artikulierten bereits am 15. März eine etwas deutlichere Kritik am Wahlverlauf. Die kirgisische Regierung wurde zur Zurückhaltung im Umgang mit den Protesten aufgerufen, gleichzeitig wurde jedoch die Zusammensetzung des umstrittenen neuen Parlaments anerkannt.³⁴⁰ Der Botschafter der USA in Kirgisien, Stephen Young, beschuldigte Kandidaten 'beider Seiten' der Wahlmanipulation.³⁴¹

³³⁴ Vgl. Lewis 2008.

³³⁵ Vgl. OSZE/ODIHR 2005b: 3.

³³⁶ OSZE/ODIHR 2005a: 1; OSZE/ODIHR 2005b: 1.

³³⁷ Vgl. EU@UN, 21.03.2010, EUHR Solana comments on the current situation in Kyrgyzstan. Online: http://www.europa-eu-un.org/articles/en/article_4496_en.htm (15.05.2010).

³³⁸ Vgl. EU@UN, 29.03.2005, Commissioner Waldner's statement on political developments in the Kyrgyz Republic. Online: http://www.europa-eu-un.org/articles/en/article_4520_en.htm (15.05.2010).

³³⁹ Vgl. Weyerman 2005: 5

³⁴⁰ Vgl. RFE/RL Newline, 16.03.2005, As does Washington. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1143358.html> (20.05.2010).

³⁴¹ Vgl. RFE/RL Newline, 16.03.2005, U.S. Ambassador criticizes kyrgyz government over poll. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1143358.html> (20.05.2010).

Die russländische Führung begrenzte sich in ihrer Unterstützung für Präsident Akaev auf verbale Kritik an den Protesten. Sobald Akaev das Land verlassen hatte, machte Putin deutlich, dass einer Kooperation mit der neuen Staatsführung nichts im Wege stehe. Einzelne Stimmen in Russland machten die USA für die Ereignisse verantwortlich und forderten die Intervention russländischer Streitkräfte, das Außenministerium schloss eine Intervention jedoch aus.³⁴²

Die Russische Föderation ist die größte Handelspartnerin des hoch verschuldeten Kirgisien, unterstützt das Land jedoch nicht wesentlich mit Subventionen. Kirgisien kann seinen Elektrizitätsbedarf durch inländische Quellen decken, der Bedarf an weiteren Energieträgern wird primär durch Importe aus Usbekistan und Kasachstan gedeckt.³⁴³ Weder die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, noch die Sicherheitspartnerschaften in der OVKS und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurden durch den Regierungswechsel in Frage gestellt.

Sowohl Russland, als auch die USA unterhalten Militärbasen in Kirgisien, die sowohl dringend benötigte Einnahmequellen für die kirgisische Staatsführung darstellen als auch das Interesse an Stabilität seitens der externen Akteure steigern.³⁴⁴

Diese empirischen Befunde unterstützen die Einschätzung einer Vielzahl von Beobachter/innen, dass die 'Tulpenrevolution' in erster Linie auf lokale Entwicklungen zurückgeht und externe Akteure nur sehr geringen Einfluss nahmen.³⁴⁵

4.4.3 Weißrussland

Das Ausmaß externen Demokratisierungsdrucks auf die weißrussische Staatsführung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2006 war **gering**. Die IEOM verurteilte die Wahlen zwar scharf und westliche Akteure verhängten Sanktionen, sie verfügten jedoch nicht über *Leverage*. Aufgrund der weitgehenden Isolation Weißrusslands von westlichen Institutionen und Regierungen war die weißrussische Staatsführung durch die Sanktionen westlicher Staaten nicht ernsthaft verwundbar.³⁴⁶ In dieser Isolation kann Weißrussland nur aufgrund der signifikanten Unterstützung durch Russland ausharren, was die russländische Führung zum entscheidenden externen Akteur macht, der in den

³⁴² Vgl. RFE/RL Newline, 25.03.2005, Putin says he was not surprised by Kyrgyz uprising. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1143365.html> (27.05.2010); RFE/RL, 11.04.2005, Russia/Kyrgyzstan. Foreign Ministers Discuss Direction Of Future Ties. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1058375.html> (27.05.2010).

³⁴³ Vgl. Berdikееva, Saltanat 2005: 12.

³⁴⁴ Vgl. Tudoroiu 2007.

³⁴⁵ Vgl. Galbreath 2009; Lewis 2008; Cummings/Ryabkov 2008.

³⁴⁶ Vgl. Lindner 2006: 20f.

Beziehungen zu Minsk über *Leverage* verfügt. Im Fall der elektoralen Proteste 2006 stellte sich der damalige Präsident Putin jedoch entschlossen hinter Lukashenka.

Im Vergleich zur Ukraine, wo sich die NATO und das Europäische Parlament an der Wahlbeobachtung beteiligten, wurde in Weißrussland die OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungskommission lediglich durch PACE-Delegierte unterstützt. Das weißrussische Außenministerium verweigerte 27 der Beobachter/innen die Einreise.³⁴⁷ Die IEOM verurteilte die Wahl in ihrem Bericht vom 20. März scharf: „The arbitrary abuse of state power, obviously designed to protect the incumbent President, went far beyond acceptable practice.“³⁴⁸

Unter Verweis auf dieses Ergebnis forderten EU-Vertreter/innen eine Revision der Wahlen und drohten Sanktionen an.³⁴⁹ Am 10. April 2006 wurden Einreiseverbote in die EU gegen Lukashenka und 30 weitere Staatsvertreter verhängt, am 18. Mai wurden auch ihre Vermögen eingefroren.³⁵⁰ Außerdem kam es zu einer diplomatischen Krise zwischen Polen und Weißrussland, die ihre jeweiligen Botschafter abzogen.³⁵¹

Die Haltung der USA ähnelte derjenigen der EU in diesem Kontext stark. Condoleezza Rice artikulierte bereits vor der Wahl eine heute vielzitierte Verurteilung des weißrussischen Staates als „outpost of tyranny“.³⁵² Am 20. März 2006 erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses, die USA erkennen die Wahl nicht an und unterstützen die Forderung nach einer Wahlwiederholung.³⁵³ Im Juni wurden ebenfalls finanzielle Sanktionen und Einreiseverbote gegen den Präsidenten Lukashenka und weitere weißrussische Staatsvertreter verhängt.³⁵⁴

Die Versuche westlicher Regierungen, Druck auszuüben, wurden durch die Unterstützung Lukashenkas seitens der russländischen Führung auf mehreren Ebenen ausgehebelt. Auf der diplomatischen Ebene versicherten hochrangige Vertreter Russlands Lukashenka ihrer

³⁴⁷ Vgl. OSCE/ODIHR 2006a: 1.

³⁴⁸ OSCE/ODIHR 2006a: 2.

³⁴⁹ Diese Äußerungen stammten von Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Ursula Plassnik, Repräsentantin der österreichischen Ratspräsidentschaft. Vgl. BBC, 20.03.2006, US rejects Belarus poll results. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4824642.stm> (41.08.2010).

³⁵⁰ Vgl. Marples 2006b; RFE/RL Poland, Belarus & Ukraine Report, 13.04.2006, EU Imposes Visa Ban on Lukashenka. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1343883.html> (09.07.2010); RFE/RL, 18.05.2006, Belarus. EU to Freeze President's Assets. Online: <http://www.rferl.org/articleprintview/1068494.html> (25.06.2010).

³⁵¹ Vgl. Marples 2006b.

³⁵² Rice, zitiert nach: Washington Post, 12.04.2005, Outposts of Tyranny. Belarus. Online: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A28165-2005Apr5.htm> (17.09.2010).

³⁵³ „In the US, White House spokesman Scott McClellan said the US was backing opposition calls for a re-run of the election.“ BBC, 20.03.2006, US rejects Belarus poll results. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4824642.stm> (41.08.2010).

³⁵⁴ Vgl. RFE/RL, 19.06.2006, US Freezes Lukashenka's Assets. Online: <http://www.rferl.org/articleprintview/1069288.html> (18.06.2010).

Unterstützung, unter ihnen Präsident Putin, Außenminister Lavrov und Surikov, der Botschafter der Russischen Föderation in Minsk.³⁵⁵

Das Gewicht dieser Positionierung resultiert aus dem hohen Ausmaß, in dem die weißrussische Wirtschaft von russländischen Subventionen profitiert bzw. abhängig ist. Ökonomische Stabilität diente Lukashenka als innenpolitische Hauptlegitimierungsquelle, was die politische Dimension dieses Abhängigkeitsverhältnisses weiter verstärkt.³⁵⁶ Russländische Subventionen machten insgesamt 20-25 Prozent des weißrussischen BIP aus. Sie kommen in verschiedenen Varianten ins Land, vorrangig im Energiesektor.³⁵⁷ Beobachter/innen gehen davon aus, dass die ökonomischen Wachstumsraten und insbesondere der Anstieg von Reallöhnen nur aufgrund dieser Subventionen möglich sind.³⁵⁸ Diese Förderung ermöglichte es, die Konsequenzen der wachsenden Isolierung vom Westen abzufedern.³⁵⁹ Die Unterstützung durch Russland ist gleichzeitig kein Akt selbstloser Solidarität oder kommunistischer Nostalgie. Sie hat den Preis, dass weißrussische Betriebe in den Besitz russländischer Unternehmen wechseln.³⁶⁰

Auch auf militärischem Gebiet ist eine enge Kooperation zu beobachten.³⁶¹ Die bilateralen Beziehungen sind in der Russisch-Weißrussischen Union, der OVKS und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft institutionalisiert, wenn auch angemerkt werden muss, dass die formulierten Ziele der Union voraussichtlich nicht erreicht werden.

4.4.4 Armenien

Das Ausmaß externen Demokratisierungsdrucks auf die armenische Staatsführung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen 2008 war **gering**, da die IEOM unter Leitung der OSZE/ ODIHR einen wohlwollenden vorläufigen Bericht verfasste, auf den lobende Anerkennungen des Wahlverlaufs durch europäische und US-amerikanische Regierungsvertreter/innen folgten. Dabei fällt auf, dass Vertreter/innen westlicher Regierungen ausschließlich den positiven vorläufigen Bericht der IEOM zitierten, dem weitaus kritischeren Interims-Bericht vom 3. März 2008 jedoch kaum Beachtung

³⁵⁵ Vgl. Marples 2006b: 1 (eigene Zählung, L.S.); BBC, 20.03.2006, US rejects Belarus poll results. Online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4824642.stm> (41.08.2010).

³⁵⁶ Verschiedene Autor/innen betonen die Bedeutung der Darstellung Weißrusslands als Oase ökonomischer Stabilität für die ideologische Legitimierung des Präsidenten. Vgl. Aslund 2002: 173; Marples 2006a; Markus 2010.

³⁵⁷ Zu den Subventionierungen gehören: Schuldenerlasse, Discountpreise für Energieimporte, Tauschgeschäfte, u.ä. Vgl. Aslund 2002: 182; Silitski 2006b: 149; Nesvetailova 2002: 18.

³⁵⁸ Vgl. Aslund 2002; Marples 2006a; Silitski 2006a.

³⁵⁹ Vgl. Levitsky/Way 2005.

³⁶⁰ Vgl. Marples 2006a. Seit 2007 kontrolliert Gazprom 50% des weißrussischen Gasversorgers Beltransgas. Vgl. RIA Novosti, 18.05.2007, Gazprom kauft 50 Prozent der Beltransgas-Aktien für 2,5 Milliarden US-Dollar. Online: <http://de.rian.ru/business/20070518/65729316.html> (14.09.2010).

³⁶¹ Vgl. Marples 2006a; Main 2002.

schenken.³⁶² Von der russländischen Führung, zu denen die armenische Regierung enge Beziehungen pflegt, gingen ebenfalls keine Anreize im Sinne einer Revision der Wahlen aus.

Sowohl die parlamentarische Versammlung der OSZE als auch das Europäische Parlament und PACE unterstützten die IEOM. Der vorläufige Bericht der OSZE/ODIHR vom 20. Februar 2008 bewertet den Verlauf der Wahlen wohlwollend: „The 19 February presidential election in the Republic of Armenia was administered mostly in line with OSCE and Council of Europe commitments and standards.“³⁶³ Im Kontrast zu diesem positiven Ergebnis stehen die negativen Urteile des Interims- sowie abschließenden OSZE/ODIHR-Berichts, die signifikante Mängel im Auszählungsprozess und unerklärlich hohe Wahlbeteiligung in einigen Wahllokalen feststellten: „(...) an insufficient regard for standards essential to democratic elections (...) devalued the overall election process.“³⁶⁴

Vertreter/innen der EU und der USA beriefen sich ausschließlich auf das positive Ergebnis des vorläufigen OSZE/ODIHR-Berichts. Gratulationen für den neuen Präsidenten Sarkisian, die den kompetitiven Charakter der Wahlen betonten, trafen unmittelbar nach der Wahl ein. Unter den ersten Gratulanten waren Javier Solana, Benita Ferrero-Waldner und der Präsident der Europäischen Kommission.³⁶⁵ Auch Regierungsvertreter der USA zeigten sich, mit expliziter Referenz auf die vorläufigen Ergebnisse der OSZE, erfreut über den 'aktiven und kompetitiven' Verlauf der Wahlen.³⁶⁶ Die Haltung westlicher Regierungen änderte sich erst nach den tödlichen Ereignissen vom 1. März. Vertreter/innen der EU und der USA artikulierten Besorgnis über das Ausmaß der Gewalt, die Frage nach dem Charakter des Wahlverlaufs verschwand jedoch von der Agenda.³⁶⁷

Die Haltung der EU und der USA resultierten in der Abwesenheit externen Demokratisierungsdrucks. Angesichts dieser Situation verliert der Indikator 'Unterstützung der Regierung durch eine alternative Regionalmacht, insbes. Russland' an Bedeutung bezüglich der Variablenausprägung. Zwecks Vollständigkeit soll der Indikator auch für den Fall Armenien dargestellt werden.

Im Vergleich zu den mitunter enthusiastischen Äußerungen westlicher Diplomat/innen wirkte Putins Gratulation, die erst am 10. März eintraf und die Notwendigkeit hervorhob,

³⁶² Vgl. OSCE/ODIHR 2008b.

³⁶³ OSCE/ODIHR 2008a: 1.

³⁶⁴ OSCE/ODIHR 2008c: 1.Vgl. auch: OSCE/ODIHR 2008c:18f.

³⁶⁵ Vgl. HRW 2009: 13.

³⁶⁶ Vgl. PanArmenian, 23.02.2008, US congratulates Armenian people on conduction of active and competitive presidential election. Online: <http://www.panarmenian.net/eng/world/news/24923/> (23.07.2010)

³⁶⁷ Vgl. HRW 2009: 35.

den Konflikt zwischen Regierung und Opposition durch Dialog beizulegen, diskret bis zurückhaltend.³⁶⁸

In militärischer Hinsicht ist Armenien angesichts des ungelösten Konflikts mit Aserbaidschan auf die Unterstützung Russlands angewiesen. Russländische Truppen auf armenischem Territorium werden als Sicherheitsgarant angesehen; sie helfen außerdem bei der Sicherung der armenischen Grenzen.³⁶⁹ Diese Zusammenarbeit ist in der OVKS und Freundschaftsverträgen institutionalisiert.

Auch in ökonomischer Hinsicht ist das von seinen Nachbarn weitgehend isolierte Armenien auf die Beziehungen zu Russland angewiesen.³⁷⁰ Die armenische Staatsführung erhält Schuldenerlasse und subventionierte Energielieferungen seitens Russland im Tausch gegen den Übergang armenischer Unternehmen, vorrangig aus dem Energiesektor, in den Besitz russländischer Investoren.³⁷¹

Die Abwesenheit externen Demokratisierungsdrucks charakterisiert den Verlauf der elektoralen Proteste in Armenien. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass die armenische Regierung die positive Wertung der Wahlen durch den vorläufigen IEOM-Bericht sowie die Anerkennung Sarkisians als demokratisch legitimierter Präsident Armeniens durch externe Akteure aktiv zur Untermauerung der eigenen Position nutzen konnte.

4.4.5 Zwischenfazit Hypothese 3

Die Variable *externer Demokratisierungsdruck* ist nur in einem Fall, der Ukraine, hoch ausgeprägt. Kirgisien, Weißrussland und Armenien weisen niedrige Ausprägungen der unabhängigen Variable auf. Ein hohes Ausmaß externen Demokratisierungsdrucks kann nicht als notwendige Bedingung für die Regierungsbeteiligung ehemals oppositioneller Akteure gelten. Das zeigt der Fall Kirgisien, in dem es trotz geringer Ausprägung der unabhängigen Variable zu einem Regierungswechsel kam. Die Fälle Ukraine, Weißrussland und Armenien unterstützen die Hypothese: In der Ukraine korreliert ein hohes Maß

³⁶⁸ Vgl. RFE/RL newslines, 11.3.08, Russia, US Call vor Dialogue, lifting Armenian Stat of Emergency. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1144069.html> (30.06.2010)

³⁶⁹ Vgl. Zolyan 2010; Hancilova/Azatyan 2007.

³⁷⁰ Zum Zeitpunkt der elektoralen Proteste stand eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zur Türkei noch nicht zur Debatte.

³⁷¹ Im Rahmen dieser „assets-for-depts“ („Vermögenswerte-gegen-Schulden“, BTI 2003c: 18) Übereinkünfte erließ Russland bereits im Jahr 2003 der armenischen Regierung 98 Millionen US-Dollar ihrer Schulden im Tausch gegen die Kontrolle über mindestens vier armenische Unternehmen. ArmRosGas, eine gemeinsame Aktiengesellschaft zwischen Gazprom und der armenischen Regierung, kontrolliert mittlerweile Teile der iranisch-armenischen Pipeline sowie das Wasserkraftwerk Hrazdan. Die Gaspreise für Armenien wurden im Gegenzug bei 110 US-Dollar pro Kubikmeter festgelegt. Vgl. Karapetian 2006; Hancilova/Azatyan 2007.

externen Demokratisierungsdrucks mit dem Regierungswechsel; in Weißrussland und Armenien korreliert die niedrige Ausprägung der unabhängigen Variable mit der Kontinuität der regierenden Akteure.

Die These der Orchestrierung der elektoralen Protestbewegungen durch externe Akteure ist offensichtlich nicht haltbar. Externer Demokratisierungsdruck scheint vielmehr dann eine entscheidende Rolle für den Verlauf elektoraler Proteste zu spielen, wenn eine relativ ausgewogene Kräfteverteilung zwischen Opposition und Regierung herrscht (wie etwa in der Ukraine oder Armenien). Die Nicht-/Anerkennung der Wahlergebnisse durch die internationale Gemeinschaft kann in solchen Fällen zum Zünglein an der Waage werden, das potentiellen Überläufern signalisiert, wen sie unterstützen sollten, um nicht auf der Verliererseite zu enden. Voraussetzung für diesen Einfluss externen Demokratisierungsdrucks ist, dass *Leverage* besteht, sprich die Regierung eines Landes verwundbar ist durch eventuelle Kritik und Sanktionsandrohungen externer Akteure.

5. Fazit

Die empirische Überprüfung der Hypothesen an den Fällen Ukraine, Kirgisien, Weißrussland und Armenien lässt folgende Schlussfolgerungen zu: Weder eine hohe Sichtbarkeit der oppositionellen Akteure in den audiovisuellen Massenmedien, noch externer Demokratisierungsdruck sind notwendige Bedingungen für Regierungswechsel zugunsten oppositioneller Akteure infolge elektoraler Proteste. Ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung ist keine hinreichende Bedingung für einen Regierungswechsel.

Die Hypothesen über den Einfluss externen Demokratisierungsdrucks (3.2.3) und medialer Repräsentationen (3.2.2) trafen in jeweils drei von vier untersuchten Fällen zu, was den Schluss nahe legt, dass sowohl mediale Repräsentationen (UV2), als auch externer Demokratisierungsdruck (UV3), wichtige Bestandteile in Strategien der Herrschaftsinfragestellung bzw. -stabilisierung darstellen, auch wenn sie den Ausgang elektoraler Proteste nicht notwendig bestimmen. Insbesondere audiovisuelle Repräsentationen in den Massenmedien bilden eine stark umkämpfte Ressource. Diese Konkurrenz um die Informationshoheit in Form von Kontrolle von Informationsflüssen spiegelt sich auch in den Online-Medien wieder, deren Zensur parallel zu ihrer Bedeutung zu wachsen scheint. Im Hinblick auf die Bewertung der Erklärungsreichweite der Hypothese 2 ist außerdem zu bedenken, dass ihre Nicht-Übereinstimmung mit dem Fall

Kirgisien darauf zurückgeführt werden kann, dass sich Informationen hier auf anderen Kommunikationskanälen als den audiovisuellen Massenmedien verbreiteten. Diese Einschätzung weist auf eine hohe Kontext-Spezifität der Wirksamkeit bzw. Relevanz audiovisueller Massenmedien als Informationsträger hin, die es in weiteren Untersuchungen zu konkretisieren gälte.

Entgegen der hier unter 4.2 getesteten Hypothese führt hohe ökonomische Liberalisierung in Form von Dezentralisierung nicht notwendigerweise zu einem Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste, was der Fall Armenien belegt. Die Annahme, dass dieser Faktor eine notwendige Bedingung für erfolgreiche elektorale Proteste darstellt, konnte jedoch nicht widerlegt werden, da es ausschließlich in solchen Fällen zu einem Regierungswechsel kam, die eine hohe Ausprägung dieser unabhängigen Variable aufweisen.

Dieses Ergebnis beinhaltet Implikationen bezüglich einer Perspektive auf den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Transformation, derzufolge ökonomische Reformen in Transformationsländern zur Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und letztlich zu politischer Liberalisierung führen, wie in folgendem Zitat prägnant ausgedrückt wird: „[...] capitalists want to be independent of bureaucrats and safeguard by a system of law.“³⁷² Der These liegt die Annahme zugrunde, dass sobald das gesamte ehemals staatliche Vermögen in privaten Besitz übergegangen ist, die Profiteure dieser Privatisierung ein Interesse an der Normalisierung und formalen Absicherung ihrer Eigentumsrechte entwickeln, weshalb sie in Folge zu Trägern von Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Transparenz etc. würden.³⁷³

Eine Interpretation 'Bunter Revolutionen' als Ausdruck bzw. Ergebnis eines solchen 'kapitalistischen' Interesses an Rechtsstaatlichkeit, formalisierten Eigentumsrechten und möglichst geringer Korruption, das in Debatten um die Transformation der ehemals staatssozialistischen Länder mitunter vorausgesetzt wird, steht im Widerspruch zu dem hier generierten Ergebnis. Es ist im Gegenteil anzumerken, dass eine Entwicklung zu möglichst freien, rechtsstaatlichen Umständen nicht notwendigerweise im Interesse der Wirtschaftseliten liegt, da Eigentumsrechte auch und vor allem gewinnbringender auf dem Weg politischer Einflussnahme abgesichert werden können.³⁷⁴ Dieses Arrangement mag zwar auf den nationalstaatlichen Rahmen bezogen ökonomisch ineffiziente und negative Effekte haben, generiert jedoch erhebliche Gewinne für einzelne Akteure, deren Interesse

³⁷² Aslund 1997, zitiert nach: Havrylyshyn 2006: 81.

³⁷³ Vgl. kritisch: Havrylyshyn 2006: 80f.

³⁷⁴ Vgl. Hellman 1998; Hellman et al. 2000.

an einem Personalwechsel der Präsidentschaft nicht mit einem Interesse an grundlegenden Veränderungen des politischen Systems gleichgesetzt werden sollte.

Vielmehr kann dieses Ergebnis auf der Grundlage theoretischer Ansätze, die Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste als Ergebnis intra-elitärer Koordinierungsprobleme in patronalen Präsidentialismen auffassen, folgendermaßen interpretiert werden:

In Weißrussland, wo die kapitalistische Wirtschaftsordnung staatszentriert und vertikal organisiert wird, sind die *Clients* des Präsidenten nicht in miteinander konkurrierenden Wirtschaftskonglomeraten positioniert, sondern in der staatlichen Administration. Lokale Akteure sind mit der Tatsache konfrontiert, dass keine kapitalstarken Faktionen jenseits der staatlichen Administration existieren, die im Weiteren ein Eigeninteresse an einem Personalwechsel an der Staatsführung entwickeln könnten. Die Möglichkeiten, Druck auf die Staatsführung auszuüben, waren daher sehr gering.

In Armenien, der Ukraine und Kirgisien führten wirtschaftliche Reformen zur Herausbildung von Elitefaktionen, die im Austausch gegen Privilegien den Machterhalt der Präsidenten durch ihre Loyalität stützten. Sobald eine signifikante Menge dieser *Clients* ihre Loyalität dem Präsidenten gegenüber aufkündigte, kam es zu einem intensivierten Wettbewerb um die Präsidentschaft, in dem mediale Repräsentationen sowie externer Demokratisierungsdruck als zwei mögliche und machtvolle Ressourcen das Kräftegleichgewicht unter den opponierenden Faktionen beeinflussten, jedoch den Ausgang der Proteste nicht notwendig bestimmten.

Ökonomische Reformen sind eine Grundvoraussetzung für die Herausbildung von Elitefaktionen, die mit einem gewissen Grad an ökonomischer Unabhängigkeit gegenüber der staatlichen Administration ausgestattet sind. Ihre Existenz wiederum stellt eine Voraussetzung für die Entfaltung von Interessenwidersprüchen zwischen ihnen und der regierenden Faktion dar, die im Weiteren zu Konkurrenz um die Präsidentschaft (auch) in Form von elektoralen Protesten führen können. Im Rahmen dieser Deutung wäre der Faktor der ökonomischen Liberalisierung – unter Vorbehalt weiterer empirischer Tests – als notwendige Bedingung für den Erfolg elektoraler Proteste aufzufassen.

Da sich Wirtschaftseliten bei demselben (hohen) Ausmaß ökonomischer Liberalisierung angesichts elektoraler Proteste gegen zunehmend autoritär agierende Staats- und Regierungschefs jedoch sehr unterschiedlich verhielten (sowohl innerhalb der einzelnen nationalen Kontexte als auch im Vergleich der einzelnen Fälle untereinander) ist an dieser Stelle weiterer Forschungsbedarf gegeben.

Das hier beschriebene Verhalten lokaler Wirtschaftseliten gibt Grund zu der Annahme, dass eine Allianzbildung zwischen oppositionellen Kandidaten und Wirtschaftseliten als intervenierende Variable zwischen dem Ausmaß ökonomischer Liberalisierung und dem Ergebnis elektoraler Proteste die Varianzen der abhängigen Variable erklären könnte. Um den Einfluss des Faktors systematisch zu überprüfen, müsste zunächst das Ausmaß der Unterstützung wirtschaftlicher Eliten für die oppositionellen Akteure ermittelt werden. Es wäre weiter zu untersuchen, welche darüber hinaus vorliegenden Faktoren die Anreizstrukturen und letztlich Entscheidungen dieser Eliten beeinflussen. Vielversprechender, als ein genuines Interesse an der Überwindung der klientelistischen Funktionsweise voranzusetzen, scheint der Versuch, das Verhalten von wirtschaftlichen Eliten mit ihrer Position innerhalb der Patronage-Netzwerke zu erklären, sowie mit den antizipierten Positionsverlusten, die sich aus dieser Position im Bezug auf elektorale Prozesse ergeben.

Die zu Beginn des Fazits zusammengefassten Ergebnisse wurden an einer Auswahl postsowjetischer Länder generiert, die den Merkmalen patronaler Präsidentialismen entsprechen: weitreichende Patronage-Netzwerke und eine Präsidentschaft mit weitreichenden formalen wie informellen Kompetenzen. Ob die in der Forschungsliteratur behauptete prinzipielle Übertragbarkeit³⁷⁵ gegeben ist, bzw. die vorliegenden Ergebnisse auch auf andere nationale Kontexte jenseits des postsowjetischen Raums zutreffen, müsste ebenfalls in weiteren Forschungen überprüft werden.

Abschließend möchte ich einen kurzen Ausblick auf die aktuellen Ereignisse in Kirgisien geben, wo es im April 2010 zu einem zweiten extrakonstitutionellen Regierungswechsel kam. Diese jüngsten Entwicklungen konnten in dieser Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden. Dennoch soll zumindest in aller Kürze die Frage aufgeworfen werden, welche möglichen Implikationen sie für die hier gewählte Forschungsperspektive beinhalten.

Zunächst sei angemerkt, dass die unmittelbaren post-'revolutionären' Entwicklungen in Kirgisien ebenso wie in der Ukraine den Eindruck bestätigten, dass Regierungswechsel infolge elektoraler Proteste weniger einen Demokratisierungsschub als vielmehr einen Personalwechsel an der Spitze von Patronage-Regimen darstellten und die zu Grunde liegenden Mechanismen der politischen Herrschaftsstrukturen damit keineswegs in Frage stellten oder gar 'revolutionierten'.

In der Ukraine kam es zwar zu einer verfassungsrechtlichen Einschränkung der präsidentialen Kompetenzen, diese Veränderung des politischen Systems ging jedoch nicht auf die

³⁷⁵ Vgl. Hale 2005; FN 49 dieser Arbeit.

demokratische Gesinnung des siegreichen Kandidaten zurück, sondern ist als Produkt des Kräftegleichgewichts zwischen zwei konkurrierenden Faktionen aufzufassen, die eine Einschränkung der bei einem Personalwechsel auf dem Spiel stehenden 'Einsätze' vereinbarten.³⁷⁶ Die grundlegenden Charakteristika von mangelnder Gewaltenteilung- und kontrolle sowie eines personalistisch geregelten Zugangs zu gesellschaftlichen Reichtümern bestehen hingegen fort.³⁷⁷

In Kirgisien folgte auf die 'Tulpenrevolution' eine Phase, in der Bakiev, mit ähnlichen Problemen wie sein Vorgänger konfrontiert (zu viele *Clients*, zu wenige Ressourcen), versuchte, seine Position mittels repressiver Strategien und einem Ausbau der präsidentialen Machtbefugnisse zu konsolidieren. In diesem Zusammenhang verbannte er, wie vor ihm bereits Akaev, immer mehr einflussreiche Akteure aus dem präsidentialen *Inner Circle*.³⁷⁸ Etwa fünf Jahre nach der 'Tulpenrevolution' kam es im April 2010 zum zweiten extrakonstitutionellen Regierungswechsel, in dessen Folge bei ethnisch aufgeladenen Auseinandersetzungen mindestens 400 Menschen ums Leben kamen. Entgegen aller Erwartungen konnte die Interimsregierung ein Verfassungsreferendum durchführen und die erste zentralasiatische parlamentarische Demokratie ausrufen.³⁷⁹

Nun stellt sich die Frage, inwieweit diese Entwicklungen eine Revision bisheriger Forschungsannahmen erfordern. Die Wichtigkeit, sich in der eigenen Forschung den Infragestellungen zu stellen, die sich aus aktuellen Ereignissen ergeben, sollte dabei jedoch nicht zu vorschnellen Schlussfolgerungen verleiten. Eine Einschätzung möglicher Implikationen der jüngsten Entwicklungen für die vorliegende Arbeit wird auch dadurch erschwert, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine ausführlichen wissenschaftlichen Untersuchung und weitere Forschungsliteratur vorliegen, auf die sich eine solche Einschätzung fundierter würde stützen können. Deshalb soll auf Grundlage des hier vorgeschlagenen theoretischen Rahmens und der bereits erfolgten Lesart lediglich eine kurze Einschätzung möglicher Zusammenhänge erfolgen, der dann empirische Überprüfungen folgen müssten.

Ob die Verfassungsreform in Form eines neuen politischen Systems erhalten bleibt, wird eine Entscheidung der noch zu bildenden Regierung sein und ist momentan äußerst fraglich. Eine umfassende Einschränkung der präsidentialen Kompetenzen würde die Opportunitätskosten eines präsidentialen Machtverlusts erheblich verringern. D. h. die

³⁷⁶ Vgl. Hale 2005; Wilson 2005b.

³⁷⁷ Vgl. NIT 2009.

³⁷⁸ Vgl. Nourzhanov 2009.

³⁷⁹ Vgl. Marat 2010; RFE/RL, 24.10.2010, Tensions On Rise As Kyrgyz Politician Claims State Security Attacked Him. Online: <http://www.rferl.org/articleprintview/2199447.html>.

Risiken, die mit einem Regierungsverlust derzeit assoziiert werden (Exil, Enteignung des Vermögens etc.) würden ebenso wie die Anreize, die Präsidentschaft mit allen erdenklichen Mitteln an sich zu reißen, gesenkt. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass Patronage-Netzwerke weiterhin Einfluss ausüben und formale Institutionen unterlaufen werden. Kirgisiens fragile Staatlichkeit, ebenso wie die destabilisierenden Entwicklungen im benachbarten Tadschikistan, sind neben der offenbar versuchten Einflussnahme Russlands nur einige der Hindernisse auf dem Weg zu einer Konsolidierung des formalen politischen Systems in Kirgisien. Die Erklärungsreichweite des hier vorgeschlagene theoretischen Zugriffs auf den Fall Kirgisien (2010), inklusive der umstrittenen und von mir problematisierten Regime-Klassifizierung, wird vor dem Hintergrund weiterer Entwicklungen und Forschungen zu klären sein.

Literaturverzeichnis

- Alkan, Haluk (2009): Post-Soviet politics in Kyrgyzstan. Between centralism and localism? In: Contemporary Politics, Bd. 15, Nr. 3, S. 355-375.
- Anckar, Carsten (2008): On the Applicability of the Most Similar Systems Design and the Most Different Systems Design in Comparative Research. In: International Journal of Social Research Methodology, Bd. 11, Nr. 5, S. 389-401.
- Aslund, Anders (2002): Is the Belarusian Economic Model Viable? In: Lewis, Ann (Hg.): The EU & Belarus. London: The Federal Trust, S. 173-187.
- _____ (2006): The Ancien Regime. Kuchma and the Oligarchs. In: Anders, Aslund/McFaul, Michael (Hg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 9-28.
- Beissinger, Mark R. (2007): Structure and Example in Modular Political Phenomena. The Diffusion of Bulldozer/Rose/Orange/Tulip Revolutions. In: Perspectives on Politics, Bd. 5, Nr. 2, S. 259-276.
- _____ (2009): Debating the Color Revolutions. An Interrelated Wave. In: Journal of Democracy, Bd. 20, Nr. 1, S.74-77.
- Bennett, Andrew/Elman, Colin (2006): Qualitative Research. Recent Developments in Case Study Methods. In: Annual Review of Political Science, Bd. 9, S. 455-476.
- Berdikeeva, Saltanat (2005): Russian Energy Politics. Online: http://eurasia21.com/cgi-data/document/files/russian_energy_politics.pdf (03.08.2010).
- BTI (2003a): Ukraine. Ländergutachten. Online: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/gus_mongolei/Ukraine.pdf (08.06.2010).
- _____ (2003b): Kirgisistan. Ländergutachten. Online: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/gus_mongolei/Kirgisistan.pdf (08.06.2010).
- _____ (2003c): Armenien. Ländergutachten. Online: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/gus_mongolei/Armenien.pdf (08.06.2010).
- _____ (2003d): Status Index. Online: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/37.0.html> (23.05.2010).
- _____ (2006a): Kyrgyzstan. Country Report. Online: <http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/CISAndMongolia/Kyrgyzstan.pdf> (07.05.2010).
- _____ (2006b): Armenia. Country Report. Online: <http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/CISAndMongolia/Armenia.pdf> (14.06.2010).
- _____ (2006c): Ranking. Online: http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI_2006_Ranking_detailliert.pdf (24.05.2010).

- Bunce, Valerie/Wolchik, Sharon (2006a): International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Bd. 39, Nr. 3, S. 283-304.
- _____ (2006b): Favorable Conditions and Electoral Revolutions. In: *Journal of Democracy*, Bd. 17, Nr. 4, S. 5-18.
- _____ (2007): Bringing Down Dictators. American Democracy Assistance and Electoral Revolutions in the Postcommunist World. Working Paper Series 5-07, Einaudi Center for International Studies, Cornell University. Online: <http://www.einaudi.cornell.edu/files/workingpapers/05-2007.pdf> (02.07.2010).
- Burke, Justin (2005): Kyrgyzstan's Revolution. Be Careful What You Wish for. EurasiaNet, 25.05.2005. Online: <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav032505.shtml> (07.08.2010).
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy*, Bd. 13, Nr. 1, S. 5-21.
- Castells, M. (1997): *The Information Age. Economy, Society, and Culture. Bd II: The Power of Identity.* Oxford: Blackwell.
- Cheterian, Vicken (2009a): Colour Revolutions and the Media. Where is the Scoop? In: Dyczok, Marta/Gaman-Golutvina, Oxana (Hg.): *Media, Democracy and Freedom. The Post-Communist Experience.* Bern u.a.: Peter Lang, S. 205-230.
- _____ (2009b): From Reform and Transition to 'Coloured Revolutions'. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Bd. 25, Nr. 2-3, S.136-160.
- _____ (2010): Azerbaijan. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): *The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures.* London: Routledge, S. 101-117.
- Companjen, Françoise (2010): Georgia. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): *The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures.* London: Routledge, S. 13-29.
- Copsey, Nathaniel (2010): Ukraine. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): *The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures.* London: Routledge, S. 30-45.
- Cornell, Svante/Swanström, Niklas (2005): Kyrgyzstan's 'Revolution'. Poppies or Tulips? CACI Analyst. Online: <http://cacianalyst.org/?q=node/3062> (18.08.2010).
- Cummings, Sally N./Ryabkov, Maxim (2008): Situating the 'Tulip Revolution'. In: *Central Asian Survey*, Bd. 27, Nr. 3-4, S. 241-252.
- D'Anieri, Paul (2006): Explaining the Success and Failure of Post-Communist Revolutions. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Bd. 39, Nr. 3, S. 331-350.
- _____ (2007): *Understanding Ukrainian Politics. Power, Politics and Institutional Design.* London: M.E. Sharpe.
- Derluguian, Georgi (2005): The Coming Revolutions in the North Caucasus. PONARS Policy Memo, Nr. 378, S. 71-76. Online: http://www.gwu.edu/~ieresgwu/assets/docs/ponars/pm_0378.pdf (23.07.2010).

- Diuk, Nadia (2006): The Triumph of Civil Society. In: Aslund, Anders/McFaul, Michael (Hg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 69-83.
- Dyczok, Marta (2005): Breaking through the information blockade. In: Canadian Slavonic Papers/Revue canadienne des slavistes, Bd. XLVII, Nr. 3-4, S. 241-264.
- _____ (2009): Do the Media Matter? Focus on Ukraine. In: Dyczok, Marta/Gaman-Golutvina, Oxana (Hg.): Media, Democracy and Freedom. The Post-Communist Experience. Bern u.a.: Peter Lang, S. 17-41.
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) (2004): Transition Report. Infrastructure. Online: <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR04.pdf> (27.08.2010).
- _____ (2005): Transition Report. Business in Transition. Online: <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR05.pdf> (24.08.2010)
- _____ (2007): Transition Report. People in Transition. Online: <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR07.pdf> (12.08.2010).
- _____ (2008): Transition Report. Growth in Transition. Online: <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR08.pdf> (16.08.2010).
- _____ (2009): Transition Report. Transition in Crisis? Online: <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/TR09.pdf> (16.08.2010).
- Eisenstadt, Shmuel N. (1973): Traditional Patrimonialism and Modern Neopatrimonialism. Beverly Hills: Sage Publications.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2007): Neopatrimonialism Reconsidered. Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept. In: Commonwealth & Comparative Politics, Bd. 45, Nr. 1, S. 95-119.
- Fairbanks, Charles H. (2007): Revolution Reconsidered. In: Journal of Democracy, Bd. 18, Nr. 1, S. 42-57.
- Fenger, Menno (2007): The Diffusion of Revolutions. Comparing Recent Regime Turnovers in Five Post-Communist Countries. In: Demokratizatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization, Bd. 15, Nr. 1, S. 5-28.
- Fischer, Sabine (2005): Russland und die Ukraine. Fehlkalkulation oder neoimperialer Impuls? In: Osteuropa, Bd. 55, Nr. 1, S. 64-76.
- Fish, Steven M. (2001): The Dynamics of Democratic Erosion. In: Anderson, Richard D. et al. (Hg.): Postcommunism and the Theory of Democracy. Princeton: Princeton University Press, S. 54-95.
- FoP (Freedom of the Press) (2005a): Ukraine. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&country=6855&year=2005> (21.05.2010).
- _____ (2005b): Kyrgyzstan. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&country=6770&year=2005> (21.05.2010).
- _____ (2006a): Kyrgyzstan. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&country=6996&year=2006> (21.05.2010).

- _____ (2007): Belarus. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&country=7134&year=2007> (13.05.2010).
- _____ (2009): Armenia. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&country=7557&year=2009> (13.05.2010).
- Fuller, Liz (2008a): Armenia. FAQ's About February's Presidential Election. RFE/RL, 18.02.2008. Online: <http://www.rferl.org/articleprintview/1079498.html> (09.07.2010).
- _____ (2008b): Analysis. Armenian Opposition Issues New Ultimatum. RFE/RL Caucasus Report, 15.05.2008. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1347801.html> (09.08.2010).
- _____ (2008c): Mutual Animosity, Mistrust Overshadow Armenien Presidential Election. RFE/RL Caucasus Report, 18.1.2008. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1347719.html> (18.07.2010).
- Fumagalli, Matteo/Tordjman, Simon (2010): Uzbekistan. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures. London: Routledge, S. 156-176.
- Galbreath, David (2009): Putting Colour into Revolutions? The OSCE and Civil Society in the Post-Soviet Region. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Bd. 25, Nr. 2-3, S. 161-180.
- Ginsberg, Marc (2005): The Road from Damascus. In: The Weekly Standard, Bd. 10, Nr. 5, 14.03.2005. Online: <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/005/326lpniz.asp> (02.09.2010).
- Goldstein, Joshua (2007): The Role of Digital Networked Technologies in the Ukrainian Orange Revolution. In: Internet and Democracy Case Study Series, Nr. 14/2007. Harvard: The Berkman Center for Internet and Society. Online: http://cyber.law.harvard.edu/sites/cyber.law.harvard.edu/files/Goldstein_Ukraine_2007.pdf (27.07.2010).
- Graubner, Cornelius (2005): Kyrgyzstan. Mapping the Shadow State. The informal political economy of Kyrgyzstan before the 'Tulip Revolution'. Field Research Report. Online: http://www.oei.fu-berlin.de/en/projekte/cscqa/downloads/cg_pub_report_kyrgyzstan.pdf (13.5.2010).
- Graubner, Cornelius/Wolters, Alexander (2007): Kirgisischer Feldversuch Demokratie. Zwischen Schattenstaat und Tulpenrevolution. In: Osteuropa, Bd. 57, Nr. 8-9, S. 195-208.
- Hale, Henry (2005): Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia. In: World Politics, Bd. 58, S. 133-65.
- _____ (2006): Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patronal presidentialism. In: Communist and Post-Communist Studies, Bd. 39, S. 305-329.
- Hancilova, Blanka (2008a): Dim Prospects for Sarkissian after Armenia's post-election violence. CACI Analyst. Online: <http://cacianalyst.org/?q=node/4809> (20.08.2010).
- _____ (2008b): Armenian Presidential Elections decided by the past? CACI Analyst. Online: <http://cacianalyst.org/?q=node/4788> (20.08.2010).
- Hancilova, Blanka/Azatyan, Olga (2007): Ter-Petrosyan Challenges the Karabakh Elite. CACI Analyst. Online: <http://cacianalyst.org/?q=node/4727> (16.08.2010).

- Havrylyshyn, Oleh (2006): Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few? New York u.a.: Palgrave McMillan.
- Hellman, Joel (1998): Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. In: World Politics, Bd. 50, Nr. 2, S. 203-234.
- Hellman, Joel et al. (2000): Seize the State, Seize the Day. State Capture, Corruption and Influence in Transition. Policy Research Working Paper Nr. 2444. The World Bank. Online: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2000/09/30/000094946_00091405494828/additional/125525322_20041117154552.pdf (12.05.2010).
- Herd, Graeme P. (2005): Colorful revolutions and the CIS. 'Manufactured' versus 'managed' democracy. In: Problems of Post-Communism, Bd. 52, Nr. 2, S. 3-18.
- Hesli, Vicki (2006): The Orange Revolution. 2004 presidential election(s) in Ukraine. In: Electoral Studies, Bd. 25, S. 147-191.
- Higley, John/Burton, Michel G. (1989): The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns. In: American Sociological Review, Bd. 54, Nr. 1, S. 17-32.
- Hribal, Lucie (2003): Medien und Demokratisierung in Osteuropa. Medien- und politikwissenschaftliche Konzepte der Transformation. Online: <http://www.medienheft.ch/de/nc/14/date///medien-und-demokratisierung-in-osteuropa-brmedien-und-politikwissenschaftliche-konzepte-der-trans/article/8.html> (24.08.2010).
- HRW (Human Rights Watch) (2003): Azerbaijan. Police Attack Election Day Protest. Online: <http://www.hrw.org/en/news/2003/10/15/azerbaijan-police-attack-election-day-protest> (24.07.2010).
- _____ (2009): Democracy on Rocky grounds. Armenia's Disputed 2008 Presidential Election, Post-Election Violence, and the One-Sided Pursuit of Accountability. Online: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/armenia0209web.pdf> (13.07.2010).
- ICG (International Crisis Group) (2005): Kyrgyzstan. A Faltering State. In: ICG Asia Report Nr. 109. Online: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/kyrgyzstan/109-kyrgyzstan-a-faltering-state.aspx> (13.08.2010).
- Ishkanian, Armine (2008): Democracy contested. Armenia's fifth presidential election. Online: http://www.opendemocracy.net/article/democracy_power/caucasus/armenia_elections (23.06.2010).
- Kalandadze, Katya/Orenstein, Mitchell A. (2009): Electoral Protests and Democratization. Beyond the Color Revolutions. In: Comparative Political Studies, Bd. 42, Nr. 11, S. 1403-1425.
- Kalantarian, Karine/Bedevian, Astghik (2008): Jailed Ter-Petrosian Allies Charged. RFE/RL, 27.02.2008. Online: <http://www.azatutyun.am/content/Article/1593446.html> (19.08.2010).
- Karapetian, Rita (2006): Armenia. Alarm at Russian Gas Deal. Institute for War & Peace Reporting. CRS Issue 337. Online: <http://iwpr.net/report-news/armenia-alarm-russian-gas-deal> (03.08.2010).
- Karklins, Rasma (2005): The system made me do it. Corruption in post-communist societies. New York: M.E. Sharpe.

- Kennedy, Ryan (2010): Moldova. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures. London: Routledge, S. 62-82.
- Kevlihan, Robert/Sherzamanov, Amri (2010): Tajikistan. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures. London: Routledge, S. 177-195.
- Khachatryan, Haroutiun (2008). Armenia. Between a state of emergency and a presidential inauguration. In: Caucaz Europeanews, 07.04.2008. Online: http://www.caucaz.com/home_eng/breve_contenu.php?id=342 (04.09.2010).
- Kimmagine, Daniel (2005a): Elections In Kyrgyzstan, Tajikistan. Antidote To Revolution? RFE/RL Analysis, 16.03.2005. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1057996.html> (13.4.2010).
- _____ (2005b): Kyrgyzstan. The Failure of Managed Democracy. RFE/RL, 12.04.2005. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1058399.html> (13.06.2010).
- Kitschelt, Herbert et al. (1999): Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. New York: CUP.
- Korosteleva, Elena (2009): Was There a Quiet Revolution? Belarus After the 2006 Presidential Election. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Bd. 25, Nr. 2-3, S. 324-346.
- Kuzio, Taras (2005): Russian Policy toward Ukraine during Elections. In: Demokratizatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization, Bd. 13, Nr. 4, S. 491-517.
- _____ (2006): Civil society, youth and societal mobilization in democratic revolutions. In: Communist and Post-Communist Studies, Bd. 39, S. 365-386.
- Lane, David (2009): 'Coloured Revolution' as a Political Phenomenon. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Bd. 25, Nr. 2-3, S. 113-135.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan (2002): Elections without democracy. The rise of competitive authoritarianism. In: Journal of Democracy, Bd. 13, Nr. 2, S. 51-65.
- _____ (2005): International Linkage and Democratization. In: Journal of Democracy, Bd. 16, Nr. 3, S. 20-34.
- Lewis, David (2008): The dynamics of regime change. Domestic and international factors in the 'Tulip Revolution'. In: Central Asian Survey, Bd. 27, Nr. 3-4, S. 265-277.
- _____ (2010): Kyrgyzstan. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): Coloured Revolutions in the Former Soviet Republics. London: Routledge, S. 45-61.
- Lindner, Rainer (2006): 'Präsidentenschaftswahl' in Belarus. Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation. Online: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2910 (02.09.2010).
- Madi, Maral (2004): Drug trade in Kyrgyzstan. Structure, implications and countermeasures. In: Central Asian Survey, Bd. 23, Nr. 3-4, S. 249-273.
- Main, Steven (2002): Geopolitics and Security. Belarusian-Russian Military Co-operation 1991-2002. In: Lewis, Ann (Hg.): The EU & Belarus. London: The Federal Trust, S. 229-248.
- Manaev, Oleg (2009): Belarus on the Huntington Line. In: Dyczok, Marta/Gaman-Golutvina, Oxana (Hg.): Media, Democracy and Freedom. The Post-Communist Experience. Bern u.a.: Lang, S. 246-259.

- Marat, Erica (2005a): Bakiyev's Cabinet Criticized For Corrupt Cadre Politics. In: Eurasia Daily Monitor, Bd. 2, Nr. 155, 09.08.2005. Online: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=30762](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=30762) (04.08.2010).
- _____ (2005b): Kyrgyz Parliament Rejects Female Cabinet Nominees, Including Otunbayeva. In: Eurasia Daily Monitor, Bd. 2, Nr. 184, 04.10.2005. Online: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=30933](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=30933) 8 (14.08.2010).
- _____ (2005c): Clans, Crime, And Power In Kyrgyzstan. In: Eurasia Daily Monitor, Bd. 2, Nr. 219, 23.11.2005. Online: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=31146](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=31146) (14.08.2010).
- _____ (2006): The Tulip Revolution. Kyrgyzstan One Year After. The Jamestown Foundation. Online: <http://www.jamestown.org/uploads/media/Jamestown-TulipRevolution.pdf> (12.07.2010).
- _____ (2010): Kyrgyzstan's New Government Struggles to Implement Change. In: Euraisa Daily Monitor, Bd. 7, Nr. 73. Online: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=36276](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=36276) (13.05.2010).
- Markus, Ustina (2010): Belarus. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures. London: Routledge, S. 118-135.
- Marples, David (2006a): Color revolutions. The Belarus case. In: Communist and Post-Communist Studies, Bd. 39, S. 351-364.
- _____ (2006b): A Weakened Lukashenka Starts Third Term. In: Eurasia Daily Monitor, Bd. 3, Nr. 71. Online: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=31570](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=31570) (26.05.2010).
- Matviichuk, Tatiana (2005a): People of Ukraine watch closely as government takes its first steps. In: The Ukrainian Weekly, Bd. LXXIII, Nr. 5, 20.02.2005, S. 1f. Online: http://ukrweekly.com/archive/pdf3/2005/The_Ukrainian_Weekly_2005-08.pdf (13.06.2010).
- _____ (2005b): Ukraine's new Minister proclaim ambitious goals to benefit people of Ukraine. In: The Ukrainian Weekly, Bd. LXXIII, Nr. 9, 27.02.2005, S. 8f. Online: http://ukrweekly.com/archive/pdf3/2005/The_Ukrainian_Weekly_2005-09.pdf (13.06.2010).
- McFaul, Michael (2002): The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World. In: World Politics, Bd. 54, Nr. 2, S. 212-244.
- _____ (2005): Transitions from postcommunism. In: Journal of Democracy, Bd. 16, Nr. 3, S. 5-19.
- McGlinchey, Eric/Johnson, Erica (2007): Aiding the Internet in Central Asia. In: Democratization, Bd. 14, Nr. 2, S. 273-288.
- McMann, Kelly (2006): Economic Autonomy and Democracy. Hybrid Regimes in Russia and Kyrgyzstan. New York u.a.: CUP.
- Media Sustainability Index (2003): IREX und USAID. Online: http://www.irex.org/system/files/MSI_EE_2003_Full_0.pdf (04.06.2010).

- Mitchell, Lincoln (2004): Georgia's Rose Revolution. In: Current History, Bd. 103, Nr. 675, S. 342-348.
- NIT (Nations in Transit) (2003a): Kyrgyzstan. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=224&year=2003> (04.08.2010).
- _____ (2005): Kyrgyzstan. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=370&year=2005> (23.06.2010).
- _____ (2006a): Kyrgyzstan. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=385&year=2006> (23.06.2010).
- _____ (2009): Ukraine. Online: <http://www.freedomhouse.org/uploads/nit/2009/Ukraine-final.pdf> (24.08.2010).
- Karatnycky, Adrian et al. (1998): Belarus. In: Adrian/Motyl, Alexander/Gryabov, Charles (Hg.): Nations in Transit 1998. Civil Society, Democracy and Markets in East Central Europe and the Newly Independent States. New Brunswick u.a.: Transition Publishers, S. 102-123.
- Nesvetailova, Anastasia (2002): A friend in Need...or a Friend in Need? Russia and the Belarusian Economy. In: Lewis, Ann (Hg.): The EU & Belarus. London: The Federal Trust, S. 215-228.
- North, Douglas C. et al. (2007): Limited Access Orders in the Developing World. A new Approach to the Problems of Development. Policy Research Working Paper Nr. 4359. The World Bank. Online: http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2007/09/19/000158349_20070919115851/Rendered/PDF/WPS4359.pdf (15.08.2010).
- Nourzhanov, Kirill (2009): Bakiev's government reforms. What's going on in Kyrgyzstan? East Asia Forum. Online: <http://www.eastasiaforum.org/2009/11/06/bakievs-government-reforms-whats-going-on-in-kyrgyzstan/> (01.09.2010).
- O'Beachain, Donnacha (2009): Roses and Tulips. Dynamics of Regime Change in Georgia and Kyrgyzstan. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Bd. 25, Nr. 2-3, S. 199-226.
- Olcott, Martha (2005): Lessons of the Tulip Revolution. Carnegie Endowment For International Peace. Online: www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=16758 (29.07.2010).
- OSCE/ODIHR (2004a): Ukraine Presidential Election – Second Round, 21 November 2004. Statement of Preliminary Findings & Conclusions. Online: <http://www.osce.org/item/1646.html> (12.07.2010).
- _____ (2004b): Ukraine Presidential Election – Repeat Second Round, 26 December 2004. Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Online: <http://www.osce.org/item/4011.html> (12.07.2010).
- _____ (2005a): Ukraine Presidential Election, 31 October, 21 November and 26 December 2004. Election Observation Mission Final Report. Online: <http://www.osce.org/item/14224.html> (12.07.2010).

- _____ (2005a): The Kyrgyz Republic Parliamentary Elections 2005. Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Online: <http://www.osce.org/item/4317.html> (24.07.2010).
- _____ (2005b): The Kyrgyz Republic Parliamentary Elections, 27 February and 13 March 2005. Election Observation Mission Final Report. Online: <http://www.osce.org/item/14456.html> (24.07.2010).
- _____ (2006a): Republic of Belarus Presidential Election, 9 March 2006. Statement of Preliminary Findings & Conclusions. Online: <http://www.osce.org/item/18437.html> (08.070201).
- _____ (2006b): Republic of Belarus Presidential Election, 19 March 2006. Election Observation Mission Report. Online: <http://www.osce.org/item/19393.html> (08.070201).
- _____ (2008a): Presidential Election 2008, Republic of Armenia. Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Online: <http://www.osce.org/item/29775.html> (08.070201).
- _____ (2008b): Republic of Armenia, Presidential Election 20 February – 3 March 2008. Post-Election Interim Report. Online: <http://www.osce.org/item/30090.html> (08.070201).
- _____ (2008c): Republic of Armenia, Presidential Election, 19 February 2008. Election Observation Mission Report. Online: <http://www.osce.org/item/31397.html> (08.070201).
- Pannier, Bruce (2007): Kyrgyzstan. Aksy Commemoration A Key Test For Bakiev. RFE/RL, 16.03.2007. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1075315.html> (19.07.2010).
- Petrov, Nikolai/Ryabov, Andrei (2006): Russia's Role in the Orange Revolution. In: Anders, Aslund/McFaul, Michael (Hg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 145-164.
- Peuch, Jean-Christophe (2005): Kyrgyz Opposition Strives To Boost Legitimacy. RFE/RL, 25.03.2005. Online: <http://www.rferl.org/content/article/1058129.html> (13.07.2010).
- Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.) (2010): The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures. London: Routledge, 2010.
- Prytula, Olena (2006): The Ukrainian Media Rebellion. In: Anders, Aslund/McFaul, Michael (Hg.): Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 103-124.
- Radnitz, Scott (2006): What Really Happened In Kyrgyzstan? In: Journal of Democracy, Bd. 17, Nr. 2, S. 132-146.
- _____ (2010): The Color of Money. In: Comparative Politics, Bd. 42, Nr. 4, S. 127-146.
- RSF (Rapporteurs Sans Frontieres) (2008): With news media paralysed and websites inaccessible, government is urged to lift state of emergency. Online: <http://en.rsf.org/armenia-with-news-media-paralysed-and-05-03-2008,26025.html> (07.08.2010).
- Rettman, Andrew (2006): EU 'deplores' Milinkevich arrest. EUObserver, 27.04.2006. Online: <http://euobserver.com/?aid=21460> (23.07.2010).

- Ryabkov, Maxim (2008): The north-south cleavage and political support in Kyrgyzstan. In: Central Asian Survey, Bd. 27, Nr. 3-4, S. 301-316.
- Schedler, Andreas (2002): The Nested Game of Democratization by Elections. In: International Political Science Review/Revue internationale de science politique, Bd. 23, Nr. 1, S. 103-122.
- Schipani-Aduriz, Andres (2007): Through an Orange-Colored Lens. Western Media, Constructed Imagery, and Color Revolutions. In: Demokratizatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization, Bd. 15, Nr. 1, S. 87-115.
- Shevtsova, Olga (2003): Resolving the Problem of Preelection Coordination. The 1999 Parliamentary Election as an Elite Presidential 'Primary'. In: Hesli, Vicki L./Reisinger, William M. (Hg.): The 1999-2000 Elections in Russia. Their Impact and Legacy. New York u.a.: CUP, S. 213-231.
- Sidorow, Oleg (2005): Machtwechsel in Bischkek. Eine Revolution? In: Eurasisches Magazin, 29.04.2005. Online: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/drucken.asp?artikelID=20050408> (15.08.2010).
- Silitski, Vitali (2006a): Contagion Deterred. Preemptive Authoritarianism in the Former Soviet Union (the Case of Belarus). CDDRL Working Paper. Online: <http://cddrl.stanford.edu/> (03.07.2010).
- _____ (2006b): Belarus. Learning From Defeat. In: Journal of Democracy, Bd. 17, Nr. 4, S. 138-152.
- _____ (2009): What are we trying to explain? In: Journal of Democracy, Bd. 20, Nr. 1, S. 86-89.
- Skocpol, Theda (1979): States and Social Revolutions. New York: CUP.
- Smith Albion, Adam (2006): Country Report. Kyrgyzstan. In: Countries at the Crossroads. Freedom House 2006. Online: <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=140&edition=7&ccrcountry=122§ion=76&ccrpage=31> (24.06.2010).
- Spörer, Doreen (2006): Regierungssysteme und Reformen. Politikökonomische Analysen der exekutiv-legislativen Beziehungen im postkommunistischen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stefes, Christoph H. (2006): Understanding Post-Soviet Transitions. Corruption, Collusion and Clientelism. New York: Palgrave.
- Strömberg, David (2002): Mass Media Competition, Political Competition, and Public Policy. Online: <http://www.restud.com/pdf/stromberg.pdf> (15.07.2010).
- Stykov, Petra (2010): 'Bunte Revolutionen'. Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion? In: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 51, Nr. 1, S. 137-162.
- Sushko, Oleksandr/Prystayko, Olena (2006): Western Influence. In: Anders, Aslund/McFaul, Michael (Hg.): Revolution in Orange. The Origin's of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S.125-144.
- Thompson, Mark R./Kuntz, Philipp (2009): More than Just the Final Straw. Stolen Elections as Revolutionary Triggers. In: Comparative Politics, Bd. 41, Nr. 3, S. 253-272.

- Tismaneanu, Vladimir. (1997): Electoral Revolutions. In: *Society*, Bd. 35, Nr. 1, S. 61-65.
- Tucker, Joshua A. (2007): Enough! Electoral Fraud, Collective Action Problems, and Post-Communist Colored Revolutions. In: *Perspectives on Politics*, Bd. 5, Nr. 3, S. 537-553.
- Tudoroiu, Theodor (2007): Rose, Orange, and Tulip. The failed post-Soviet revolutions. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Bd. 40, S. 315-342.
- Way, Lucan (2005a): Ukraine's Orange Revolution. Kuchma's Failed Authoritarianism. In: *Journal of Democracy*, Bd. 16, Nr. 2, S. 131-145.
- _____ (2005b): Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave. The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine. In: *World Politics*, Bd. 57, S. 231-61.
- _____ (2008): The Real Causes of the Color Revolutions. In: *Journal of Democracy*, Bd. 19, Nr. 3, S. 55-69.
- _____ (2009): A Reply to My Critics. *Journal of Democracy*, Bd. 20, Nr. 1, S. 90-97.
- Weyermann, Reto (2005): A Silk Road to Democracy? FAST Country Risk Profile Kyrgyzstan.
Online: http://www.swisspeace.ch/typo3/fileadmin/user_upload/pdf/FAST/CRPs/2005/WP_2_2005_Weyermann.pdf (14.08.2010).
- Wilson, Andrew (2005a): *Virtual Politics. Faking Democracy in the Post-Soviet World*. New Haven u.a.: Yale University Press.
- _____ (2005b): *Ukraine's Orange Revolution*. New Haven u.a.: Yale University Press.
- World Bank (2006): *Armenia The Caucasian Tiger*. Bd. I: Policies to Sustain Growth. Washington: The World Bank. Online: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2008/04/29/000334955_20080429050344/Rendered/PDF/327700v10ENGLI1ume10P0855871PUBLIC1.pdf (16.07.2010).
- Zolyan, Mikayel (2010): Armenia. In: Polese, Abel/O'Beachain, Donnacha (Hg.): *The Colour Revolutions in the Former Soviet Republics. Successes and Failures*. London: Routledge, S. 83-100.
- Zürcher, Christoph/Wheatley, Jonathan (2008): On the Origin and Consolidation of Hybrid Regimes. The State of Democracy in the Caucasus. In: *Taiwan Journal of Democracy*, Bd. 4, Nr. 1, S. 1-31.

Arbeitspapiere online: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen>

- 1997**
Nr. 1 Klaus Segbers: Transformationen in Osteuropa. Handreichungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (2. Auflage) (vergriffen, nur noch online erhältlich)
- Nr. 2** Christoph Zürcher: Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen (vergriffen, nur noch online erhältlich)
- Nr. 3** Simone Schwanitz: Transformationsforschung. Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz
- Nr. 4** Holger Schulze: Neo-Institutionalismus. Ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse
- Nr. 5** Stefanie Harter: Wirtschaftliche Transformation in Russland. Ein Netzwerkansatz
- Nr. 6** Dietmar Müller: Regionalisierung des postsowjetischen Raumes
- Nr. 7** Elke Fein; Sven Matzke: Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa
- Nr. 8** Gunnar Walzholz: Nationalismus in der Sowjetunion. Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten
- Nr. 9** Lars Jochimsen: Russifizierung von Windows 95 (incl. Programme auf 2 Disketten)
- Nr. 10** Elke Siehl: Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa – Die institutionenökonomische Perspektive
- Nr. 11** Klaus Segbers: Transformations in Russia. A neoinstitutional interpretation
- Nr. 12** Sergej Medvedev: Democracy, Federalism and Representation – Russian elections in retrospect
- Nr. 13** Claudia Schmedt: Die Rolle des Dritten Sektors in Russland. Eine empirische Analyse
- Nr. 14** Gesa Walcher: Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors. Theoretische Erklärungsansätze
- 1998**
Nr. 15 Klaus Segbers: Sowjeterbe und Globalisierung. Triebkräfte des nachsowjetischen Wandels
- Nr. 16** Christoph Zürcher: Aus der Ostmohr in die Postmoderne. Zum Wandel in der früheren Sowjetunion
- Nr. 17** Gerd Heaog: Schwache als Stärke? Bargaining Power im RGW
- Nr. 18** Klaus Segbers (Hg.): Transformationstheorien konkret. Wandel in der Ukraine, Belarus und Russland
- Nr. 19** Klaus Segbers (Hg.): Ost-West-Kompetenz als Ressource für Berlin?
- 1999**
Nr. 20 Peter Born: Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Russland
- Nr. 21** Graham Stack: Neoinstitutionalist Perspectives on Regionalisation in Russia
- Nr. 22** Alexandra Goujon: Nationalism in the Soviet and Post-Soviet Space. The Cases of Belarus and Ukraine
- Nr. 23** Klaus Segbers; Simon Raiser; Bjorn Warkalla (Hg.): After Kosovo. A Political Science Symposium - Perspectives from Southern Italy
- Nr. 24** Klaus Segbers (Hg.): Außenpolitikberatung in Deutschland
- Nr. 25** Simon Raiser: Politische Gestaltung jenseits des Nationalstaats
- 2000**
Nr. 26 Christopher Hoffmann: Vom administrativen Markt zur virtuellen Ökonomie. Russlands scheinbare Transformation
- Nr. 27** Klaus Segbers; Friedrich Brieger (Hg.): e-scapes – Dissolving concepts in the wonderland of polisci
- Nr. 28** Alexandra Quiring: Organisierte Kriminalität. Die informelle Institutionalisation von Eigentumsrechten in Russland
- Nr. 29** Wenke Crudopf: Russland. Stereotypen in der deutschen Medienberichterstattung
- Nr. 30** Ansgar Baums: Normative Demokratiemodelle und Globalisierung.
- 2001**
Nr. 31 Jürgen Bruchhaus: Runet 2000. Die politische Regulierung des russischen Internet.
- Nr. 32** Katja Patzwaldt: Die russische Leidensfähigkeit – Mythos oder rationales Verhalten?
- Nr. 33** Klaus Segbers; Kerstin Imbusch (Hg.): Designing Human Beings? – Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft („Life Science“)
- Nr. 34** Thomas Alboth: Russifizierung von Windows 2000 (CD Rom)
- Nr. 35** Klaus Segbers; Conny Beyer (Hg.): Global Risk. Eine Bestandsaufnahme.
- Nr. 36** Susanne Nies (Hg.): Political Correctness in der (inter)nationalen Politik: Genese und Verbreitung eines Konzepts.
- 2002**
Nr. 37 Lars Banzhaf: Außenbeziehungen russischer Regionen: Regimes am Beispiel von sechs russischen Regionen.

Die Arbeitspapiere sind erhältlich als Printversion für 5 Euro am Osteuropa-Institut, Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin.

Tel.: +49 30 838 54058 Fax: +49 30 838 53616 eMail: sekabpol@zedat.fu-berlin.de oder kostenfrei <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen>

- Nr. 38**
Andrei E. Shastitko, Vitali L. Tambovtsev: Soft Budget Constraints: Political Artefact or Economic Phenomenon?
- Nr. 39**
Kathrin Hartmann: Die Konstruktion von Männerbildern in sowjetischen und postsowjetischen Film.
- Nr. 40**
Klaus Segbers, Dirk Lullies (Hg.): Designing Human Beings. Die politische Dimension der Biotechnologie
- Nr. 41**
Klaus Segbers, Katja Mielke (Hg.): Konkurrenzen auf dem Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa
- Nr. 42**
Sebastian Eckardt: Russia's Market. Distorting Federalism
- Nr. 43**
Bela Tomka: Social Security in Hungary in a comparative perspective
- Nr. 44**
Simon Raiser, Björn Warkalla (Hg.): Die Globalisierungskritiker. Anatomie einer heterogenen Bewegung
- Nr. 45**
Henriette Litta, Sebastian Litta: Arbeits- oder Kanzleramt: Berufsvorstellungen von Studierenden des Otto-Suhr-Instituts 2002
- 2003**
- Nr. 46**
Onno Hoffmeister: The Cost of Living and Real Income Differentials in Russia's Provinces Evidence from the Russia Longitudinal Monitoring Survey
- Nr. 47**
Klaus Segbers: Alternative Futures: Anarchy, Gated Communities, or Global Learning
- Nr. 48**
Simon Raiser, Krister Volkman (Hg.): Die neue Welt der Städte: Metropolen in Zeiten der Globalisierung
- 2005**
- Nr. 49.1**
Yanina Pashkouskaya: Die „Geburt“ der freien Ukraine? Über die innen- und außenpolitische Hintergründe der friedlichen „Revolution in Orange“
- Nr. 49.2**
Claire Lauzanne: Demokratisierungsprozess in Belarus?
- Nr. 49.3**
Juliane Küchholz: Die Rosenrevolution in Georgien Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch?
- Nr. 51**
Mareike Göhler-Robus: Sozialkapital als Analysekonzept für Osteuropa? Eine vergleichende Untersuchung von Anwendungen des Konzeptes auf postsozialistische Gesellschaften
- Nr. 52**
Anne Wetzel: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung
- Nr. 53**
Simon Raiser, Krister Volkman (eds.): Emerging Patterns of the Global City Region: Spatial Changes in Johannesburg, Mumbai/Bombay, Shanghai and São Paulo
- Nr. 54**
Simon Raiser, Krister Volkman (eds.): Bringing the Citizens in – Civil Society in Globalizing Cities of the South
- Nr. 55**
Andrea Friemann, Christoph Lemke, Axel Primavesi und Miriam Schröder: Zeit und Politik. Beiträge zu einer komplizierten Beziehung
- Nr. 56**
Segbers, Dyllick-Brenzinger, Hoffmann, Mauersberger: Global Politics: How to Use and Apply Theories of International Relations
- Nr. 57**
Felix Kuntzsch: Die Gewalteskalation des Konflikts um Berg-Karabach – „Tragödie“ oder „Ressource“?
- Nr. 58**
Susanne Schaller: Der Einfluss von Korruption auf die Einschätzung des politischen Regimes am Beispiel Estlands und Litauens
- 2006**
- Nr. 59**
Kristina Klinkforth: NATO in U.S. Policymaking and Debate – An Analysis 'Drawing the Map' of the U.S. Think Tank Debate on NATO since 9/11
- 2007**
- Nr. 60**
Annie Verderosa: After the Split: Slovakia, Czech Republic and the Path to Democratic Consolidation
- Nr. 61**
Annie Verderosa: Transitions from Postcommunism: Second Transitions, Second Chances?
- 2008**
- Nr. 62**
Adam Busuleanu: Internationale Wahlüberwachung in Wahlprozessen: Die Fallbeispiele Ukraine und Belarus
- Nr. 63**
Annette Damert: Party Systems in Eastern Europe – What Determines the Chances of Newcomers?
- Nr. 64**
Gunnar Federspiel: Warum es Bürgerkriegsparteien so schwer fällt, Frieden zu schließen: die Beilegung gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte in Osteuropa
- Nr. 65**
Arlett Stojanovic: Beyond the call of duty – Is there a difference in motivation of staff in profit and nonprofit organizations in Bosnia and Herzegovina?
- Nr. 66**
Franziska Smolnik: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument – Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien
- Nr. 67**
Inna Melnykovska, Rainer Schweickert: Who you gonna call? – Oligarchic Clans as a Bottom-up Force of Neighborhood Europeanization in Ukraine

2009

Nr. 68

Inna Melnykovska und Rainer Schweickert: NATO als ein potentieller Katalysator der institutionellen Konvergenz – der Fall Ukraine

Nr. 69

Margret Thieme: Regionale Kooperation um Wasser in den Entwicklungsländern – ein Ding der Unmöglichkeit? Syrdarja und Mekong im Vergleich

2010

Nr. 70

Julia Binder: „Taxation without Representation“ – Politische Integration von Zuwanderern in Migrationsgesellschaften

Nr. 71

Sofja Klokotova: Die EU in Bewegung – Migration aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in die Bundesrepublik Deutschland

Nr. 72

Franziska Weller: Securing Peace – The Role for Guarantees in Post Conflict Situations

2011

Nr. 73

Luise Rex: Regimes Ltd. – Die Effektivität internationaler Umweltregime im Vergleich

Nr. 74

Lena Strunk: Extrakonstitutionelle Regierungswechsel in postsowjetischen Staaten